

# zivilschutz magazin



## Glutwolken über Saint Pierre

Heute: Der Ausbruch des Mont Pelé im Jahre 1902

Eine der Perlen der Inselwelt der Karibik ist die 1120 Quadratkilometer große Insel Martinique. Sie war einst eine der blühendsten französischen Kolonien Westindiens, ihre damalige Hauptstadt Saint Pierre zählte 30000 Einwohner. Nur neun Kilometer von der Stadt entfernt erhebt sich auf eine Höhe von 1397 Meter der Mont Pelé. Seit seinem letzten Ausbruch im Jahre 1857 galt der Vulkan als erloschen, der Krater hatte sich zu einem See aufgefüllt, und der gesamte Gipfel war mit Vegetation bedeckt. Weder Eingeborene, Kolonialbeamte oder französische Siedler glaubten daran, daß von diesem Berg noch jemals eine Gefahr drohen könnte.

Doch als Vorbote kommenden Unheils kräuselte sich im April 1902 eine leichte Dampfwolke über dem Krater, und starker Schwefelgeruch verriet, daß der Berg in seinem Innern unruhig wurde. Mehrere kleinere Erdbeben und der Ausstoß von Asche und Dampf kündigten einen drohenden Ausbruch des Vulkans an. Am 5. Mai ergoß sich ein sechs Meter hoher und mehrere hundert Meter breiter Lavastrom aus dem Krater. Die glühende Masse verschluckte zwei Fabriken, wobei 98 Arbeiter einen grausigen Verbrennungstod fanden.

Am 7. Mai stieg ein mehrere hundert Meter hoher Feuerschein aus dem Krater hervor, das Grollen und Beben des Berges nahm ständig zu. Doch auch diese letzten Anzeichen eines kommenden Ausbruchs wurden von den Menschen nicht richtig gedeutet. Noch am gleichen Tag beruhigte der Gouverneur die Bewohner und bewog sie zum Bleiben, weil die Lage nicht besonders gefährlich sei.

Doch schon in der Frühe des nächsten Morgens löschte der Feuerspeier die Hauptstadt aus

und verwandelte das lebendige Saint Pierre in ein Massengrab für seine 30000 Bürger. Der französische Astronom Arnoux, der sich mit anderen Wissenschaftlern zu Beobachtungen auf dem benachbarten Mont Parnasse aufhielt, wurde Augenzeuge der Katastrophe.

Arnoux schildert den Verlauf der furchtbaren Ereignisse: „Als ich gegen 8 Uhr den Krater beobachtete, sah ich aus ihm eine kleine Wolke emporsteigen. Zwei Sekunden später folgte eine Riesenwolke, die in kaum drei Sekunden die ganze Umgebung bis südlich von Saint Pierre bedeckte, zugleich bis zu unserem Zenit emporstieg, da sie sich fast ebensoschnell in die Höhe wie in die Breite ausdehnte. Die Dämpfe waren in jeder Beziehung denen ähnlich, die fast die ganze Zeit der Krater ausgestoßen

hatte. Sie waren von violett-grauer Färbung und anscheinend sehr dick . . . Unzählige elektrische Entladungen durchzuckten die Wolkenmasse, während die Ohren durch ein furchtbares Getöse betäubt wurden. Jetzt hatte ich die Gewißheit, daß Saint Pierre zerstört war . . .“

Der Kapitän des englischen Dampfers „Roddam“ konnte mit seinem Schiff in letzter Sekunde den Hafen verlassen. Er gab später folgenden Bericht: „Die Explosion klang dumpf und schwer. Ich sah nach dem Berge hin und bemerkte, wie sich seine Seite öffnete und eine große, schwarze Wolke herausquoll, die auf Saint Pierre zurollte . . . Als sich die Wolke der Stadt näherte, wurde sie größer und größer und nahm eine fächerförmige Gestalt an. Es schien mir kaum eine Minute

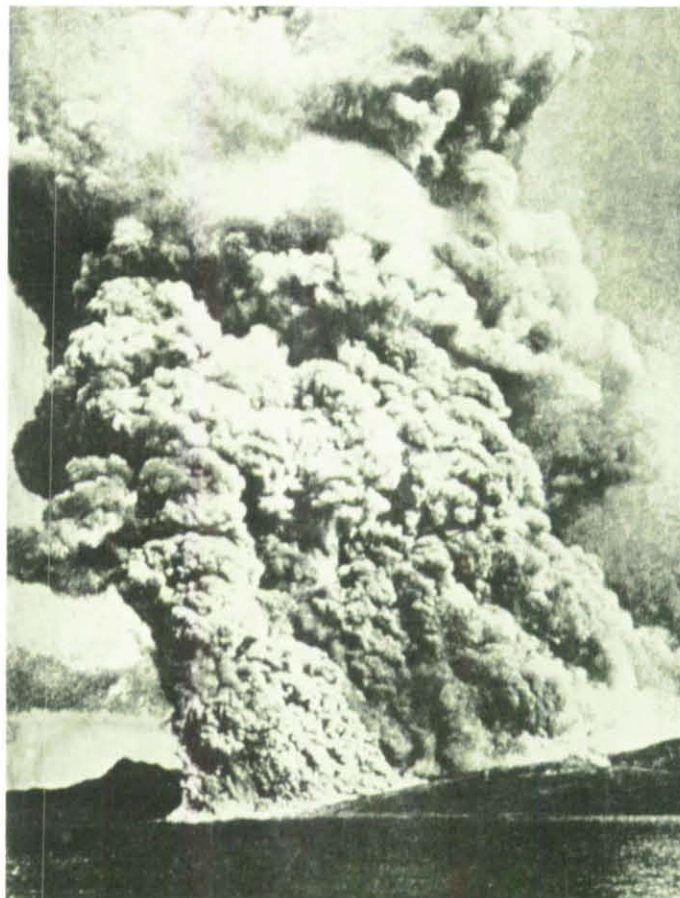
seit der Explosion verstrichen zu sein, als die Wolke schon über die Bucht dahinfegte . . .“

Als wir endlich den Hafen verlassen hatten, war das Deck 45 cm hoch mit feiner, grauer Asche bedeckt . . .“

Von den Einwohnern der Stadt kam nur ein einziger, ein zum Tode verurteilter Neger, mit dem Leben davon. Er verdankte dies dem Umstand, daß das winzige Fenster seiner Zelle auf der dem Vulkan abgelegenen Seite lag und er so von der Glutwolke verschont blieb. Über die schrecklichen Minuten berichtet er: „Es war um 8 Uhr, man hatte mir meine Tagesration noch nicht gebracht, als ich plötzlich ein furchtbares Geräusch hörte; alles schrie: ‚Zu Hilfe, ich brenne, ich sterbe.‘ Nach fünf Minuten schrie niemand mehr . . .“ In der todbringenden Wolke waren alle seine Bewacher und die anderen Gefangenen erstickt.

Die von den Augenzeugen beschriebene Glutwolke bestand aus Asche und Wasserdampf und war mit einer Geschwindigkeit von 150 m/sec über die Stadt hinweggerast. Die Gewalt des Sturmes verwandelte in wenigen Minuten die Stadt in einen einzigen Trümmerhaufen. Es blieb den Menschen keine Zeit mehr, sich anzukleiden und zu flüchten. Sie erstickten in ihren Häusern, weil im Innern der Wolke Sauerstoff nur in geringer Menge vorhanden war, oder sie verbrannten in der Glut der über 1000 Grad heißen Explosionsgase.

Seit der Katastrophe von 1902 hat noch eine Reihe weiterer kleinerer Ausbrüche stattgefunden. Seit 1930 ist es wieder still um den Mont Pelé geworden. Es weiß jedoch niemand vorauszubestimmen, wie lange der unberechenbare Feuerspeier der Karibik in seiner trügerischen Ruhe verharrt.



# zivilschutz magazin



4/82 April

ISSN 0173-7872

## Impressum

Herausgegeben im Auftrag des  
Bundesministeriums des Innern vom  
Bundesverband für den Selbstschutz  
Eupener Straße 74, 5 Köln 41  
Telefon: (0221) 49881

## Verlag:

Bundesverband für den Selbstschutz  
Das „Zivilschutz-Magazin“ erscheint monatlich;  
im Juli/August als Doppelnummer.

## Chefredakteur:

O. Ulrich Weidner

## Redaktion:

Jochen von Arnim  
Waltraud Nettersheim  
Günter Sers

## Layout:

Jan Peter Lichtenford  
4020 Mettmann

## Druck, Herstellung und Vertrieb

A. Bernecker,  
Postfach 140, 3508 Melsungen  
Tel.: (05661) 8086, Telex: 09-9960

## Anschrift der Redaktion:

Eupener Straße 74, 5 Köln 41  
Postfach: 450247, Ruf (0221) 49881

Manuskripte und Bilder nur an die  
Redaktion. Für unverlangt eingesandte  
Beiträge keine Gewähr. Nachdruck  
einzelner Beiträge, auch im Auszug,  
nur mit Quellenangabe und mit  
Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge  
geben die Meinung der Verfasser  
wieder und müssen nicht unbedingt  
mit der Auffassung der Redaktion  
übereinstimmen.

Einzelpreis je Heft DM 2,80.  
Abonnement jährlich DM 33,60,  
zzgl. Versandkosten

Im Bezugspreis von DM 2,80 je Heft sind  
6,5 Prozent Mehrwertsteuer enthalten.  
Die Kündigung eines Abonnements  
kann nur zum Schluß eines Kalender-  
vierteljahres erfolgen. Sie muß bis  
spätestens an dessen erstem Tag  
beim Vertrieb eingehen. Bestellungen  
beim Vertrieb.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im  
Falle höherer Gewalt oder bei  
Störung des Arbeitsfriedens besteht  
kein Anspruch auf Haftung.

## Inhalt

- „Rettungscontainer auf Trägerfahr-  
zeug in über 10000 Einsätzen  
getestet“ 6  
SAVE-Prototypen liefern 150000 Kilome-  
ter – Eventuell auch für den Zivil- und  
Katastrophenschutz.
- „Die Nacht, in der die Deiche  
brachen“ 14  
Vor zwanzig Jahren in Hamburg:  
12000 Hektar Land überschwemmt.
- „Schutz elektrischer und elektroni-  
scher Systeme des Zivilschutzes  
gegen äußere Beeinflussung“ 17  
Blitzentladung und Entstehung elektro-  
magnetischer Erscheinungen nach nicht-  
konventionellen Waffeneinsätzen.
- „Mit vollem Einsatz und  
Engagement“ 21  
Großübung im Regierungsbezirk Stuttgart  
mit über 1400 Helfern.
- „Eine interessante Fahrzeug-  
entwicklung“ 24  
Prototyp eines Gerätewagens für Atem-  
und Strahlenschutz in Hanau in Dienst  
gestellt.
- „USA:  
Zivilverteidigung wird reaktiviert“ 25  
Fast hundertprozentige Erhöhung der  
Ausgaben für die Zivilverteidigung.
- „Besondere Einheiten  
im Katastrophenschutz“ 45  
Schnelleinsatzzüge in Hessen und mobi-  
les Hilfskorps in NRW.
- „Mehr Plätze  
für Zivildienstleistende“ 47  
Gespräch mit Hermann Buschfort, Parla-  
mentarischer Staatssekretär im Bundes-  
arbeitsministerium.
- „Urlaubspläne und Wirklichkeit“ 49  
Tips und Hinweise für die Fahrt in den  
Urlaub.
- „Zu jeder Zeit, an jedem Ort, in jeder  
Lage menschliche Not lindern“ 51  
Resolution zur Mitwirkung des MHD im  
Zivilschutz verabschiedet.
- „Kurzzeichen für das Feuerwehr-  
wesen nach DIN“ 53
- „Erfolgreiche Jahresbilanz  
der DLRG“ 57  
6279 Menschen vor dem Ertrinkungstod  
gerettet.
- „Das Minimagazin“ U 3  
In diesem Monat: Safety first im Brand-  
schutzdienst.



# Umschau

## Gemeinsame Aktion weist auf die Bedeutung der Ersten Hilfe hin

Bei den sich täglich in der Bundesrepublik ereignenden rund 5000 Notfällen ist die Laienhilfe in den ersten Minuten oft von entscheidender Bedeutung – wie wichtig das Beherrschen der Erste-Hilfe-Maßnahmen ist, steht außer Zweifel. Der Deutsche Verkehrssicherheitsrat, der Bundesminister für Verkehr, die Berufsgenossenschaften und die vier Sanitätsorganisationen ASB, DRK, JUH und MHD haben deshalb am 13. April 1982 in Bonn eine gemeinsame, großangelegte Aktion gestartet, damit mehr Bundesbürger in Notfällen wirksam helfen können.



Staatssekretär Dr. Konow, Bundesministerium für Verkehr, zeigte vor der Presse auf, warum diese Aktion erforderlich ist: Nach einer Untersuchung der Bundesanstalt für Straßenwesen sind nur fünf Prozent der Bundesbürger in der Lage, qualifiziert Erste Hilfe zu leisten. Zwar müssen Führerscheinerwerber an einer Unterweisung in Sofortmaßnahmen am Unfallort teilnehmen – rund 80 Prozent aller Führerscheinbesitzer haben diese Kurzausbildung auch absolviert –, doch geht dieses Wissen wieder schnell verloren, erläuterte Dr. Konow.

Die Repräsentanten der vier Hilfsorganisationen wiesen auch darauf hin, daß es nicht nur um die Hilfe bei Verkehrsunfällen geht; auch bei Unfällen im Haushalt, am Arbeitsplatz, in der Schule, beim Sport usw. muß Ersthilfe geleistet werden. DRK-Bundesarzt Dr. Daerr betonte, gerade dieser Ersthilfe kommt – als ei-

nem wichtigen Glied des Rettungssystems – große Bedeutung zu. JUH-Präsident Graf von Schwerin: „Es genügt aber nicht, helfen zu wollen, man muß auch helfen können.“

Die Hilfsorganisationen stellten im übrigen ein Signet vor, das die Teilnehmer, die die Kurse der Organisationen absolviert haben, erhalten sollen. Das Zeichen soll Ersthelfer kenntlich machen, sowohl im Hinblick auf eine gezielte Ansprache bei Unfällen als auch im Hinblick auf eine allgemeine Hebung des Bewußtseins um die Notwendigkeit der verstärkten Erste-Hilfe-Ausbildung.

Für die Aktion werden 15000 Plakate und vier Millionen Falblätter werben, auch im Fernsehen wird die Erste Hilfe propagiert. Insgesamt stehen 1,5 Millionen DM für Werbemaßnahmen bereit.

Daß die Aktion dringend notwendig ist, belegen auch einige wenige Zahlen aus der schon erwähnten Untersuchung der Bundesanstalt für Straßenwesen: Die Hälfte aller Bundesbürger hat noch nie an einem Erste-Hilfe-Kursus teilgenommen, und bei zwei Drittel jener Bürger, die eine Ausbildung absolviert haben, liegt die Teilnahme mehr als zehn Jahre zurück!

## Kleine Anfrage der CDU/CSU zur zivilen Verteidigung

„Zivile Verteidigung als gleichwertiger Bestandteil der Gesamtverteidigung wird in der Bundesrepublik Deutschland bis heute nicht vorbereitet. Die Nachlässigkeit, mit der die Bundesregierung diesen Bereich behandelt, muß als zynisch und menschenverachtend bezeichnet werden.“ Dies erklärte der CDU/CSU-Bundestagsabgeordnete Dr. Hans-Joachim Jentsch im Pressedienst seiner Fraktion zur Einbringung einer Kleinen Anfrage zum Thema „Gesamtverteidigung“.

Die Opposition im Bundestag will mit ihrer Anfrage der Aufforderung des Innenausschusses vom 27. Juni 1980 noch einmal Nachdruck verleihen: „Der Deutsche Bundestag hat in seiner Sitzung am 3. Juli 1980 mit den Stimmen der Koalitionsparteien die Beschlußempfehlung des Innenausschusses angenommen, wonach die Bundesregierung Maßnahmen für eine ausgewogene Gesamtverteidigung zu ergreifen hat. Bis heute, fast zwei Jahre später, liegt kein Konzept vor. Für einen eventuellen Ernstfall ist das Chaos vorprogrammiert. Ein Zusammenwirken der zuständigen Ämter und Organisationen von Bund und Ländern im zivil-militärischen Bereich ist nicht geregelt, eine praktikable, einheitliche Zivilschutzgesetzgebung gibt es bis heute nicht. Ohne diese fundamentalen Voraussetzungen ist ein Schutz der Zivilbevölkerung jedoch in keiner Weise gewährleistet“, schreibt MdB Jentsch dazu.

Die Kleine Anfrage vom 7. April 1982 (Drucksache 9/1561) umfaßt folgende Fragen:

1. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung eingeleitet, um Rahmenrichtlinien zu erlassen, in denen die Organisation und Koordination der zivil-militäri-

schen Zusammenarbeit auf allen Verwaltungsebenen von Bund und Ländern geregelt werden?

2. Wann ist mit einer abschließenden Regelung zu rechnen?

3. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, um die Zivilschutzgesetzgebung, insbesondere durch Zusammenfassung des Zivilschutzgesetzes und des Gesetzes über die Erweiterung des Katastrophenschutzes, zu vereinfachen und zu verbessern?

4. Mit welchem Ergebnis ist die Bundesregierung dem Prüfungersuchen des Innenausschusses nachgekommen, wonach zu prüfen war, daß

– in einem Spannungs- und Verteidigungsfall auch Wehrpflichtige und Reservisten zu Dienstleistungen im Bundesgrenzschutz und in den Einrichtungen und Einheiten der Zivilverteidigung zur Verfügung stehen sollen,

– mit Eintritt des Verteidigungsfalles die Folgeverpflichtungen des Wehrpflicht- und Zivildienstrechtes auch für die wegen ihrer Dienstleistung im Zivilschutz vom Wehr- und Zivildienst freigestellten Helfer verbindlich sein sollen?

## Neue Lehrschau „Brandverhütung“ eröffnet

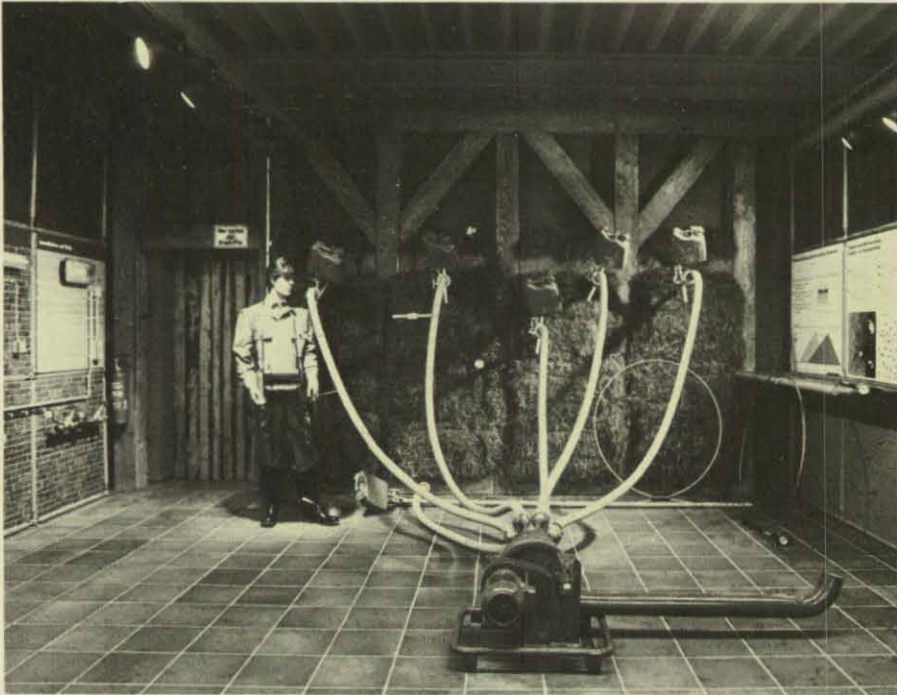
Die von der „Provinzial“ – Feuerversicherungsanstalt der Rheinprovinz – eingerichtete Lehrschau „Brandverhütung“, die zweite ihrer Art, wurde im April 1982 ihrer Bestimmung übergeben. Die Ausstellung auf dem Gelände der Lehr- und Versuchsanstalt für Tierhaltung der Landwirtschaftskammer Rheinland in Kleve behandelt das Thema Brandschä-

den und deren Verhütung im landwirtschaftlichen Bereich.

Entsprechend der Schadenhäufigkeiten und -auswirkungen gliedert sich die Ausstellung in die Bereiche Elektrotechnik, Heuselbstentzündung und baulicher Brandschutz. Die einzelnen Themengruppen werden durch grafische Darstellungen und Texterläuterungen sowie

durch Demonstrations- und Funktionsmodelle dargeboten. Abgerundet wird die Ausstellung durch eine Ton-Dia-Schau und eine Informationswand mit Merkblättern und Sicherheitsvorschriften.

Unser Bild: Verhinderung der Selbstentzündung von Heu durch das Heuwehrgerät.



### Service-Zentren leisten Beitrag zur Sicherung medizintechnischer Geräte

„Wie steht es nun wirklich um die Betriebssicherheit medizintechnischer Geräte?“ Diese Frage ergibt sich für Bundesforschungsminister Andreas von Bülow aus ersten Ergebnissen der wissenschaftlichen Begleitforschung zu dem Modellversuch „Erprobung technischer Service-Zentren in Krankenhäusern“. Die Analyse der Ausfallursachen von medizintechnischen Geräten in Krankenhäusern durch das Deutsche Krankenhausinstitut ergab: Etwa zwei Drittel der beobachteten Geräteausfälle wurden von den technischen Service-Zentren hinsichtlich ihrer Ausfallursache als „gerätebedingt“ eingestuft; nur ca. rd. ein Drittel wurde auf unsachgemäße Bedienung zurückgeführt. Dies steht im Gegensatz zu früheren Untersuchungen. In ihnen war der Anteil bedienungsbedingter Störungen im Vergleich zu technisch bedingten Störungen deutlich höher, zum Teil sehr viel höher eingestuft worden.

Für die weitere Untersuchung im Rahmen des Modellversuchs ist dieses unerwartete Ergebnis besonders wichtig.

Es muß in den jetzt folgenden Arbeiten aufgezeigt werden, wie der Einsatz medizintechnischer Geräte für den Patienten und das Krankenhauspersonal künftig sicherer gestaltet werden kann. Dabei werden Lösungsmöglichkeiten besonders zu verfolgen sein, die nicht zu weiteren finanziellen Belastungen des Gesundheitswesens führen. Es hat sich gezeigt, daß Instandhaltungsleistungen, die von den technischen Service-Zentren erbracht werden, deutlich weniger kosten als Leistungen der Kundendienste von Herstellern oder Lieferanten.

Der Modellversuch „Erprobung technischer Service-Zentren in Krankenhäusern“ wird vom Bundesministerium für Forschung und Technologie seit 1979 im Rahmen des Programms „Forschung und Entwicklung im Dienste der Gesundheit“ gefördert. Es beteiligen sich Krankenhäuser unterschiedlicher Größe und Trägerschaft in 11 deutschen Städten daran. Dies gewährleistet eine hinreichend breite Basis, um die Ergebnisse des Modellversuchs verallgemeinern zu können. Mit Abschluß des Projekts in

ca. zwei Jahren werden praktikable Hinweise für die Einrichtung und den Betrieb von technischen Service-Zentren in Krankenhäusern vorliegen. Für den über vier Jahre laufenden Modellversuch werden vom Bundesministerium für Forschung und Technologie 27 Mio. DM zur Verfügung gestellt. Im gleichen Zeitraum werden für die Wartung und Instandhaltung medizintechnischer Geräte in sämtlichen Krankenhäusern des Bundesgebietes rd. 4 Mrd. DM ausgegeben.

### Medikamentenspende für Ghana

Zur Linderung der Not der durch einen Staatsstreich in Ghana schwer betroffenen Zivilbevölkerung hat die Bundesrepublik Deutschland der Regierung in Ghana Medikamente zur Verfügung gestellt. Ein entsprechendes Amtshilfeersuchen des Auswärtigen Amtes um Bereitstellung bestimmter Arten von Arzneimitteln wurde am 18. Februar 1982 an den Bundesminister des Innern gerichtet.

Das Bundesamt für Zivilschutz wurde mit der organisatorischen Durchführung der Spendenaktion beauftragt. 25 000 Spritzampullen und Ampullen mit Impfstoffen konnten beschafft werden und 51 000 Kapseln Antibiotika wurden aus den Zivilschutz-Sanitätslagern bereitgestellt. Die Landesverbände des Technischen Hilfswerks übernahmen den Transport der Medikamente von den Sanitätslagern nach Bonn.

Am 26. März startete dann vom Flughafen Köln/Bonn eine Maschine mit den gespendeten Medikamenten an Bord. In Accra/Ghana wurden die Arzneimittel von Vertretern der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Empfang genommen und an die Regierungsstellen in Ghana weitergeleitet.

### Auch beim Auf- und Abbau von Schiebemasten: Helm auf!

Aufmerksame Leser haben die Redaktion wieder einmal auf eine fehlerhafte Darstellung hingewiesen: Heft Februar zeigte auf der 4. Umschlagseite einen Helfer, der am Funkwagen des MHD Köln die ausfahrbare Antenne bedient – ohne Helm als Kopfbedeckung.

So schreibt z. B. Volker Rose aus Lüneburg:

„Als aktiver Helfer im Katastrophenschutz schätze ich den Informationsge-

halt Ihrer Zeitschrift. Im Zivilschutz-Magazin 2/82, 4. Umschlagseite, sind Ihnen jedoch nach meiner Ansicht zwei Fehler unterlaufen, auf die ich hiermit hinweisen möchte:

Ein Bild zeigt einen Helfer beim Ausfahren des Antennen-Schiebemastes. Dieser Helfer trägt keinen Schutzhelm! Jeder Sicherheitsbeauftragte, aber auch jeder ausgebildete Sprechfunker müßte bei diesem Anblick eigentlich erschrecken. Aus Sicherheitsgründen ist beim Auf- bzw. Abbau von Schiebe- oder Steckmasten unbedingt ein Schutzhelm zu tragen. Dies wird auch an den Katastrophenschutzschulen gelehrt.

Weiterhin ist der Artikel mit dem Anruf „Johannes Köln 41/61 ruft Kater Köln“ überschrieben. Nach der für alle Katastrophenschutzorganisationen verbindlichen KatS-DV 810 Sprechfunkdienst lautet der Anruf richtig: „Kater Köln von Johannes Köln 41/61 – kommen“.

### **TÜV: Gefährliche Güter sicherer transportieren**

Weitere Anstrengungen hält der Technische Überwachungsverein Rheinland für notwendig, um die Sicherheit beim Transport von explosiven, brennbaren oder giftigen Stoffen zu gewährleisten. Nur dann sei in der Bundesrepublik eine Explosions-Katastrophe wie die auf dem spanischen Campingplatz „Los Alfaques“, bei der 215 Urlauber, darunter auch zahlreiche deutsche, ums Leben kamen, auch künftig zu vermeiden.

Der TÜV-Experte Dietrich Uebing forderte auf einer Tagung zum Thema „Gefahrguttransport“ mehr Sicherheit vor allem für den Straßenverkehr. Obwohl nur 18 Prozent der Transporte über die Straße führen, geschähen hier über 70 Prozent der jährlich 1500 Unfälle mit gefährlichen Gütern. Die Bahn dagegen transportiere etwa ein Drittel der rund 100 Millionen Tonnen gefährlicher Güter im Jahr, mit nur 15 Prozent der Unfälle. Fünf Prozent ereigneten sich auf dem Wasserwege, wo die Hälfte der gefährlichen Fracht befördert wird.

Auf der Straße seien überhöhte Geschwindigkeit und Fehlverhalten an Kreuzungen und Einmündungen die häufigsten Unfallursachen. Für die Zukunft forderte Uebing, die Stabilität von Tankfahrzeugen und die Stärke der Tankwände zu verbessern. Überdies müsse außer den Fahrern auch das Wartungs- und Ladepersonal speziell ausgebildet werden.

### **Neues Mehrzweckboot für den Katastrophenschutz vorgestellt**



Am 1. April 1982 wurde das neue Mehrzweckboot (KatS-SPAR 4/82) als Prototyp vorgestellt. Es entspricht im wesentlichen den Vorstellungen der Fachleute, wenn auch nicht alle Forderungen hinsichtlich Tragfähigkeit und Geschwindigkeit erfüllt werden konnten. Entscheidend für die Einführung des neuen Bootes waren die niedrigen Herstellungs- und Folgekosten. Die technischen Daten des MzWB-SPAR 4/82:

Länge über alles: 120 cm  
Breite über alles: 53 cm  
Höhe: 50 cm  
Freibordhöhe (bei voller Beladung): 30 cm  
Material: seewasserbeständiges Leichtmetall AlMg 3  
Antrieb: 2,8 kW (3,9 PS), Außenbordmotor  
Steuerung: Lenkrad  
Fachleute des Bundesamtes für Zivil-

schutz, die den Prototyp auf Rhein und Weser erprobten, waren von der Seefestigkeit des Bootes begeistert. Sie lobten vor allem die Möglichkeit, auch mit geschlossener Luke bei fast jedem Wetter fahren zu können. Weitere Vorteile des Bootes sind der raumsparende Transport (Bootsanhänger sind nicht erforderlich) und die Mitführungsmöglichkeit in Pkw und Kombi sowie der geringe Kraftstoffverbrauch.

Hervorzuheben sind ferner die Einsparungen bei der Ausbildung der Bootsführer. Da aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen kein amtlicher Führerschein für Boote mit einem Motor bis 3,65 kW (5 PS) erforderlich ist, können die Bootsführer für das MzWB-SPAR 4/82 nach einer Kurzeinweisung sofort eingesetzt werden.

Das Boot ging am 1. April 1982 sofort in Serie.

### **„Security 82“ wieder mit Fachkongreß**

Mit einer Rekordbeteiligung wird auf der vom 14. bis 17. September 1982 in Essen stattfindenden „Security 82“ gerechnet. Fast jeder vierte bisher angemeldete deutsche Aussteller will seine Standfläche vergrößern. Branchenkenner erwarten deshalb eine weitere Angebotsverdichtung. Auch das starke Auslandsinteresse auf Aussteller- wie

auf Besucherseite hält erkennbar an. So beteiligen sich Großbritannien, die USA und Israel erneut offiziell an dieser weltgrößten Fachmesse zum Thema „Innere Sicherheit“. 1980 hat der Anteil der ausländischen Aussteller 41 % betragen. Insgesamt waren damals 295 Unternehmen aus 18 Nationen als Direktaussteller auf der von rd. 15000 Fachleuten

aus aller Welt besuchten Messe vertreten.

Der diesjährige Security-Kongreß wird sich mit den vielfältigen Aufgaben des Bewachungsgewerbes und des betriebseigenen Werkschutzes sowie mit den zahlreichen aktuellen Problemen befassen, mit denen sich die privaten Sicherheitsdienste konfrontiert sehen. Mit der Kongreßleitung hat der unter dem Vorsitz des Bundestags-Innenausschußvorsitzenden Dr. Axel Wernitz stehende Kongreßbeirat Ministerialdirigent Reinhard Rupprecht vom Bundesinnenministerium und den Bremer Landeskriminalamts-Chef Dr. Herbert Schäfer be-  
traut.

Informationen: Security Internationale Sicherheits-Fachmesse Essen, Norbertstr. 56, 4300 Essen 1.

### **„Emergency 82“ im Oktober in Genf**

Das Programm für den dreitägigen Kongreß, der parallel zur „Emergency 82“ vom 20. bis 24. Oktober 1982 in Genf stattfindet, wird zur Zeit von der Internationalen Zivilschutzorganisation (ICDO),

dem Büro des Koordinators für die Katastrophenhilfe der Vereinten Nationen (UNDRO) und der Liga der Gesellschaften vom Roten Kreuz und Rotem Halbmond fertiggestellt.

Das Thema des ersten Tages: „Bereitschaft und die Formulierung von Notplänen“; zweiter Tag: „Hilfsmaßnahmen und die Durchführung von Notplänen“, und dritter Tag: „Praktische Fallstudien“ mit Bezug auf die bei verschiedenen Erdbebensituationen gemachten Erfahrungen, im besonderen beim El Asnam-Erdbeben in Algerien. Drei der kürzlich aus der Gruppe internationaler Fachleute nominierten Sprecher sind Dr. Gunn, Direktor der Katastrophenhilfe bei der Weltgesundheitsorganisation (Thema: Katastrophenmedizin); Professor Quarantelli, Direktor des Katastrophenforschungszentrums der Ohio State University, USA (Hilfspersonal und organisatorisches Verhalten bei Katastrophen und deren Verhältnisse zur Planung); und Eric Elley, Katastrophenbeamter der Lokalbehörde von Humber-side, Großbritannien (Sicherheit im Humber-Mündungsgebiet).

Eine eintägige Sonderkonferenz, organisiert von Eurofeu, dem Europäischen

Komitee der Hersteller von Fahrzeugen, Geräten und Einrichtungen für den Brandschutz, soll auf den Kongreß folgen.

Informationen: Mack-Brooks Exhibitions Ltd., 62 Victoria Street, St. Albans, England AL1 3XT.

### **Großbrand in Chemiewerk: 60 Millionen DM Schaden**

Nach mehreren Explosionen brach in der Wasserstoffperoxyd-Anlage eines Chemiewerkes in Rheinfelden/Baden ein Großbrand aus, bei dem 550 Kubikmeter Benzol und andere Chemikalien in Flammen aufgingen. Die starke Hitze brachte die Stahlkonstruktion des Produktionsturmes zum Schmelzen, so daß dieser umkippte und ein gegenüberliegendes Gebäude zertrümmerte.

Insgesamt wurde durch das Feuer ein 500 Quadratmeter großer Gebäudekomplex vernichtet und ein Schaden von 60 Millionen DM angerichtet. Die Feuerwehr hatte die zeitweise bis zu 200 Meter hoch lodernden Flammen nach drei Stunden unter Kontrolle. Die in der Anlage beschäftigten Arbeiter hatten sich rechtzeitig in Sicherheit bringen können.



Michael Lein  
SAVE in der praktischen Erprobung

## Rettungscontainer auf Trägerfahrzeug in über 10000 Einsätzen getestet

Die zwölf Prototypen liefen 150000 Kilometer – Eventuell auch für den Zivil- und Katastrophenschutz  
– Die Meinung der Fachleute – Entwicklung geht weiter

Rund 5000mal am Tag ist in der Bundesrepublik ein gut ausgerüstetes und organisiertes Rettungswesen lebenswichtig. 4,7millionenmal eilten Notärzte und Sanitäter allein im vergangenen Jahr mit Blaulicht und Martinshorn zu Verkehrsunfällen, Schwerverletzten oder akut erkrankten Notfallpatienten. Denn auf schnelle, wirksame Hilfe kommt es an. Sie entscheidet oftmals über Leben und Tod; Grund genug, immer wieder über mögliche Verbesserungen dieses Systems und seiner Ausstattung nachzudenken.

### Rettungsfahrzeug der achtziger Jahre

Aus verschiedenen Gründen setzte sich in der Notfallmedizin immer mehr die Erkenntnis durch, daß „das reine Transportfahrzeug bei Primäreinsätzen keine Berechtigung mehr“ habe. So erhielt die Firma Porsche in Stuttgart 1975 vom Bundesminister für Forschung und Technologie (BMFT) den Auftrag, bei vergleichbaren Kosten gängiger Modelle ein „Rettungsfahrzeug der achtziger Jahre“ mit gesteigertem Nutzen und erweiterter Verwendungsbreite zu entwickeln. Parallel dazu sollte versucht werden, die Investitionskosten der am Rettungsdienst beteiligten Organisationen zu senken.

Bereits zwei Jahre später wurde mit dem Prototyp eines neuen Rettungswagens gleich ein kompletter „Rettungsbaukasten“ vorgestellt: SAVE – ein System zur Schnellen Ambulanten Vorklinischen Erstversorgung (das „Zivilschutz-Magazin“ berichtete mehrfach darüber).

Der Zeitraum von Juni 1977 bis Oktober 1980 diente der Konstruktion, der Werkprüfung und dem Bau einer Prototypenserie von zwölf Fahrzeugen zur einjährigen praktischen Erprobung bei den Rettungsorganisationen in der Bundesrepublik (auch der Berufsfeuerwehr von Luxemburg stand ein Versuchsfahrzeug vier Wochen lang zur Verfügung).

Durch eine breite Streuung von Versuchsteilnehmern und Standorten sollten unterschiedliche Anforderungen an die Prototypen gestellt und bundesweit repräsentative Einsatzbereiche abgedeckt werden. Zielsetzung des Projekts war:



Die im Versuch eingesetzten Trägerfahrzeuge (VW LT 28 und DB 208) mit SAVE-Containeraufbau.

- Aufstellung einer Mängelliste anhand der Versuchsergebnisse
- Wirksamkeitsverbesserung des Gesamtsystems
- Abdeckung des gesamten Notfallspektrums.

### Merkmale des Systems

Eine containerförmige Rettungseinheit aus korrosionsfreiem Vollkunststoff bildet zusammen mit einem Trägerfahrzeug die Grundelemente von SAVE. Beide sind durch eine zusätzliche schwingungsdämpfende Verbundfederung und einen Dachaufsatz miteinander verkoppelt. Der Aufsatz trägt gleichzeitig Klimaanlage, Blaulichtband und die akustische Warnanlage.

Als Trägerfahrzeuge können fast alle handelsüblichen Serienfahrzeuge der 2,8-t-Klasse mit einer Leistung von ca. 115 PS ohne große Umbauten kostengünstig verwendet werden.

Weitere vorgesehene Einsatzfelder und Vorzüge:

- Vielfältige Einsatzmöglichkeiten, z. B. als Erste-Hilfe-Station, als Hubschrauberlast oder im Verbund mehrerer Einheiten als Erstversorgungs-Krankenhaus in Katastrophenfällen.

- Doppelte Nutzungsdauer der Rettungszelle gegenüber dem schneller verschleißenden Trägerfahrzeug, nämlich zehn Jahre.
- Bei Schäden leichter Austausch von Trägerfahrzeug oder Container.
- Verkürzung der Fahrzeit zum Einsatzort durch Verbesserung von Geschwindigkeit und Wendigkeit.

Das besonders haltbare Baumaterial der Rettungsbox verbindet die Vorteile, bei geringem Gewicht und guter Isolation gegen Lärm und Wärme strengen hygienischen Anforderungen gerecht zu werden. Eine integrierte Innenraumgestaltung erhöht die Variationsbreite der individuellen Ausstattung und vermindert bei rauen Einsätzen die Verletzungsgefahr von Patient und Behandlungspersonal.

Absetzen läßt sich die Einheit mit Hilfe von vier in Staukästen mitgeführten Stützen. Beim Öffnen der seitlichen Schiebetür klappt automatisch eine Trittstufe aus und gewährleistet ein sicheres Aus- und Einsteigen. Eine große, nach oben schwenkbare Hecktür wird mit Gasfedern offengehalten und ermöglicht eine schnelle Be- und Entladung.

Zur Ausstattung der Rettungseinheit gehört als wichtigstes Element des Patienten-



transportes ein seitlich verschiebbarer Tragentisch mit integrierter Vakuummatratze zur Verbesserung des Schwingungsempfindens. Gleichzeitig bewirkt seine Platzierung, daß der Kopf des Patienten genau im schwingungsarmen Fahrzeugschwerpunkt ruht. Dies soll zur Verringerung des sogenannten Transporttraumas beitragen.

Am Kopfende des Tisches eingebaute Geräte zur Beatmung, Inhalation, Absaugung sowie zur elektromedizinischen Diagnose und Therapie ermöglichen eine funktionsgerechte Behandlung. Arzt oder Sanitäter können jede Körperstelle des Verletzten im Sitzen erreichen. Bewegliche Behandlungsstühle mit integrierter Kopfstütze und Beckengurt lassen sich auf beiden Seiten des Tragentisches an jeder beliebigen Stelle einrasten. Zwei Sprechstellen, eine im Fahrerhaus und eine zweite im Rettungsaufbau, sichern die Verständigung. Über Funk kann die Besatzung mit der Leitstelle oder dem Krankenhaus in Verbindung treten.

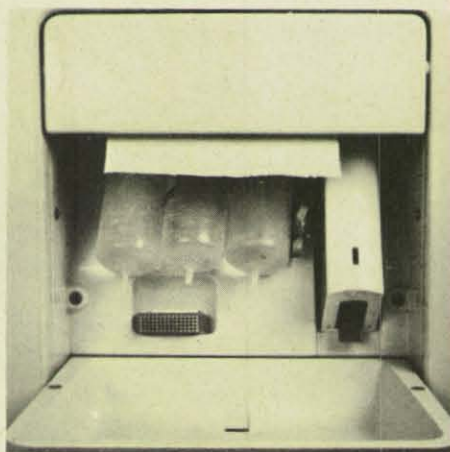
Die medizinische Einrichtung wird in handlichen, farblich differenzierten Koffern verstaut und läßt sich – unterschiedlichen Einsatzfeldern angepaßt – leicht auswechseln. Diese Behälter kommen auch außerhalb des Fahrzeugs zum Einsatz und ergänzen so den ebenfalls vorhandenen Externkoffer. Batterie und Sauerstoffflaschen sind abgeschottet in der Einheit untergebracht und zum Auswechseln von außen zugänglich. Die Anordnung von Sauerstoffgerät und EKG ermöglicht eine von Kabeln und Schnüren unbehinderte Behandlung. Das Waschbecken, raumsparend angeordnet, bietet durch die Verwendung von Einwegbehältern mit sterilem Wasser eine keimfreie Versorgung.

## Werkserprobung auf Herz und Nieren

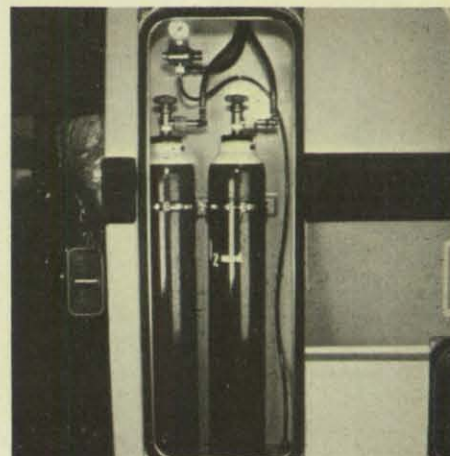
Gesamtsystem und Teilsysteme wurden in 35 verschiedenen Tests von der entwickelnden Firma auf Herz und Nieren geprüft. Für die Kunststoff-Rettungszelle fanden Grundlagenversuche zur Ermittlung der dynamischen Festigkeit statt. Dauerlaufversuche mit Fahrzeug und Kabine über einen sogenannten verschärften Kurs – entsprechend einer Belastung von 50000 bis 100000 km – wurden mit den ersten Prototypen gefahren. Versuche auf einem Verzögerungsschlitten und der Crashanlage dienten der Sicherheitsprüfung.

Für das SAVE-System ergab sich daraus die Forderung nach Vierpunktlagerung der Trage, Vakuummatratze und Behandlungsstühlen. Mit einer ca. zwei Tonnen schweren Barriere wurde dem Fahrzeug in Heck und Seite gefahren, ohne daß die Kabine nennenswert beschädigt wurde oder der Patient von der Trage gefallen wäre. Selbst

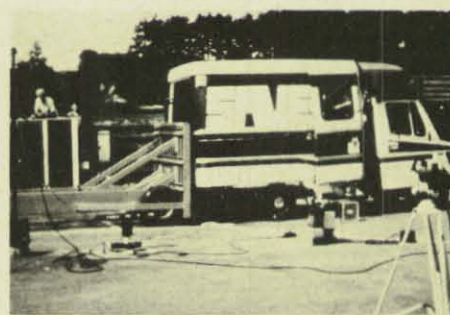
**Integrierte SAVE-Innenausstattung mit Koffersystem, Stehsitz und Patiententrage (links) und Modifizierung nach Abschluß des Feldversuchs (rechts).**



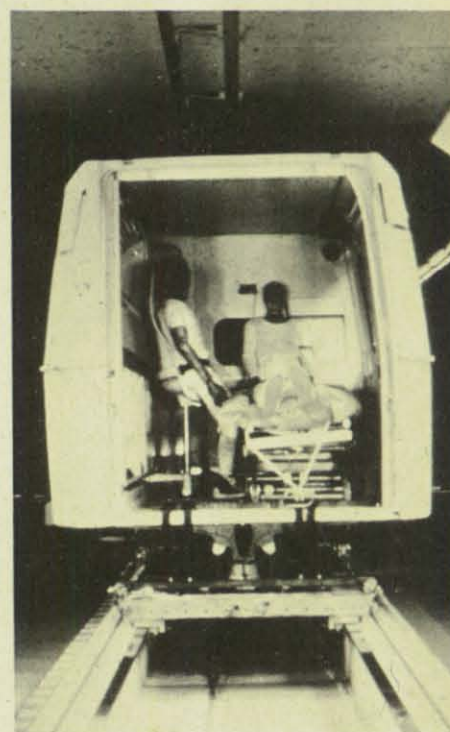
**Verklappbares Waschbecken mit austauschbaren Sterilwasserbehältern.**



**Schnell austauschbare Sauerstoff-Einheit in der Außenwandung des Containers.**



**SAVE im Crashtest: Heckaufprall mit der Zwei-Tonnen-Barriere.**



**Schlittenversuch: Simulierte Einsatzfahrt mit Versuchspuppen.**

die außen in einer Einbuchtung angebrachten Sauerstoffflaschen blieben bei diesen Zerstörungsversuchen unbeschädigt. Die Aussage über Sicherheit bei Bränden ist zwar für einen Rettungswagen im Normal-einsatz – wegen der geringen Zahl der vorkommenden Fälle – sicherlich von untergeordneter Bedeutung, gewinnt aber bei Katastropheneinsätzen an Wert. So zeigten Brandversuche beruhigende Ergebnisse. Temperatur und Gaskonzentration im Innenraum blieben über mehr als fünf Minuten konstant; eine Zeitspanne, die zur Rettung der Insassen ausreicht. Als auf-

wendig und zeitintensiv – aber auch sehr wichtig für den schonenden Patiententransport – zeigen sich die Versuche zur Entwicklung und Abstimmung der Zusatzfederung.

Abschließend wurde je ein Versuchsmuster auf DB 208- und VW LT-28-Trägerfahrzeugen in Abstimmung mit dem auftraggebenden Bundesministerium für Forschung und Technologie und dem Bundesministerium der Verteidigung bei der Erprobungsstelle 41 der Bundeswehr in Trier einer fahrzeugtechnischen Erprobung unterzogen.

## 12 Wagen in 23 Städten

Der werksinternen Prüfung folgte der Bau von zwölf Versuchsfahrzeugen – teils auf DB 208, teils auf VW LT-28. Die Organisationen im Rettungsdienst übernahmen diese Prototypen und testeten sie in einem bundesweiten Großversuch über zweimal sechs Monate in insgesamt 23 Städten. So galt es in dieser dritten Projektphase vor allem – gestützt auf eine statistische Erfassung und detaillierte, computergestützte Auswertung der gefahrenen Einsätze –, die technischen und medizinischen Anforderungen für die Weiterentwicklung von Rettungs- und Notarztwagen zu analysieren und Aussagen über das gesamte medizinische Notfallspektrum in der Bundesrepublik zu gewinnen. Keineswegs sollte dabei – und dies wurde oftmals mißverstanden – eine eventuelle Serienreife von SAVE unter Beweis gestellt werden. Wichtig für die Versuchsanordnung war die den Anwendern gegebene Freiheit, die gebotene Variabilität und Flexibilität des Systems nach eigenem Ermessen auszuschöpfen.

Die Erprobung erforderte daher eine intensive Beschäftigung auch mit Einzelheiten und, daraus abgeleitet, eine kritische Äußerung in pro und contra. Für die Besatzungen der Versuchswagen bedeutete dies – gewöhnt an die herkömmlichen Einsatzfahrzeuge – ein Umdenken. Der Wunsch, an den einzelnen Einsatzorten nur eine begrenzte Anzahl von Personal einzusetzen, damit Ärzte und Sanitäter ein Höchstmaß an Einsatzerfahrung mit Urteilsvermögen erlangen konnten, war häufig nicht zu erfüllen.

## 150000 Testkilometer in über 10000 Einsätzen

Während des Feldversuchs leisteten etwa 300 Ärzte und 400 Sanitäter mehr als 10000 ausgewertete SAVE-Einsätze, dabei wurde eine Gesamtstrecke von fast 150000 km zurückgelegt. 53 Prozent dieser Einsätze fuhr SAVE als Notarztwagen, sonst als Rettungsfahrzeug oder im Krankentransport.

## Einsatzzahlen SAVE-Felderprobung

Aschaffenburg	Bayerische Rote Kreuz	229 Einsätze	3 898 km
Berlin	Berufsfeuerwehr	391 Einsätze	3 169 km
Bonn	Berufsfeuerwehr	706 Einsätze	7 807 km
Frankfurt	Berufsfeuerwehr	239 Einsätze	3 431 km
Hamburg	Berufsfeuerwehr	590 Einsätze	7 612 km
Hannover	Berufsfeuerwehr	397 Einsätze	6 264 km
Kaltenkirchen	Deutsche Rote Kreuz	238 Einsätze	6 345 km
Kassel	Arbeiter-Samariter-Bund	370 Einsätze	5 321 km
*Kempfen	Berufsfeuerwehr	90 Einsätze	1 284 km
Koblenz	Bundeswehr	183 Einsätze	3 182 km
Koblenz	Bundeswehr	180 Einsätze	2 647 km
*Ludwigshafen	Deutsche Rote Kreuz	130 Einsätze	1 340 km
*Luxemburg	Berufsfeuerwehr	213 Einsätze	2 661 km
Mannheim	Johanniter-Unfallhilfe	600 Einsätze	10 434 km
München	Berufsfeuerwehr	505 Einsätze	5 061 km
Münster	Berufsfeuerwehr	698 Einsätze	6 637 km
Rheinbach	Malteser-Hilfsdienst	355 Einsätze	8 272 km
Siegen	Freiwillige Feuerwehr	322 Einsätze	4 513 km
Stuttgart	Deutsche Rote Kreuz	452 Einsätze	5 177 km
Stuttgart	Berufsfeuerwehr	639 Einsätze	11 850 km
Ulm	Deutsche Rote Kreuz	587 Einsätze	6 343 km
Ulm	Deutsche Rote Kreuz	867 Einsätze	9 594 km
Wiesbaden	Deutsche Rote Kreuz	936 Einsätze	10 801 km
Würzburg	Deutsche Rote Kreuz	404 Einsätze	6 305 km
Wuppertal	Berufsfeuerwehr	542 Einsätze	6 118 km

\* vierwöchige Kurzerprobung

Das aus der SAVE-Erprobung abgeleitete notfallmedizinische Spektrum im Rettungsdienst der Bundesrepublik im Überblick:

- Interne Notfälle: 40 Prozent
- Chirurgische Notfälle: 36 Prozent
- Pädiatrische Notfälle: 2 Prozent
- Selbstmordversuche, Verbrechen: 6 Prozent
- Sonstige Primäreinsätze: 16 Prozent

Geschwindigkeit bedeutet Zeitersparnis und kann Leben retten. Jedoch mußten bei der Auswertung der SAVE-Erprobung jahres- und tageszeitlich bedingte Verkehrsbehinderungen und unterschiedliches Können der Fahrer unberücksichtigt bleiben. Auch andere Randbedingungen – wie topographische, regionale und organisatorische Einflüsse – wurden aus programmtechnischen Gründen in den Computer-Berechnungen weitgehend unterdrückt. Die unterschiedlichen Leistungen der beiden verwendeten Trägerfahrzeugtypen sowie die durch individuelle Ausrüstungen bedingten Gewichtsunterschiede müssen ebenfalls beachtet werden. Danach ergaben sich als Durchschnittsgeschwindigkeiten auf der Fahrt zum und vom Einsatzort:

- alle Fahrzeuge 61 bzw. 44 km/h
- DB 208 62 bzw. 44 km/h
- VW LT 28 58 bzw. 43 km/h

Zum Stichwort „Zeitersparnis“ die medizinischen SAVE-Gutachter: „Die Verkürzung des therapiefreien Intervalls bei der Notfallversorgung kann nicht nur durch

schnellere, leistungsstarke Fahrzeuge erreicht werden, sondern durch eine intensive Öffentlichkeitsarbeit zur Stärkung des Notfallbewußtseins und durch eine Vermehrung der Meldemöglichkeiten, z. B. bei Verkehrsunfällen auf der Straße.“ Nun, die Einsatzgeschwindigkeiten in Ballungsräumen mit dichtem Verkehr sind bekannt. In mehr ländlich strukturierten Gebieten konnten die SAVE-Wagen allerdings nennenswerte Zeitgewinne einfahren und so die Rettungskette „verkürzen“.

## Erkennungsprobleme oder die Macht der Gewohnheit

Wegen ihres ungewohnten äußeren Erscheinungsbildes – von herkömmlichen Einsatzwagen abweichende Lackierung und Silhouette – wurden die SAVE-Rettungsfahrzeuge von anderen Verkehrsteilnehmern häufig nicht oder erst spät als Rettungswagen erkannt. Nachts erwies sich die Wirkung des Blaulichtbandes am Dachaufsatz nach Meinung der Versuchsteilnehmer als sehr gut, während die Wirksamkeit bei Tageslicht – vor allem bei starker Sonneneinstrahlung – als verbesserungswürdig bezeichnet wurde. Weiter konnte dieses in die Fahrzeugkontur integrierte Signalband vom Rettungshubschrauber aus nicht erkannt werden. Als Erkennungszeichen für Hubschrauberbesatzungen wurde daher bereits während des Versuchs auf dem Fahrerhausdach eine nach oben blinkende, orangefarbene Elektronikleuchte angebracht.

## Gesamtbeurteilung überwiegend gut

Als gut beurteilten die verschiedenen Testteilnehmer den Federungskomfort für den Patienten, die Klimatisierung des Containers und die hygienischen Bedingungen. Im positiven Bereich lagen auch die Bewertungen für Innenraumbeleuchtung, Bedienungsfreundlichkeit der einzelnen Apparaturen, Reinigung der Einheit sowie die Überwachungsmöglichkeiten des Patienten. In zwei Rettungseinheiten verzichteten die Hersteller bewußt auf eine Sichtverbindung über ein Frontfenster zum Fahrerhaus. Allgemein wurde jedoch der Sichtkontakt zwischen Fahrerhaus und Kabine als notwendig angesehen.

Kritik fanden vor allem die Raumverhältnisse, die von manchen als zu beengt empfunden wurden. So wurden u. a. die angebotenen Stehsitze und deren Handhabung als störend empfunden.

Weitere Kritikpunkte:

- Umständliche Bedienung des Notsitzes
- Häufige Störungen der Sprechverbindung zwischen Fahrerhaus und Rettungsbox
- Kleiner Wasservorrat.

Da die Beurteilung des SAVE-Rettungssystems durch die Anwender alle zwei Monate durch detaillierte Bewertungsbogen erfolgte, konnten die Projektverantwortlichen bereits während des Versuchs im Dialog mit den Organisationen im Rettungsdienst verbessernde Veränderungen an Teilsystemen oder Komponenten vornehmen. Aus den für die einzelnen Bereiche abgegebenen Wertungen – in der Bandbreite sehr gut (1) bis mangelhaft (5) – ermittelten die Auswerter Durchschnittsnoten. Die unterschiedlichen Trägerfahrzeuge und die Ausstattungsvarianten fanden dabei entsprechende Berücksichtigung.

## Medizinische Aspekte

Nach Auffassung der am Großversuch beteiligten Notärzte kamen in dieser dritten Phase des noch nicht abgeschlossenen Entwicklungsprojekts mit den bislang gewonnenen medizinischen Daten typische SAVE-Merkmale noch nicht deutlich genug zum Ausdruck. Auch konnten keine Aussagen über die innerbetriebliche Organisation im SAVE-System gewonnen werden. Die Mediziner fordern zur besseren Beurteilung von SAVE eine Trennung der Daten nach Einsatzart des Rettungsmittels (NAW, RTW oder KTW). Aus den bisherigen Unterlagen ermittelten sie, daß die Therapie im Rettungsfahrzeug im Hinblick auf Störungen des Kreislaufs drei Schwerpunkte hatte:

	5	4	3	2	1
Hygiene					
Klima					
Sicherheit des Patienten					
Diagnosestellung					
Gesamtkomfort					
Sicherheit des Personals					
Überwachung des Patienten					
Handhabung					
Therapiemöglichkeiten					
Ausrüstungskapazität					
Geräuschbelastung					

Beurteilung des SAVE-Rettungssystems durch die Anwender:  
1 = sehr gut;  
5 = mangelhaft.

- Schock
- Kreislaufstillstand
- Herzrhythmusstörungen.

Da Infusionsbehandlungen am häufigsten durchgeführt wurden, sollte aus ärztlicher Sicht ein ausreichender Vorrat an Infusionslösungen mitgeführt werden. Gleiches gilt für einen Sicherheitsbestand an typischen Notfallmedikamenten zur Abwendung lebensbedrohender Situationen sowie für einen genügend großen Sauerstoffvorrat. Atemstörungen werden bevorzugt außerhalb des Fahrzeugs behandelt. Das gesamte Instrumentarium sollte daher tragbar sein. Sonderausrüstungen für Narkosebehandlung erwiesen sich als nicht erforderlich. Sie sollten speziellen Zentren vorbehalten bleiben.

Zusammenfassend kamen die Gutachter zu dem Schluß, daß SAVE sowohl im „Stationssystem“ als auch im „Rendezvousystem“ einsetzbar sein soll und deshalb die Konzeption des Fahrzeugs auf beide Möglichkeiten ausgelegt sein muß. An ausgewählten internistischen und polytraumatisierten Patienten untersuchte und dokumentierte eine Gruppe von Notärzten und Rettungssanitätern der Universität Ulm noch einmal unabhängig die Effektivität der einzelnen Arbeitsabläufe in einer SAVE-Attrappe. Nach dieser ergonomischen Analyse konnten weitere Verbesserungen des Versuchsmodells angeregt werden. Der Arbeitskreis „Medizinische Notfalleinrichtung SAVE“ empfahl im Dezember 1981 unter Berücksichtigung einiger zusätzlicher Veränderungen die so umgestaltete Inneneinrichtung als optimal für den späteren Einsatz.

## Verbesserung der Einrichtung

Schon während der Felderprobung wurde die Forderung nach weiterer Integration der Inneneinrichtung erhoben. Dadurch sollte das Platzangebot in der Rettungseinheit vergrößert werden. Die Notwendigkeit,

sich in der Rettungseinheit noch sicherer zu bewegen, führte zum Beispiel zum Einbau einer in die Dachkontur eingelassenen Haltestange über dem Tragentisch. Bei der erforderlichen Umgestaltung der Dachpartie wurden dann auch die Infusionsbehälter mit einem Bajonett versehen und ihre Handhabung verbessert. Stets bemühten sich die Entwicklungsingenieure bis ins Detail um eine optimale Verschmelzung von Funktion und Design.

Die bereits bei der Konzeption vorgesehene Möglichkeit, die Rettungseinheit vom Fahrgestell abzunehmen und somit den Rettungswagen zu einem Rettungssystem auszubauen, soll durch eine Verbesserung der Absetzeinrichtung erleichtert werden.

## Weitere Entwicklungen

Wie der für SAVE zuständige Projektmanager im BMFT, Regierungsdirektor Dipl.-Ing. Günter Schröder, mitteilt, wird derzeit in einer vierten Entwicklungsphase der Ausbau von SAVE zum vielseitig verwendbaren System weiter vorangetrieben. Bei diesen Arbeiten sollte allerdings klar zwischen Systemoptimierung, Systemerweiterung und weiterer Felderprobung unterschieden werden. Hier, so scheint es, kommt es bis heute zu häufigen Mißverständnissen. Bislang wurde der SAVE-Container ausschließlich als Notarzt- und Rettungsbox entwickelt – und auch als solcher mit vorzeigbaren Ergebnissen zusammen mit den Trägerfahrzeugen als zweiten Systemelement im Feldversuch getestet. Die Optimierungsbedürfnisse beziehen sich in der Hauptsache auf die Problemfelder „Innenraumgestaltung“ und „Ausstattung“. Hier werden – soweit dies nicht während des Feldversuchs geschehen konnte – zur Zeit noch Änderungen vorgenommen.

Ein Optimierungsbeispiel: Das flexible Koffersystem fand während des Tests sowohl Anhänger als auch Gegner, die es vorzogen, Medikamente und Kleinteile in Schubfächern unterzubringen. Nun werden die



**SAVE-Krankenwagen mit Vier-Tragen-Einrichtung in einem Experimentalfahrzeug.**

Koffer mit einem Schienensystem kombiniert, können also nach Belieben gehandhabt werden.

Nach Abschluß dieser und anderer Detailarbeiten sollen im Sommer zunächst zwei SAVE-Boxen im Vier-Wochen-Rhythmus noch einmal von den Teilnehmern des Großversuchs erprobt werden. Während dabei das DB-208-Trägerfahrzeug mit seinem 115-PS-Vorserienmotor unverändert eingesetzt wird, soll der VW LT 28 einen stärkeren Motor bekommen.

Parallel dazu – aber weiterhin an das Gesamtkonzept gebunden – wurde mittlerweile von den Porsche-Ingenieuren in Weissach ein SAVE-typischer Krankentransportcontainer als Prototyp entwickelt. Er wird bei identischen Außenmaßen mit denselben Großserienfahrzeugen wie die SAVE-Rettungsbox über die Dreipunkt-Gummizwischenfederung als „sanfte Schnittstelle“ zum Transportsystem gekoppelt. Mit veränderter Raumaufteilung soll der SAVE-Krankenwagen die Anforderungen der DIN 75080, Teil 3, erfüllen und damit sowohl den Bedürfnissen des Zivil- und Katastrophenschutzes als auch der Bundeswehr gerecht werden. Bis zu vier liegende Verletzte können in dieser Containervariante zusammen mit einer sitzenden Begleitperson besonders schonend befördert werden.

Ähnlich wie schon bei der „Rettungsbox“ werden sicherlich auch bei diesem Typ noch einige Änderungen im Dialog mit den verschiedenen Nutzern erfolgen. Umgekehrt bietet das System gute Ansatzpunkte, daß die potentiellen Anwender ihre Forderungen harmonisieren und im System zur Deckung bringen.

Wenn in beiden SAVE-Varianten die teilweise konkurrierenden Anforderungen optimiert, d. h. von allen potentiellen Betreibern akzeptiert sind, gilt das Entwicklungsziel als fast erreicht. Ein letzter Arbeits-

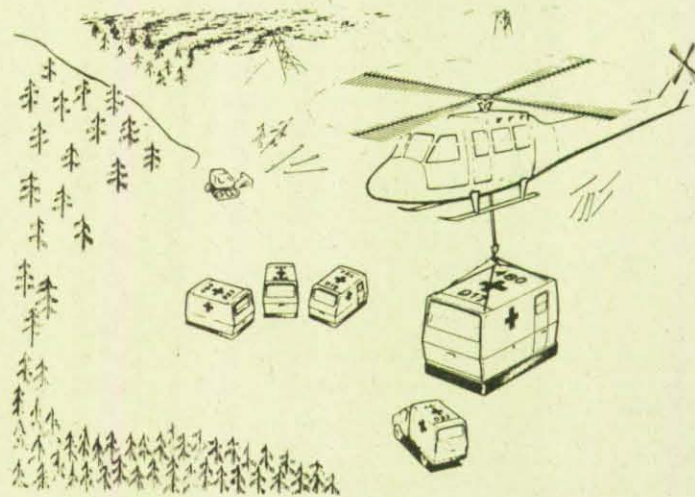
schritt wäre dann die Integration aller ausgeglichenen Vorstellungen in Form von Adapterstellen in der Containerhülle. Eine so gestaltete und genormte Kunststoffbox könnte in Serie und preiswert in Depot-Sandwichbauweise ohne Rücksicht auf den späteren speziellen Verwendungszweck gefertigt werden. Die Einrichtung – sei es für die Benutzung als Rettungsfahrzeug, Notarztwagen oder Krankentransporter – erfolgt dann problemlos bei hohen Freiheitsgraden nach dem Baukastenprinzip.

Ein solcher Mehrzweckcontainer wäre – das zeigt bereits der jetzige Entwicklungsstand – um etwa 20 Zentimeter länger als die bisherigen Prototypen und müßte wohl auf einem serienmäßigen 3,2- bis 3,5-Tonnen-Fahrgestell transportiert werden. Für Sonderzwecke kämen auch Gelände- oder gar Raupenfahrzeuge als Träger in Frage. Ein Generatorpaket im Container würde – ebenfalls vielseitig zu befördern – aus mehreren Boxen zusammengestellte Hilfskrankenhäuser oder andere Zweckkombinationen mit Energie versorgen. Das System wäre abgerundet.

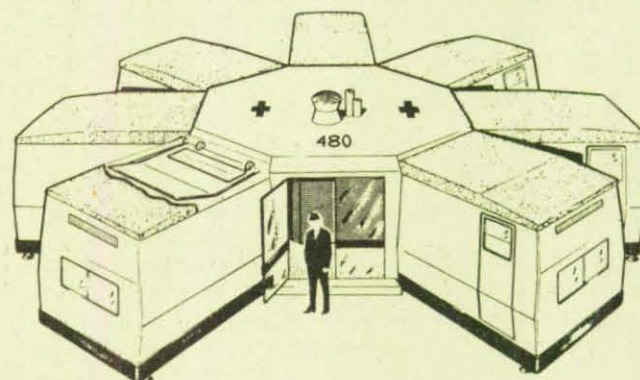
Neuerungen in einer hochentwickelten Industrienation mit einem Netz von gut eingespielten Organisationen und einer natürlichen Überschneidung von Interessen und Vorstellungen müssen sich zwangsläufig an einer Meinungsvielfalt reiben. Nur so bekommen sie Schliff. Erfolg und Machbar-

keit neuer Entwicklungen lassen sich nicht am grünen Tisch erproben: Sie bedürfen der Kurskorrektur in der praktischen Bewährung. Der Umgang mit Systemen – mit Wechselwirkungsgefügen – ist nicht nur ein technisches Problem. Auch das Denken und Handeln „im Netz“ will gelernt und geübt sein.

Ein Zuviel an Vielfalt aber kann auch zerreiben, und Entwicklungsarbeiten – in die zudem viel Geld investiert wurde – überschreiten irgendwann auch ein zeitliches Optimum. Der Grundtenor der hier veröffentlichten Interviews zum Thema SAVE kann durchaus positiv genannt werden. Viele sähen es wohl ungern, wenn die vielseitige „Mehrzweckschachtel“ als „Faltschachtel“ im „Haushaltsloch“ verschwinden würde. So möchte zum Beispiel die JUH Mannheim ihren Testwagen gerne auf eigene Kosten weiterbetreiben. Denn: Rettungswagen und ihr Unterhalt sind teuer. SAVE bietet offenbar – wie angestrebt – eine kostengünstige Lösung im Verbund mit medizin- und rettungstechnischen Verbesserungen. Es wurde von Menschen für Menschen entwickelt, Schwachstellen eingeschlossen. Bis zum bündigen, griffigen Einbau des SAVE-Baukastens in die moderne Rettungskette bedarf es sicher noch weiterer Anstrengungen der Industrie. Der Fortgang der Entwicklung sollte zügig erfolgen; wie man hört, schläft die Konkurrenz in Europa und Übersee keineswegs.



**Die SAVE-Einheit kann wegen ihres geringen Gewichts auch von einem Hubschrauber transportiert werden.**



**Mehrere SAVE-Einheiten können zu mobilen vorklinischen Versorgungsstationen zusammengestellt werden.**

## Deutsche Firmen an SAVE-Serienproduktion interessiert

### Das Zivilschutz-Magazin fragte das auftraggebende Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT) nach Ergebnissen und Zukunft von SAVE:

**ZS-Magazin:** In welchem Umfange wurden aus der Sicht des auftraggebenden BMFT die vier bei der Konzeption von SAVE erhobenen Grundanforderungen erfüllt?

a) Verringerung der Eingriffszeit im Sinne einer Verbesserung in diesem entscheidenden Glied der Rettungskette.

**BMFT:** Darüber geben die sorgfältig ausgewerteten Daten der einjährigen Felderprobung im nun vorliegenden Schlußbericht Auskunft. Während die dem Arbeitskreis „Medizinische Notfalleinrichtung SAVE“ angehörenden Ärzte „... bei Belastung des normalen Straßenverkehrs einen üblichen leistungsfähigen Motor für die Anfahrtzeit zum Notfallort als ausreichend erachten...“, beurteilt die Gesamtheit des an der Felderprobung beteiligten Einsatzpersonals die erstmalig mit einem leistungsgesteigerten Vorserienmotor von 115 PS Antriebsleistung ausgerüsteten SAVE-Trägerfahrzeuge in Motorleistung (+ 2,8), Höchstgeschwindigkeit (+ 1,7) und Beschleunigung (+ 2,8) deutlich besser, als die mit den zur Zeit handelsüblich ausgerüsteten Trägerfahrzeug mit 75 PS Antriebsleistung.

Auch die dem Bericht zu entnehmenden exakten Daten über die gefahrenen Geschwindigkeiten beweisen, daß das therapiefreie Intervall verkürzt werden konnte. Die höher motorisierten Fahrzeuge waren bei der Alarmfahrt im Durchschnitt um vier Kilometer pro Stunde schneller, erreichten also früher den Notfallort.

**ZS-Magazin:** b) Bereitstellen von funktionsgerechtem, modernstem medizinischem Gerät zur Diagnose und Therapie von Notfallpatienten.

**BMFT:** Es war nicht Aufgabe dieses Entwicklungsvorhabens, für das SAVE-System neue medizinische Geräte zu entwickeln. Es wurde jedoch Wert darauf gelegt, die modernsten auf dem Markt erhältlichen

Geräte funktionsgerecht unterzubringen, teilweise im speziell entwickelten SAVE-Koffersystem. Trotz unbestreitbarer logistischer Vorteile unterlag dieses Koffersystem teilweise der Kritik der Anwender. Im Rahmen der jetzt laufenden Phase 4 des Gesamtprojekts SAVE werden Optimierungsarbeiten durchgeführt, die den Wünschen der Anwender noch besser gerecht werden.

**ZS-Magazin:** c) Optimierung eines notfallgerechten Arbeitsplatzes für Ärzte und Sanitäter unter Berücksichtigung der Arbeitsplatzsicherheit.

**BMFT:** Bei der Gestaltung des PatientenInnenraums der SAVE-Kabine wurde der Arbeitsplatzsicherheit von Arzt und Rettungssanitäter besondere Bedeutung beigemessen. Dies führte zu einem weitgehend glattflächigen Innenraum ohne störende oder gefährdende Ecken und Kanten und zu einer harmonischen Integration der Geräte und Armaturen. Dabei erfolgte eine sorgfältige Abstimmung zwischen praxisgerechter Anwendung und den Anforderungen der Sicherheit.

Eine zu Beginn der Entwicklungsarbeit durchgeführte Problemanalyse führte hinsichtlich der Arbeitsplatzsicherheit zu Behandlungsstühlen, auf denen das Personal während der Fahrt sicher gehalten wird und trotzdem die Überwachung des Patienten und die erforderliche Eingriffsmöglichkeit jederzeit gegeben ist.

Während der einjährigen Felderprobung hat sich gezeigt, daß diese Behandlungsstühle konstruktiv überdimensioniert sind. Sie werden im Zuge der Optimierungsphase in den Auslegungsparametern reduziert, ohne ihre Sicherheitsfunktion zu beeinträchtigen.

**ZS-Magazin:** d) Verbesserung eines schonenden Patiententransportes zur Verringerung des Transporttraumas.

**BMFT:** Während des einjährigen Feldversuchs wurden die das Transporttrauma des verletzten Patienten beeinflussenden Größen, u. a. Schwingungen, Lärm, Temperatur und Feuchtigkeit im Krankentransportraum der SAVE-Prototypen nicht gemessen. Rein subjektiv beurteilten die Sanitäter und Notärzte den Fahrkomfort der SAVE-Prototyp-Fahrzeuge mit gut.

Später durchgeführte K-Wert-Vergleichsmessungen des Schwingungskomforts heutiger Rettungs- und Notarztwagen, die nicht von Porsche durchgeführt worden sind, erbrachten am Kabinenboden Schwingungskomfort-Werte, wie sie heute in der gehobenen Pkw-Klasse erreicht werden. (Anmerkung der Redaktion: Die Wahrnehmungsstärke K gibt nach DIN 75080 als Meßwert die Schwingungsbelastung an, die der Patient auf der Kranken-

trage eines Rettungs- oder Krankenwagens empfindet. Dieser Wert darf im Geschwindigkeitsbereich von 0 bis 80 km/h höchstens die Wahrnehmungsstärke  $K = 25$  erreichen. Der Komfort-Wert bei Personenwagen liegt durchschnittlich bei  $K = 10$ .)

**ZS-Magazin:** Das Kostenverhältnis von Grundausstattung zur möglichen medizinischen Ausrüstung wurde seinerzeit auf den Wert 40:60 festgelegt. Ist es insgesamt gelungen, ein neues Rettungssystem mit gesteigertem Nutzen und erweiterter Verwendungsbreite zu entwickeln?

**BMFT:** Das von Ihnen zitierte Kostenverhältnis wurde anhand der damals im Einsatz befindlichen konventionellen Rettungs- und Notarztwagen ermittelt. Es wurde weiter darauf verwiesen, daß Unterhalts-, Wartungs-, Reparatur- und andere Betriebskosten sowie die Zeit der Funktionserhaltung mit berücksichtigt werden müssen, wenn es um die finanzielle Belastung der den Rettungsdienst betreibenden Organisationen geht.

Dieser Forderung versucht die SAVE-Konzeption durch die in kurzer Zeit mögliche Trennung des Trägerfahrzeugs von der Rettungseinheit gerecht zu werden. Denn sowohl Rettungseinheit als auch Trägerfahrzeug können dann im Bedarfsfalle kurzzeitig verwandte Aufgaben durchführen: Die Rettungs- oder Notarztkabine im stationären Einsatz zur Behandlung von Verletzten im Katastrophenfall heranziehen, das Trägerfahrzeug mit einer zur Zeit in der Entwicklung befindlichen Vier-Tragen-Einheit den Abtransport der versorgten Verletzten übernehmen.

Ein abschließendes Urteil kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abgegeben werden, da, wie bereits erwähnt, die Vier-Tragen-Einheit, die die gleichen geometrischen Abmessungen wie die Rettungseinheit besitzt, noch entwickelt wird und die Erprobung als Vier-Tragen-Krankenkraftwagen, aber auch die der Wechselladetechnik, noch bevorsteht.

**ZS-Magazin:** Zusammengefaßt gefragt: Hat sich SAVE in der täglichen Praxis bewährt, wird also SAVE in Serienproduktion gehen?

**BMFT:** Die zwölf Rettungs- und Notarztwagen SAVE haben im Rahmen der einjährigen Felderprobung in 23 Städten der Bundesrepublik Deutschland und in Luxemburg bei 10 863 dokumentierten Notfalleinsätzen ihren praktischen Eignungstest abgelegt. Dabei muß berücksichtigt werden, daß es sich um reine Prototyp-Fahrzeuge handelt, die bei weitem noch nicht die fertigungstechnische Reife einer Serienproduktion aufweisen.

Deshalb ist es zu begrüßen, daß diese vom BMFT seit November 1975 geförderte Ent-

wicklung schon vor dem endgültigen Abschluß der Arbeiten Interesse in Wirtschaft und Praxis des Rettungswesens gefunden hat, und daß mittelständische Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland zur Zeit prüfen, ob ihnen eine Serienproduktion möglich ist. Dies betonte Bundesforschungsminister Andreas von Bülow in einer Pressemitteilung aus Anlaß der Vorlage des Schlußberichtes zur Phase 3 des FE-Projektes „Rettungs- und Notarztwagen SAVE“ am 2. Februar 1982.

## Entwicklungsziele erreicht

**Oberarzt Dr. Peter Sefrin, Chef des Würzburger Notarzdienstes und medizinischer Gutachter von SAVE, äußerte gegenüber dem Zivilschutz-Magazin aus notärztlicher Sicht:**

**ZS-Magazin:** In welchem Umfang wurden aus der Sicht der Medizin die vier bei der Konzeption von SAVE erhobenen Grundanforderungen erfüllt?

a) Verringerung der Eingriffszeit im Sinne einer Verbesserung in diesem entscheidenden Glied der Rettungskette

b) Bereitstellung von funktionsgerechtem, modernstem medizinischen Gerät zur Diagnose und Therapie von Notfallpatienten

c) Optimierung eines notfallgerechten Arbeitsplatzes für Ärzte und Sanitäter unter Berücksichtigung der Arbeitsplatzsicherheit

d) Verbesserung eines schonenden Patiententransportes zur Verringerung des Transporttraumas.

**Dr. Sefrin:** a) Der Begriff „Eingriffszeit“ bedeutet von medizinischer Seite die Zeit, die für die Versorgung des einzelnen Notfallpatienten benötigt wird. Verständlicherweise ist sie von dem Schweregrad der Verletzung abhängig. Ein Rückschluß auf die Verwendbarkeit eines Rettungsmittels läßt sich durch die Eingriffszeit nicht dokumentieren. Grenzt man jedoch den Begriff ein auf die Verweilzeit, die zur Herstellung der Transportfähigkeit benötigt wird, so zeigt sich, daß in mehr als 50% dazu pro Einsatz länger als 10 Minuten erforderlich war. In 80% der Einsätze ist der Notarzt 20 Minuten mit der Versorgung des Notfallpatienten beschäftigt. Unter Zugrundelegung

der Tatsache, daß bei 53% der Einsätze bei der Felderprobung des SAVE es sich um Notarzteinsätze handelte, liegt der Anteil der Patienten, bei denen der Notarzt aufgrund der Schwere des Zustandsbildes oder zur Vorbereitung des Abtransportes länger als 10 Minuten tätig war, mit 52% fast gleich auf.

b) Bei der Analyse der Geräte, die im Notarztwagen mitgeführt wurden, und deren Anwendung in praxi interessiert die Häufigkeit der Benutzung. Eine der wichtigsten ärztlichen Maßnahmen, die in 16% angewandt wurde, war die Intubation. Eine Beatmung wurde nur nach entsprechender Indikation durch den Notarzt auch von diesem durchgeführt. Damit gelang es in 16% ebenfalls dazu beizutragen, die Lebensbedrohung abzuwenden. In 30% der Fälle reichte die alleinige Sauerstoffgabe aus, um die Situation zu verbessern. Spezielle Ausrüstungen wurden nur vereinzelt eingesetzt. Die Verwendung dieses Materials ist allerdings nicht neu, sondern bereits in verschiedenen Rettungs- und Notarztwagen anderer Typen vorhanden. Es zeigte sich jedoch ganz deutlich bei dieser Felderprobung, daß medizinischerseits heute nicht mehr auf derartige Zusatzgeräte verzichtet werden kann. Eine Anpassung der DIN-Norm an die Bedürfnisse der Notfallmedizin ist unbedingt erforderlich.

c) Zur Frage der Optimierung eines notfallgerechten Arbeitsplatzes für Ärzte und Sanitäter kann angemerkt werden, daß durch die erstmals in diesem Fahrzeugkonzept enthaltenen Neuerungen zumindest interessante Gesichtspunkte aufgetan wurden. Eine abschließende Beurteilung ist zumindest von medizinischer Seite nicht möglich.

d) Eine Verkürzung des therapiefreien Intervalles bei der Notfallversorgung kann nicht nur durch schnellere und leistungsstarke Fahrzeuge erreicht werden, sondern durch eine intensive Öffentlichkeitsarbeit zur Stärkung des Notfallbewußtseins und durch eine Vermehrung der Meldemöglichkeiten. Aufgrund der vorgelegten Unterlagen können aus der Sicht der Notärzte momentan noch keine verbindlichen Aussagen zum Konzept des SAVE-Rettungswagens und zu den einzelnen Teillösungen gemacht werden. Das vorgestellte Konzept ist bestimmt ein interessanter und gangbarer Weg, der einer weiteren Erprobung bedarf.

Eine Verbesserung des Patiententransportes bezüglich des Fahrkomforts war nicht Aufgabe des Untersuchungskonzeptes. Es sollte vielmehr ein neues Rettungswagen-Konzept mit entsprechenden Detaillösungen gefunden werden. Dieses Ziel kann man als erreicht ansehen und wird abwarten müssen, inwieweit sich diese Lösungen in der Praxis durchsetzen werden.

## DRK: Offen ist die Frage der Kosten

**Das Zivilschutz-Magazin interviewte den stv. Generalsekretär des Deutschen Roten Kreuzes, Roderich Lüttgen, zum Thema SAVE; das DRK allein erprobte in ca. 3600 ausgewerteten Einsätzen über etwa 50000 gefahrene Einsatzkilometer zusammen mit dem Bayerischen Roten Kreuz insgesamt acht der zwölf SAVE-Rettungswagen.**

**ZS-Magazin:** Wie beurteilen Sie insgesamt im Vergleich zu den von Ihnen eingesetzten herkömmlichen Rettungswagen das neue System SAVE?

**Lüttgen:** SAVE bringt im Detail einige Verbesserungen gegenüber den herkömmlichen Rettungswagen. Der wichtigste Schwachpunkt der derzeit eingesetzten Rettungswagen, Federung und Fahrkomfort, ist aber auch bei SAVE leider noch nicht befriedigend behoben.

Bei den uns jeweils für sechs Monate zur Verfügung gestellten Musterfahrzeugen wurden im Feldversuch zwangsläufig Mängel festgestellt, die überwiegend abgestellt worden sein sollen. Eine nochmalige Überprüfung war uns bisher nicht möglich. Die Fahrzeuge sollen aber nach neuesten Informationen zu diesem Zweck im Sommer 1982 noch einmal den Einsatzstellen zur Verfügung gestellt werden.

Eine Abstimmung mit den Mindestanforderungen der von Anwendern und Herstellern aufgestellten und in allen Rettungsgesetzen der Bundesländer verbindlich erklärten DIN-Norm 75080, Teil 1 und Teil 2, für Rettungswagen ist dringend erforderlich, um SAVE-Fahrzeuge einsetzen zu können. In Zusammenarbeit mit dem zuständigen DIN-Normenausschuß müßte dieses (ggf. auch durch punktuelle Änderungen der DIN-Norm) möglich sein. Dafür würde sich das DRK auch einsetzen.

Nicht ohne den Einfluß darauf, ob sich SAVE durchsetzen wird, wird die Frage der Kosten dieses neuen Typs sein, die leider noch nicht beantwortet werden konnte.

**ZS-Magazin:** Trägt SAVE zu einer Verbesserung der Rettungskette bei?

**Lüttgen:** Jedes Fahrzeug, das den Anforderungen und Erkenntnissen der moder-

nen Notfallmedizin entspricht, trägt zur Verbesserung der Rettungskette bei. Das trifft auch auf SAVE zu, sobald die Erprobungen in der Praxis die erhofften Verbesserungen bestätigen werden.

**ZS-Magazin:** Wie beurteilt das DRK die Verwendbarkeit von SAVE bei in- und ausländischen Einsätzen im Zivil- und Katastrophenschutz?

**Lüttgen:** Notarzt- und Rettungswagen werden im Zivil- und Katastrophenschutz stets dann eine wichtige Rolle spielen, wenn eine größere Zahl von Verletzten versorgt werden muß. Dabei wird man diese Fahrzeuge besonders in der ersten Phase als Behandlungsstationen vor Ort verwenden und sie erst in zweiter Linie als Transportmittel einsetzen. Die Weiterbeförderung der dort versorgten Verletzten kann dann überwiegend durch die in weit aus größerer Zahl vorhandenen Krankentransportwagen erfolgen. Wenn man dabei auch in Zukunft an Fahrzeuge des Typs SAVE denkt, sollte es zunächst unberücksichtigt bleiben, daß die Behandlungskabine des SAVE vom Grundfahrzeug abgesetzt werden könnte. Das hätte nur dann einen Sinn, wenn man weitere Kabinen „auf Vorrat“ bzw. als Reserve irgendwo bereitstellen würde. Das erscheint aber bei der derzeitigen Finanzlage des Rettungsdienstes oder auch der Länder und des Bundes im Rahmen des Katastrophenschutzes unrealistisch.

Natürlich würden SAVE-Fahrzeuge auch im Ausland einzusetzen sein, wenn deutsche Einheiten dort zum Einsatz gelangen sollten. Ob sich das System selbst im Ausland durchzusetzen vermag, hängt in erster Linie davon ab, ob sich die jeweiligen Staaten aufgrund ihrer speziellen Vorschriften (eigene Normen usw.) zu einer Zulassung durchringen können. Allgemein sind die deutschen Anforderungen an Notarztwagen, Rettungswagen und Krankentransportwagen bedeutend höher als die aller europäischen Staaten. Damit zusammen hängt die Frage der Beschaffungs- und Unterhaltungskosten.

**ZS-Magazin:** Zusammengefaßt gefragt: Hat sich SAVE in der täglichen Praxis bewährt? Wäre das DRK an einer Serienproduktion interessiert?

**Lüttgen:** Die Frage kann abschließend noch nicht beantwortet werden, da im Sommer dieses Jahres eine weitere Felderprobung von Prototypen des SAVE erfolgen wird. Sie wird vermutlich Aufschluß über die endgültige Ausführung geben können. Nach Auskunft des Bundesministers für Forschung und Technologie bzw. der Firma Porsche wird man auch dann erst Kalkulationen aufstellen können, die Aussagen über den Preis eines SAVE zulassen. Das DRK ist an einer Serienproduktion sicherlich dann interessiert, wenn minde-

stens ein gleichwertiges Rettungsfahrzeug zur Verfügung stehen wird und dieses auch in der Anschaffung und Unterhaltung erschwinglich ist. Die seit 1975 laufenden Entwicklungsarbeiten und die seither vom BMFT aufgebrauchten 15 Millionen DM haben sich dann sicher gelohnt.

### Mischung aus SAVE und herkömmlichem RTW könnte zum „Umsteigen“ anreizen

**Das Zivilschutz-Magazin fragte auch Rettungssanitäter Franz-Josef Schmidt von der MHD-Rettungswache in Rheinbach bei Bonn über seine Einsatzerfahrungen mit SAVE. Der MHD ist alleiniger Träger des Rettungsdienstes im dortigen Bereich Rheinbach – Meckenheim – Wachtberg; er verfügt über zwei RTW, zwei KTW und zwei Notarzt-Einsatzfahrzeuge. Die Einsätze erfolgen im Rendezvoussystem.**

**ZS-Magazin:** Herr Schmidt, wie viele Einsätze haben Sie auf SAVE gefahren?

**Schmidt:** In der Zeit vom 18. April bis 18. Oktober 1980 war SAVE in Rheinbach zur Erprobung stationiert. Mit dem Wagen wurden in dieser Zeit 355 Notfalleinsätze gefahren, davon habe ich persönlich 53 Einsätze wahrgenommen.

**ZS-Magazin:** Wo liegen im Vergleich zum herkömmlichen RTW im System SAVE die wichtigsten Unterschiede in der täglichen Praxis?

**Schmidt:** Zunächst einmal ist festzustellen, daß sich Defibrillator, EKG und Beatmungsgerät direkt über dem Kopf des Patienten befinden. Beim herkömmlichen RTW sind diese Geräte seitlich angeordnet. Zweitens ist SAVE total auf das Koffersystem umgestellt. Die nach Bedarfsfällen geordnete Ausrüstung befindet sich im üblichen RTW in Schubfächern. Durch die Anordnung der Koffer entlang der gesamten Seite des Wagens ist drittens der Bewegungsraum für den Rettungssanitäter kleiner geworden, wenn der Notarzt ebenfalls mitfährt. Im herkömmlichen RTW sind die Schubfächer teils an der Frontseite und nur zum Teil auch an der Längsseite des Wagens angeordnet, so daß dort mehr Platz zur Verfügung steht. Im übrigen ist die Sicht des behandelnden Personals im SAVE nach außen vergleichsweise einge-

schränkter. Durch das kleine Fenster zur Fahrerkabine und zur Straße ist nicht mehr ohne weiteres auszumachen, wo die Fahrt hingeht.

Ein wichtiger Unterschied zu unserem RTW besteht auch darin, daß der Patient nur noch mit Vakuummatratze gefahren wird.

**ZS-Magazin:** Wie beurteilen Sie Fahrkomfort, Ihre persönliche Sicherheit und die Sicherheit des Patienten bei Einsatzfahrten?

**Schmidt:** Die Sicherheit des Patienten ist durch die Benutzung der Vakuummatratze sicherlich bedeutend besser geworden. Auch der Fahrkomfort ist wegen der Matratze und der Abstimmung von Fahrwerk und Container für den Patienten phantastisch gut. Da bei der Einrichtung scharfe Kanten systematisch vermieden wurden, kann man auch die Sicherheit des Rettungssanitäters in diesem Punkt als verbessert ansehen. Dazu tragen auch die günstigen Stühle bei. Allerdings hat der Rettungssanitäter, wie schon gesagt, aufgrund der Anordnung der Einrichtung weniger Bewegungsfreiheit, also andererseits weniger Fahrkomfort.

**ZS-Magazin:** Würden Sie und Ihre Kollegen in Zukunft generell auf SAVE-Fahrzeuge „umsteigen“?

**Schmidt:** Generell nein! Das heißt, nicht mit SAVE, wie wir das System jetzt im einzelnen kennengelernt haben. Es müßten Verbesserungen vorgenommen werden. Der Bewegungsraum für das behandelnde Personal zum Beispiel könnte dadurch vergrößert werden, daß man vom durchgehenden Koffersystem wieder abkommt, immer wieder benötigtes Material und Gerät fest im Wagen untergebracht ist, ansonsten Spezialkoffer je nach Bedarf (für Verbrennungen, für die Behandlung von Kleinkindern, für Bergungen) in den Einsatz mitgenommen werden.

Dann müßte die Kabine so gestaltet werden, daß sie nicht so abgeschlossen und eng auf den Patienten wirkt. Das war nämlich auch ein Problem. Begrüßenswert wäre neben einer Verbesserung der Straßensituation auch eine stärkere Maschine, mit der der Wagen aus Gründen der Schnelligkeit und Sicherheit besser beschleunigt werden könnte. Positiv aufgefallen ist mir übrigens noch die gute Wärme- und Kälteisolierung der Kabine. Ich würde also sagen, eine Mischung aus SAVE und herkömmlichem RTW, das könnte schon zum „Umsteigen“ reizen.

Die Kostenfrage ist dabei noch außer acht gelassen. Es wird gesagt, daß SAVE billiger als der herkömmliche RTW ist, weil die Kabine länger verwendet werden kann als Maschine und Fahrgestell. Aber das müßte sich erst einmal herausstellen.



Vor zwanzig Jahren in Hamburg

## Die Nacht, in der die Deiche brachen

Die Sturmflut am 16./17. Februar 1962 überschwemmte mehr als 12000 Hektar Land – 347 Todesopfer zu beklagen – „Naturgewalten bleiben letzten Endes unberechenbar“

Wellenhöhen 10 Meter und mehr; Windstärke 12 plus Westnordwest, Geschwindigkeit 280 Stundenkilometer. Nordsee ist Mordsee. Helgoland vibriert unter dem Ansturm der Brecher in seinen Grundfesten. Gierig lecken schaumweiße Gischtzungen über sein Oberland. Gnade Gott den Männern, die jetzt auf See sind. Zahlreiche Schiffe geraten in Seenot.

Wir schreiben Freitag, den 16. Februar 1962. Am Nachmittag wirft sich das Orkantief „Vincinette“ – die Siegreiche – auf die deutsche Nordseeküste und greift auf das europäische Festland über. Noch vor München wirbelt der Sturm Autos von den Straßen. An der Flanke des von Island kommenden Sturmfelds tobt zwölf Stunden lang der entfesselte Orkan aus Westnordwest genau ins „nasse Dreieck“ der Deutschen Bucht hinein, zusätzlich überlagert von den Einflüssen einer atlantischen Fernwelle.

Seit dem frühen Vormittag drückt der Sturm ungeheure Wassermassen in die hochwasserführende Trichteröffnung der Elbe vor Hamburg. Unaufhaltsam, bedrohlich, beginnt der Fluß zu steigen. Die Katastrophe trifft die Großstadt unvorbereitet. Ausgehend von dem bis dahin höchsten bekannten Wasserstand – 5,24 Meter über Normalnull, gemessen im Jahre 1825 – hatte man Deiche aufgeschüttet, die einem Pegelstand von 5,65 Metern standgehalten hätten. „Vincinette“ zeigte den Menschen

an der Waterkant, daß sie hinter ihren Deichen über ein Jahrhundert in trügerischer Sicherheit gelebt hatten. Kurz nach Mitternacht, am 17. Februar, reißt die Sturmflut die Bewohner weiter Teile der Millionenstadt Hamburg aus dem Schlaf.

Die Ereignisse überschlagen sich: Der Rödingsmarkt läuft voll. In Neuenfelde schäumt die Gischt bereits über den Deich der alten Süderelbe.

In den hafennahen Vierteln werden die ersten Sandsackbarrikaden errichtet. Um 0.40 Uhr bricht der Deich in Neuenfelde. Deiche in Frankop, Moorburg, Moorfleet, Neuenfelde und Stillkosen sind gebrochen. In den Niederungen hinter den geborstenen Deichen werden Autos von den Wegen gerissen, Lauben und Gartenhäuschen zerstört.

Nun geben an vielen Stellen Dämme und Deiche nach. Über den Vogelhüttendeich, durch die Georg-Wilhelm-Straße donnert die Flut, brandet gegen Hochhäuser, Siedlungen und Einzelhäuser. Die ersten Opfer sind zu beklagen.

Waltershof, Neuland, die Veddel, Georgswerder und die Süderelbmarsch melden „Land unter“. Überall haben sich inzwischen Menschen auf die Dächer ihrer Häuser gerettet. An Kaminen krallen sie sich fest, hängen in Bäumen, mit letzter Kraft im Geäst Halt suchend. Ihre gellenden Hilfeschreie werden vom Brüllen des Infernos verschluckt.

Straßenbeleuchtung und Telefone sind ausgefallen. Die Kraftwerke müssen ihre Kessel löschen. Auf der Autobahn bei Stillhorn versinken Lastwagen im Wasser, auf dem Wilhelmsburger Güterbahnhof retten sich Eisenbahner auf die Wagendächer.

In der überfluteten Süderelbmarsch beginnt ein grauenvolles Tiersterben. Manchmal schaffen es die Bauern noch, ihre Rinder in die oberen Stockwerke zu zerren. Aber Hunderte von Kühen und Schweinen ertrinken in den Ställen. Gegen 5.00 Uhr morgens erreicht die Sturmflut das Neugrabener Dorf. 1825 ertranken allein hier bei der großen Sturmflut einhundert Menschen. Und wie damals flüchten auch diesmal viele in die auf einer Wurt gelegene Kirche.

Überall sind Menschen in „Inselstellungen“ eingeschlossen und warten verzweifelt auf Hilfe, auf Hilfe, die zunächst nur mühsam organisiert werden kann.

Die Lufttemperatur fällt bei kaum gebrochener Windstärke beständig. Flut, Kälte, Nässe und Sturm, tödliche Waffen der Natur. „Wir kommen nirgends mehr ran!“ meldet ein Lagebericht. Hamburg in Not. Die Großstadt in der Katastrophe.

Die Stunden jener Nacht und die folgenden Tage sind aber auch die Zeiten der Bewährung zahlloser Helfer. Die Hilfe ist groß und spontan.



Englische, amerikanische, holländische und deutsche Soldaten, dänisches Rettungskorps, Polizei, Feuerwehr, Bundesgrenzschutz und die humanitären Hilfsorganisationen – ergänzt durch ein Heer Freiwilliger – stehen Seite an Seite, um mit allen verfügbaren Kräften zu retten, zu bergen und zu helfen. Allein etwa 15000 Jugendliche im Alter von dreizehn bis neunzehn Jahren bieten ihre Hilfe an. Für den BLSV, den heutigen BVS, war es das „Aufgebot der Zwölftausend“.

Hubschrauber retten Erschöpfte und Verzweifelte von Dächern und Inseln, Schlauchboote, Kähne und behelfsmäßige Flöße werden eingesetzt, um Kinder, Frauen und Männer aus ihrer Lage zu befreien. Allmählich wandelt sich die spontane Hilfe in organisierte Hilfsaktionen. Und wieder zeigt sich, worauf Katastrophenschutzexperten schon immer hingewiesen haben: Größtmögliche Erfolge auf dem Gebiet der Menschenrettung kann nur das organisierte, vorbereitete, geübte und eingespielte Zusammenwirken aller Organisationen gewährleisten.

Es hätte nach Meinung der Experten noch schlimmer kommen können. „Vincinette“ tobt ihre Kraft weit entfernt von der Elbmündung über der Nordsee aus. Auch herrscht in der Katastrophennacht glücklicherweise keine Springtide – ein von der überlagerten Anziehungskraft von Mond und Sonne bei Neumond verursachter extremer Fluthochstand. Dauer und Stärke des Orkans blieben unter der Intensität des Holland-Orkans vom Februar 1953, bei dem fast 1800 Menschen ums Leben kamen.

Dennoch werden die Bürger Hamburgs von der Flut hart betroffen. Sie schliefen in jener Nacht vor allem in den Stadtteilen südlich der Elbe ahnungslos dem Unheil entgegen. Bis auf 5,70 über Normalnull steigt das Wasser im Hafen, unterspült die Innenböschungen der Deiche, bis die Bollwerke schließlich weggerissen werden. Zudem war die Anfälligkeit der alten Anlagen noch durch technische Eingriffe erhöht worden. Man hatte für die Häuser gleich hinter dem Deich Leitungen für Gas, Telefon und Wasser in die Erde gelegt, hatte Wege und Straßen auf den Deichkronen angelegt und Treppen gebaut.

An sechzig Stellen brechen die Deiche; die Durchbruchstellen sind, zusammengerechnet, etwa zweieinhalb Kilometer lang. Mehr als 12000 Hektar Land werden überschwemmt; 20000 Hamburger, vor allem im Stadtteil Wilhelmsburg, müssen ihre Wohnungen verlassen, etwa 100000 sind zeitweilig vom Wasser eingeschlossen. Von den 347 Todesopfern im Küstengebiet sind allein 315 in Hamburg zu beklagen. Über 2000 Großtiere ertrinken. Die Seuchengefahr muß mit Chlorkalk gebannt werden.



An 60 Stellen – insgesamt zweieinhalb Kilometer lang – brechen im Februar 1962 im Raum Hamburg die Deiche und Dämme.

„Land unter“: Blick auf den Verschiebebahnhof Wilhelmsburg, dahinter der Stadtteil Georgswerder (Luftbild freigegeben vom Luftamt Hamburg, Nr. 68970).



Am Freitag, dem 16. Februar, wird gegen 20.30 Uhr im Rundfunk zum ersten Mal vor einer sehr schweren Sturmflut gewarnt. Das Fernsehen wiederholt den Hinweis in der Tagesschau knapp zwei Stunden später. Kurz nach Mitternacht alarmiert die Polizei mit Blaulicht, Sirenen und Lautsprechern die Bevölkerung der gefährdeten Stadtteile. Aber die Reaktion darauf bleibt schwach. Die scheinbare Sicherheit, das Gefühl der Geborgenheit inmitten einer Großstadt, ist zu stark, zumal in den Warnungen nur auf den „gesamten Bereich der

Nordseeküste“ hingewiesen wurde, nicht aber auf eine Gefahr speziell für die Hansestadt.

Die Autoren einer später herausgegebenen Chronik der Ereignisse vom Februar 1962 ermittelten ein „Unvermögen des modernen Massenmenschen, sich die Natur noch als Bedrohung vorzustellen“. Der Komfort, der den einzelnen umgibt, eingebettet in eine weitgehend mechanisierte Daseinsvorsorge, wiege den Bürger in einer trügerischen Sicherheit.

Beachtet werden müssen auch geologische, baugrundmechanische und gewässerbauliche Probleme. Das gesamte Norddeutsche Küstengebiet gilt als Senkungsgebiet, seit Jahrtausenden auf dem „Abwärtstrend“. Der Meeresspiegel hingegen ist seit Mitte des 19. Jahrhunderts wieder leicht angestiegen. Große technische Eingriffe in das Erdreich, verbunden mit zum Teil erheblichen Grundwasserabsenkungen im Industrieraum Unterelbe, haben in den eiszeitlichen Sanden und nacheiszeitlichen Lockerablagerungen zu Sackungsprozessen geführt, die stellenweise wohl auch die alten Deiche betrafen. Auch wurden hinter den gebrochenen Deichen in den Hamburger Marschen nur relativ wenige feste Häuser derart zerstört, daß ihre Bewohner in Lebensgefahr gerieten. In lebensbedrohende Bedrängnis kamen vor allem Bewohner von Behelfsheimen und Gartenkolonien.

So wurde der „Mühlenwerder Grund“, eine künstliche Eintiefung, die vor dem Ersten Weltkrieg einmal das größte Hafenbecken Hamburgs aufnehmen sollte, nach Einstellung der Bauarbeiten nicht wieder aufgefüllt. Aus dem Areal wurde eine Gartenkolonie mit Dauersiedlungen. Diese Niederung war nicht durch einen Deich, sondern nur durch einen Damm gesichert; er wurde in kurzer Zeit vom ständig überfließenden Hochwasser einfach abgetragen. Niemand hatte sich eben eine Sturmflut vorstellen können, die um einen halben Meter höher kam als die Flut von 1825.

Schon wenige Tage nach der Katastrophe – die Aufräumarbeiten waren noch in vollem Gang – beschloß der Hamburger Senat den Bau eines neuen Deichsystems. Die Mindesthöhe der Deiche wurde auf 7,20 Meter festgelegt, die Kosten betragen bis zur endgültigen Fertigstellung nach 15 Jahren 780 Millionen DM. Fachleute befürchten jedoch, die „Größte Anzunehmende Flut“, bei der zahlreiche denkbare ungünstige Faktoren zusammenträfen, könnte auch noch die neuen Schutzanlagen überspülen.

Wie sicher ist sicher genug? Eine absolut sichere Berechnung und gleichzeitig noch wirtschaftlich vertretbare Auslegung gilt als nicht möglich. Es verbleibt ein Restrisiko. Auch eine exakte, zentimetergenaue und computergestützte Vorhersage läßt sich infolge der zahlreichen, miteinander vernetzten Wirkfaktoren einer Sturmflut nicht ohne weiteres realisieren. Zwar sind die wesentlichen Zusammenhänge des Systems bekannt, doch bleibt sein Verhalten im Einzelfall ungewiß.

Zumindest sind seit 1962 schon zweimal noch höhere Wasserstände registriert worden. Im Januar 1976 – während der schwersten Sturmflut an der deutschen Nordseeküste seit Registrierung von Pe-

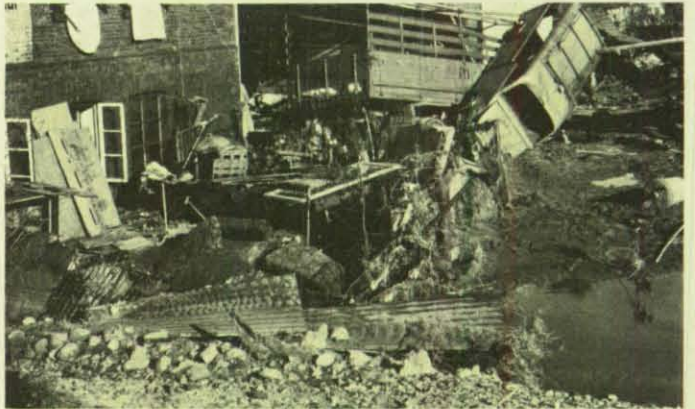
**Tausende von Helfern packen tatkräftig zu; allein 12000 Helfer des damaligen Bundesluftschutzverbandes sind im Einsatz.**



**In vielen Teilen der Millionenstadt – wie hier in Moorburg – müssen die Bewohner ihre unbeheizten Häuser verlassen.**



**Als die Flut weicht, bietet sich im Überschwemmungsgebiet ein Bild der Verwüstung. Der Sachschaden ging in Milliardenhöhe.**



geldaten – stieg das Wasser auf die Rekordmarke von 6,45 Meter über Normalnull. Zuletzt wurde am 24. November 1981 ein bedenklicher Wasserstand von 5,81 Metern gemessen. In beiden Fällen war Hamburg gewappnet. Selbst wenn man die Baukosten der neuen Deiche nur an den milliardenschäden von vor zwanzig Jahren

mißt, hat sich die Investition längst gelohnt. Grundsätzlich gilt für alle Naturkatastrophen ein Zitat aus dem Hamburger Untersuchungsbericht über die Sturmflut von 1976: „... Naturgewalten bleiben, auch wenn die Menschen um die Verbesserung der Vorhersagen bemüht sind, letzten Endes unvorhersehbar und unberechenbar.“

# Schutz elektrischer und elektronischer Systeme des Zivilschutzes gegen äußere Beeinflussung

Blitzentladung und Entstehung elektromagnetischer Erscheinungen nach nichtkonventionellen Waffeneinsätzen – Möglichkeiten des Schutzes – Zukunftstendenzen

Schutz gegen:

1. Blitzentladungen
2. elektromagnetische Störungen nach nichtkonventionellen Waffeneinsätzen
3. Kosten und Tendenzen

Der nachfolgende Beitrag erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Auch soll nicht auf alle technischen und wissenschaftlichen Einzelheiten eingegangen werden, es sollen vielmehr die einzelnen Kriterien aufgezeigt und Gegenmaßnahmen global dargestellt werden.

Dem Fachmann soll das am Schluß aufgeführte Schrifttum dazu dienen, sich in dieses Problem „hineinzulesen“, um seine Anlagen und/oder Gerätschaft diesem zwar alten, aber trotzdem jungen Phänomen anzupassen bzw. diese zu betreiben. Gedacht ist dabei an Anlagen und Gerätschaft des Zivilschutzes wie

- Führungsbunker u. ä.
- Funkleitstellen/Abschnitt-Führungsstellen
- mobile Fernmelde-Vermittlungsstellen/Fernmelde-Züge
- Notarztwagen
- Notstromversorgungseinrichtungen, um nur einige aufzuzählen.

## Schutz gegen Blitzentladungen

In den letzten Jahren haben Gewitterüberspannungsschäden an Verbraucheranlagen, insbesondere solchen mit elektronischen Geräten, erheblich zugenommen. Die Schadensstatistiken der Sachversicherer weisen aus, daß diese indirekten Gewitterschäden bereits ein Mehrfaches der direkten Blitzschäden betragen; besonders deutlich zeigt dies die Blitzschadenstatistik 1967 bis 1979 der Brandverhütungswache für Oberösterreich: Sie führt für 1979 an direkten Blitzschäden eine Summe von 8,6 Millionen Schilling auf, während die Schadenssumme, verursacht durch Gewitterüberspannungen, 21,8 Millionen Schilling beträgt.

Überspannungsschäden in Anlagen mit elektronischen Einrichtungen haben oft ein erhebliches Ausmaß. Die beim Blitzschlag auftretenden Überspannungen betragen einige zehn kV bis viele 100 kV. Die Ursachen von Gewitterüberspannungen lassen sich grundsätzlich unterteilen in:

- Direkt- bzw. Naheinschlag,
- Ferneinschlag.

Bei einem Direkteinschlag trifft der Blitz das zu schützende Gebäude; von einem Naheinschlag spricht man, wenn der Blitz in eine ausgedehnte Anlage oder unmittelbar in eine Leitung (z. B. Niederspannungsfreileitung, Rohrleitung, Kabel), die in die zu schützende Anlage/Gebäude führt, einschlägt.

Beim Direkt- bzw. Naheinschlag müssen von den Überspannungsschutzeinrichtungen die vollen Blitzströme bzw. erhebliche Teile davon verkraftet werden.

Beim Ferneinschlag wird z. B. die Mittelspannungsfreileitung getroffen, oder durch Blitz von Wolke zu Wolke werden plötzlich „Spiegelladungen“ frei, die sich dann wanderwellenartig auf diesen Leitungen ausbreiten, oder es werden durch Blitzeinschläge in die Umgebung von zu schützenden Anlagen Überspannungen induziert. Bei Ferneinschlägen müssen von den Überspannungsschutzeinrichtungen nur Blitzteilströme oder induzierte Ströme verkraftet werden.

Zu dieser Bedrohung durch Gewitterüberspannungen kommen Schaltüberspannungen hinzu, die durch plötzliche Veränderungen in Leitungsstromkreisen entstehen: Infolge Schalthandlungen in Hochspannungsanlagen können durch kapazitive oder induktive Kopplung Überspannungen in Niederspannungsanlagen hervorgerufen werden.

Maßnahmen gegen Blitzentladungen:

- Verstärkter „Äußerer Blitzschutz“ (verringerte Maschenweite der Fangeinrichtungen, erhöhte Anzahl von Abteilungen) an allen Gebäuden und Anlagen,
- Vermaschung der Erdungsanlagen im Gelände zur Flächenerdung,

- Vermaschung des Potentialausgleichs in den Gebäuden zum Flächenpotentialausgleich,

- Schaffung von Sollüberschlagstellen mit Hilfe von Funkstrecken,

- Einbau von Ventilableitern oder Löschfunkenstrecken in Starkstromanlagen,

- Einbau von Überspannungsfeinschutzgeräten (z. B. Blitzductoren) am Anfang und Ende von MSR\*-Kabeln, bzw. an den Ein- und Ausgängen von MSR\*-Geräten,

- Abschirmung der MSR\*-Kabel (mit beidseitiger Erdung des Schirmes),

- MSR\*-Kabel mit Adern in Paarverseilung,

- Bereitstellung von „Löschpfaden“.

Einige dieser Schutzmaßnahmen können nur bei Neuanlagen, andere auch noch nachträglich bei bestehenden Anlagen angewendet werden; dazu zählt besonders der Einsatz von Ventilableitern und Blitzductoren.

## Schutz gegen elektromagnetische Störungen

Elektromagnetische Störungen und Störbeeinflussungen gibt es seit den Anfängen der Elektrotechnik. Zu den Zeiten geringer Elektrifizierung waren die Effekte jedoch relativ einfach zu überschauen, und ihre Beseitigung war von nachrangiger Bedeutung. Heute ist die Lage anders. Auf fast allen Gebieten der Technik, der Wissenschaft, der Forschung und des täglichen Lebens wird mit elektrischen und elektronischen Verfahren gearbeitet. Unsere Umwelt wird nicht nur durch Abwasser und Abgase, sondern auch immer stärker durch hohe elektromagnetische Energien beeinflusst, und in dieser Umwelt müssen immer empfindlichere elektronische Einrichtungen zuverlässig arbeiten. Durch ihr Versagen können Menschenleben und hohe Sachwerte gefährdet werden.

Deshalb ist es heute notwendig, elektrischen Störungen und Störbeeinflussungen die gleiche Aufmerksamkeit zu schen-

\* Meß-, Steuerungs- und Regeleinrichtungen

ken wie den gewünschten Effekten selbst. Dies hat schon beim ersten Planen und Entwickeln zu geschehen, nicht erst im Betrieb, wenn es zu spät ist. Leider ist diese Erkenntnis nicht allgemein verbreitet. In vielen Entwicklungsplänen und -budgets ist der Punkt **Elektromagnetische Verträglichkeit** überhaupt nicht erwähnt. Dieses Versäumnis rächt sich dann im Etat einer kostspieligen Nachentwicklung.

Die elektromagnetische Umgebung/Umwelt ist gekennzeichnet durch die Menge aller elektrischen Störgrößen, die von Einrichtungen unterschiedlichster Technologie und Wirkungsweise ausgehen, wie auch solche, die durch mehr oder weniger natürliche Vorgänge wie Blitz und elektrostatische Körperentladung erzeugt werden. Elektrotechnische Einrichtungen erzeugen bei ihrem Betrieb elektrische Vorgänge, die andere, insbesondere elektronische Einrichtungen zu Fehlfunktionen veranlassen, ja sogar beschädigen können. Von der Störquelle gehen elektrische (E) oder magnetische (H) Felder, Spannungen (U) oder Ströme (I) aus und übertragen sich über den Kopplungsweg auf die Störseke, d. h. die störempfindliche Einrichtung.

Unter Elektromagnetischer Verträglichkeit (EMV) oder Electro-Magnetic-Compatibility (EMC) versteht man die Fähigkeit einer elektrischen Einrichtung, d. h. einer Anlage, eines Gerätes oder eines Geräteteils, in der vorgesehenen elektromagnetischen Umgebung bestimmungsgemäß zu arbeiten und dabei diese Umgebung nicht unzulässig zu beeinflussen.

Was elektromagnetische Verträglichkeit in der Praxis bedeutet, soll in den folgenden Beispielen gezeigt werden:

● Ein Elektrokardiometer muß überall, wo es gebraucht wird, bestimmungsgemäß arbeiten, im Notfall auch unter einer Hochspannungsleitung, z. B. nach einem Verkehrsunfall liegt ein Schwerverletzter im Straßengraben unter einer Hochspannungsleitung. Hier darf es nur die schwachen Ströme des Patienten registrieren und muß die starken elektrischen und magnetischen Felder der Starkstromleitung unterdrücken. Elektromagnetische Verträglichkeit kann hier eine Lebensnotwendigkeit werden.

● Ein weiteres Beispiel aus dem Gebiet der Elektromedizin ist die elektromagnetische Verträglichkeit von Herzschrittmachern. Sie können in ungünstigen Fällen durch elektrische und magnetische Felder unserer hochelektrifizierten Welt gestört werden.

● Fernsehstörungen durch Haushaltsgeräte gehören zum alltäglichen Erlebnis elektromagnetischer Unverträglichkeit. Sie beruhen auf der Beeinflussung entweder durch elektrische und magnetische Felder,

die vom störenden Haushaltsgerät ausgehen, oder durch Impulse, die über das Stromversorgungsnetz in den Fernsehempfänger gelangen.

● EDV-Anlagen in Rechenzentren müssen mit dem Bedienungspersonal elektromagnetisch verträglich sein. Berührt ein elektrostatisch aufgeladener Operateur den Rechner, so kann dieser durch die fließenden Entladungsströme „aus dem Tritt“ gebracht werden.

● Eine Funkübertragung muß so eingerichtet werden, daß Störfelder außerhalb des Nutzbandes liegen, Nutzsignale eine bestimmte Höhe über dem Störpegel haben oder durch besondere Maßnahmen, z. B. Codierung, unwirksam bleiben.

● Auf einem voll elektrifizierten Hauptbahnhof sollten elektronisch arbeitende Fahrkartenspender eingesetzt werden. Das Versagen war vorprogrammiert, da das Vorhandensein der elektrischen Oberleitung nicht einkalkuliert wurde. Eine teure Nachrüstung aller Fahrkartenspender auf EMV war notwendig.

Es gibt grundsätzlich drei Möglichkeiten, um die elektromagnetische Verträglichkeit zu erreichen bzw. dem jeweiligen Störpegel anzupassen.

● Entweder man macht das störbare Gerät entsprechend störfest, z. B. durch eine geeignete Schaltungstechnik

● oder man vermindert die Kopplung zwischen Störer und gestörtem Gerät

● oder man vermindert die Störsignale des Störers.

Praxisbezogen heißt das z. B.:

● Man erhöht die Störfestigkeit der Störseke, z. B. in Digitalschaltung durch Ersatz einer schnellen Logik (TTL), Transistor-Logik durch eine langsamere, störsichere Logik (LSL) Low Speed noise immune Logik.

● Man verringert die Kopplung, z. B. durch eine Abschirmung zwischen Störquellen und Störseke (Schirmkabine).

● Man läßt die Störquelle versiegen, z. B. indem man einen funkensprühenden Kollektormotor durch einen Asynchronmotor ersetzt.

Um praxisbezogen EMV zu erreichen, muß man die Arten der Störbeeinflussungen kennen, die da sind:

- galvanische,
- kapazitive,
- induktive,
- Strahlungsbeeinflussung.

## Die einzelnen Störbeeinflussungen

### Galvanische Störbeeinflussung

Zwei Stromkreise beeinflussen sich galvanisch, wenn sie ein gemeinsames Leitungsstück benutzen. Dies ist in aller Regel der Bezugsleiter.

### Kapazitive Störbeeinflussung

Zwei Stromkreise beeinflussen sich kapazitiv, wenn sie über eine Streu-Koppelkapazität  $C_k$  verbunden sind.

### Induktive Störbeeinflussung

Zwei Stromkreise beeinflussen sich induktiv, wenn sie über eine Gegeninduktivität  $M_k$  verkoppelt sind.

### Strahlungsbeeinflussung

Zwei Stromkreise beeinflussen sich durch Strahlung, wenn sich vom störenden Kreis elektromagnetische Wellen ablösen, die vom gestörten Kreis empfangen werden.

## Maßnahmen gegen galvanische Störbeeinflussung

**Trennung der Stromkreise.** Jeder Stromkreis enthält einen eigenen Rückleiter. Besonders zweckmäßig ist die Trennung eines Kleinsignalstromkreises von einem Großsignalstromkreis.

**Senkung der Bezugsleiterimpedanz.** Vor allem ist der induktive Anteil zu verringern, indem man den Leiter möglichst breit macht. Auf Leiterplatten erreicht man dies durch eine Bezugsleiterfläche anstelle dünner Einzelbezugsleiter.

**Galvanische Trennung des Übertragungsweges,** z. B. durch Optokoppler, welche über eine elektrisch isolierende Lichtstrecke die Signale als moduliertes Licht übertragen, oder durch Trenntransformatoren.

## Maßnahmen gegen kapazitive Störbeeinflussung

**Störbares System niederohmig machen** (ungünstig aber bei induktiver Störbeeinflussung).

**In Digitalsystemen keine unnötig schnellen Schaltkreise wählen.**

**Leitungen über längere Strecken nicht parallel führen.** Kabelbäume vermeiden und durch X-Verdrahtung ersetzen.

**Symmetrische Übertragung mit verdrehten Leitungen wählen.**

**Elektrostatische Schirme verwenden.**

### **Maßnahmen gegen induktive Störbeeinflussung**

**Störbares System hochohmig machen** (ungünstig aber bei kapazitiver Störbeeinflussung).

**In Digitalsystemen keine unnötig schnellen Schaltkreise wählen.**

**Leitung über längere Strecken nicht parallel führen.** Kabelbäume vermeiden und durch Wildverdrahtung ersetzen.

**Leitungen verdrehen.** Die Schlaglängen sollen unterschiedlich sein.

**Feldentkopplung durch Senkrechtstellen der magnetischen Achsen.**

**Schirmung.** Der Schirm muß im Niederfrequenzgebiet aus hochpermeablem Material bestehen. Bei Hochfrequenz genügen Kupfer oder Aluminium als Schirmmaterial. Eine Verbindung des Schirms mit dem Bezugsleiter des Systems ist theoretisch nicht nötig, zum Schutz gegen kapazitive Beeinflussung aber in der Praxis dringend zu empfehlen.

### **Maßnahmen gegen Strahlenbeeinflussung**

Schutz gegen Strahlungsbeeinflussung bieten Schirme mit hohem Absorptions- und Reflexionsvermögen. Im Fernfeld und im überwiegend elektrischen Nahfeld bilden Kupfer und Aluminium dank ausgezeichneter Reflexionseigenschaften ideale Schirme. Kritisch ist dagegen der Fall des überwiegend magnetischen Nahfeldes, insbesondere bei tiefen Frequenzen unter zehn kHz. Hier muß mit Mumetall geschirmt werden.

### **Schutz gegen Störungen nach nichtkonventionellen Waffeneinsätzen**

Nichtkonventionelle Waffeneinsätze sind zum Teil von verschiedenen elektromagnetischen Erscheinungen begleitet, die bereits längere Zeit bekannt sind, jedoch mit der zunehmenden „Elektronisierung“ immer mehr in das Blickfeld des allgemeinen Interesses treten. Für die Entstehung dieser elektromagnetischen Erscheinungen gibt es verschiedene Ursachen. Sie sind jedoch letztlich alle auf die plötzliche

Produktion und die asymmetrische Verteilung großer Mengen beschleunigter elektrischer Ladungsträger zurückzuführen.

Eine Quelle der elektromagnetischen Erscheinungen ist die starke Ionisierung der Luft, eine weitere Quelle die Wechselwirkung des hochgradig ionisierten Plasmas der Detonationsprodukte mit dem Magnetfeld der Erde.

Hauptquelle sind die aus der Wechselwirkung der Gamma-Strahlen mit den Stickstoff- und Sauerstoffatomen hervorgehenden Comptomelektronen.

Die elektromagnetischen Erscheinungen nach nichtkonventionellen Waffeneinsätzen sind in ihren Eigenschaften atmosphärischen Entladungen sehr ähnlich. Ihre zerstörenden Wirkungen werden durch die maximale Feldstärke, die Größe der Änderung der Feldstärke mit der Zeit und die spektrale Zusammensetzung der ausgesandten elektromagnetischen Wellen bestimmt.

Diese elektromagnetischen Erscheinungen können Geräte und Anlagen der Funk-, Fernsprech-, Fernseh-, Funkmeßtechnik sowie EDV-Anlagen beschädigen, Elektrizitätswerke und Stromversorgungsanlagen zeitweilig außer Betrieb setzen und Menschen, die diese bedienen, verletzen.

Die schädigenden Wirkungen der elektromagnetischen Erscheinungen beruhen primär darauf, daß sie in allen Leitern großer linearer Abmessungen gegenüber Erde hohe Spannungen induzieren, die ihrerseits wiederum kurzdauernde, plötzliche Stromstöße auslösen können.

Aus diesem Grunde wirken sich die elektromagnetischen Erscheinungen insbesondere auf Freileitungen, Erdkabel, Telefonleitungen, Signalleitungen, metallene Rohrleitungen usw. stark aus, indem – als Folge der hohen Überspannungen in Abhängigkeit der Kabel, Leitungen und Geräte – die Isolationen durchschlagen werden, Sicherungen und Leiter schmelzen, Halbleiterbauelemente zerstört und magnetische Werkstoffe unbrauchbar werden. Weiterhin muß mit der Entstehung von Bränden in elektronischen Geräten gerechnet werden. Hieraus wird ersichtlich, daß die elektromagnetischen Erscheinungen auf das System der Drahtverbindungen einen großen Einfluß nehmen können. Die Einflußnahme der elektromagnetischen Erscheinungen auf die Arbeit von Datenverarbeitungsanlagen muß nochmals unterstrichen werden.

Aus den bisher behandelten Problemen wird deutlich, daß unter anderem dem Schutz der Nachrichtentechnik gegenüber den schädigenden Wirkungen der elektro-

magnetischen Erscheinungen nach nichtkonventionellen Waffeneinsätzen im Interesse standfester Verbindungen große Aufmerksamkeit gewidmet werden muß.

Vereinfacht könnte man davon ausgehen, daß es sich hier um analoge Fragen wie beim Blitzschutz handelt. In Wirklichkeit stellt sich die Realisierung des Schutzes gegenüber den elektromagnetischen Erscheinungen jedoch viel komplizierter dar, da es nicht nur um den Schutz der Übertragungsanlagen, sondern auch aller dazugehörigen Leitungen, also des Gesamtsystems, geht.

### **Maßnahmen für Leitungen und Kabel gegen elektromagnetische Erscheinungen**

● Prinzipielle Verlegung von symmetrischen Zweileitersystemen, die gut gegen Erde isoliert sind;

● Erdkabel, die aus mehreren Leitern gleicher elektrischer Kapazität bestehen müssen und in Metallröhren verlegt werden, um mögliche Überspannungen zwischen Kabel und Erde maximal zu verringern;

● Erreichung kurzer Verstärkerfeldlängen, d.h. Begrenzung von Spannungs- und Stromspitzen durch den Einbau von Schutzanlagen (Überstrom- und Überspannungssicherungen), die sich schnell wieder automatisch regenerieren, um geringe Unterbrechungen zu erreichen;

● gute Erdung der Abschirmungen.

Zum Schutz der Geräte und Anlagen selbst kommen folgende Forderungen hinzu:

● Einbau spezieller Schutzschaltungen;

● durchgängige Erdung der Geräte;

● Auskleidung der Kabinen und Arbeitsräume, in denen elektronische und elektrische Geräte installiert sind, mit Kupferfolie;

● Einbau von geerdeten Metallgittern in Lüftungsab- und -zuleitungen;

● Einbau von Isolierstücken in ein- und ausführende Wasserleitungen;

● Verwirklichung der Forderungen des Brandschutzes.

Für den speziellen Schutz der Menschen ist es notwendig, die Berührung von Metallteilen, z. B. der Gehäuse von Nachrichtengeräten, zu vermeiden.

Zusammenfassend kann hier festgestellt werden, daß die hauptsächlichsten Forderungen des Schutzes gegenüber den Wirkungen der elektromagnetischen Erscheinungen bereits bei der Konstruktion und dem Bau der entsprechenden Geräte und

Anlagen berücksichtigt und realisiert werden müssen. Aber auch Nachrüstungen sind vertretbar.

## Kosten und Tendenzen

Hier muß unbedingt rationell und wirtschaftlich gedacht werden, damit die Kosten nicht ins Unermeßliche steigen. Es

kommt selten darauf an, alle Effekte auf wenige Prozent oder Promille genau zu errechnen. Meist genügt die Größenordnung.

Ganz besondere Bedeutung gewinnen optische Übertragungskanäle nicht nur für die Kommunikation, sondern auch für die Informationsverarbeitung. Der Vorteil höchster Kanalbandbreite wird begleitet von der völligen elektromagnetischen Immunität

dieser neuen Übertragungsmedien und einer völligen galvanischen Trennung der über solche Lichtleiter verbundenen Teilsysteme. Die Probleme konzentrieren sich dort auf die notwendige Verstärkung der empfangenen Lichtsignale mit optoelektronischen Bauelementen, die gegenüber ihrer elektrischen Umgebung eine hinreichend große Entkopplungsdämpfung aufweisen müssen.

## Schrifttum

O. Egel: Blitzschäden durch Überspannungen. etz, Band 101 (1980), Heft 4, S. 227-229.

A. Gugenbauer: Tätigkeitsbericht, Schadenstatistik 1979. Brandverhütungsstelle für Oberösterreich, Linz, S. 5-7, 1980.

H.-W. v. Thaden: Tankbrand durch Blitzschlag. Erdöl und Kohle-Erdgas-Petrochemie, 19. Jahrgang (1966), S. 422-424.

T. G. P. Brood: Bericht über infolge Blitzeinschlag verursachte Brände in zwei geschützten Tanks für die Lagerung von brennbaren Flüssigkeiten. Bericht zur 13. Internationalen Blitzschutzkonferenz, Venedig, R-4.5, 1976.

G. Trenkmann/D. Naumann: Auswirkungen von Blitzeinschlägen in einer Chemieanlage mit elektronischem BMSR-System. Chem. Techn. Zeitschrift, 29. Jahrgang, Heft 7, S. 407-410, Juli 1977.

H. Neuhaus: Die Berücksichtigung elektrischer Anlagen in Gebäudeblitzschutz. Bericht zur 13. Internationalen Blitzschutzkonferenz, Venedig, R-3.3, 1976.

P. Hasse: Schutz von elektronischen Systemen vor Gewitterüberspannungen. etz, Ausgabe A, Bd. 100 (1976), Hefte 23 und 24, S. 1335-1340 und 1376-1381.

J. Wiesinger/P. Hasse: Handbuch für Blitzschutz und Erdung. Richard Pflaum Verlag KG, München, VDE-Verlag GmbH, Berlin 1977.

A. Dennhardt: Elektrische Beeinflussungstechnik. In: Hütte, des Ingenieurs Taschenbuch, Band IV, Fernmeldetechnik. Verlag von Wilhelm Ernst u. Sohn, Berlin, München 1962.

D. Stoll; Hrsg.: EMC-Elektromagnetische Verträglichkeit. Verfasser: G. Breitenberger/H. Bürkens/A. Miksch/H. Rehdet/D. Schein/D. Stoll/H. Wegener, Elitera-Verlag, Berlin 1976.

H. Kaden: Wirbelströme und Schirmung in der Nachrichtentechnik. 2. Auflage Springer-Verlag Berlin, Göttingen, Heidelberg 1959.

H. C. Höring: Elektromagnetische Schirmung. In: C. Rint, Handbuch für Hochfrequenz- und Elektrotechniker Bd. 2, Verlag Hüthig u. Pflaum, München, Heidelberg, 12. Aufl. 1978.

G. H. Domsch: Abschirmung magnetischer Felder in der Nachrichtentechnik. VEB. Verlag Technik, Berlin.

F. Tornau, red. Ltg.: VEM-Handbuch Elektrische Störbeeinflussung in Automatisierungs- und Datenverarbeitungsanlagen. Verfasser: M. Feydt/E. Seefried/D. Selle/F. Tornau/S. Weigold. VEB Verlag Technik, Berlin 1973.

H. Kunath: Praxis der Funk-Entstörung. Hüthig-Verlag, Heidelberg 1965.

A. Warner: Taschenbuch der Funk-Entstörung. VDE-Verlag, Berlin 1965.

H. Meinke: Gekoppelte Leitungen. In: H. Meinke und F. W. Gundlach: Taschenbuch der Hochfrequenztechnik, Abschn. C, Hochfrequenzleitungen. Springer-Verlag Berlin, Göttingen, Heidelberg.

Elektromagnetische Schutzuntersuchungen an zivilen Schutzbauten - Erprobungsbericht Nr. 801 24-2A/049/9 BMVg.

W. Rasek: Planung der elektromagnetischen Verträglichkeit. etz, 100 (1979) H. 5, S. 221-225.

H. Bürkens: Funktions- und Störsicherheit elektronischer Steuerungs- und Regelungseinrichtungen. VDE-Fachberichte 1970, S. 112-115.

H. Stopper: Leitungen in Digitalrechnern. Diss. TU Berlin, 1968.

W. Hilberg: Elementare Behandlung der Überkopplung von Impulsen und Sinuswellen zwischen parallelen Leitungen. NTZ 22 (1969) H. 6, S. 368-373.

E. Hofmann/K. Pasel/P. Schwetz: Die elektrische Beeinflussung durch magnetische Felder von Starkstromanlagen. Elektrizitätswirtschaft 77 (1978) H. 12, S. 405-412.

Rheder, H.: Störungen in Niederspannungsnetzen. In: etz, Bd. 100 (1979) H. 5, S. 216-220.

Sanetra, E.: EMV-Untersuchungen an einem Prozeßrechner-Versuchsaufbau. In: etz, Bd. 100 (1979) H. 5, S. 232-235.

Sanetra, E.: Maßnahmen gegen Impulsstörungen in elektronischen Steuerungen. In: Der Elektromeister Nr. 5 (1978), S. 320-323.

Bürkens, H.: Funktions- und Störsicherheit elektronischer Steuerungs- und Regeleinrichtungen. VDE-Fachberichte 1970, S. 112-115.

Erich Ruoss: Überspannungen beim Einschalten von Hochspannungsleitungen. BBC-Mitteilungen 4 (1979), Zürich.

Erwin Widl: Neue Erkenntnisse auf dem Gebiet der Berechnung und Messung von Geräuschspannungen, die von Starkstromleitungen in Fernmeldekabeln induziert werden. Elektrizitätswirtschaft, Jg. 78 (1979), Heft 19, Stuttgart.

Werner Rasek: Planung der Elektromagnetischen Verträglichkeit. etz, Bd. 100 (1979), Heft 5.

Heinrich Schindler / Günter Vau: EMV-Planung bei Baumaßnahmen. etz, Bd. 100 (1979), Heft 5.

Bernhard Zube: Anforderungen an Geräte der Informationstechnik. etz.-a Bd. 97 (1976), Heft 1.

Viktor Seiler / Josef Wimmer: Schnittstellenfilter für Daten- und Signalleitungen. Siemens-Zeitschrift 51 (1977), Heft 6.

Schutz von elektrischen Anlagen mit elektronischen Einrichtungen bei direktem Blitzeinschlag - erläutert am

Beispiel einer transportablen Fernmeldebetriebsstätte - eingereicht für die 16. Internationale Blitzschutzkonferenz 1981.

F. und A. Tornau: VEM-Handbuch. Elektrische Störbeeinflussung in Automatisierungs-Datenverarbeitungsanlagen.

## Normen, Vorschriften

VDE 0100 Bestimmungen für das Errichten von Starkstromanlagen mit Netzspannungen unter 1000 V

VDE 0105 Bestimmungen für den Betrieb von Starkstromanlagen

VDE 0185 Entwurf Februar 1978; Blitzschutzanlagen - Teil 1 Allgemeine Richtlinien für das Errichten, - Teil 2 Errichten von besonderen Blitzschutzanlagen. VDE-Verlag Berlin

VDE 0226 Leitsätze für Maßnahmen bei Beeinflussung von Fernmeldeanlagen durch Gleichstrombahnen

VDE 0227 Leitsätze für Maßnahmen bei Beeinflussung von Fernmeldeanlagen durch Wechselstrombahnen

VDE 0228 Bestimmungen für Maßnahmen bei Beeinflussung von Fernmeldeanlagen durch Drehstromanlagen

VDE 0675, 5.72: Richtlinien für Überspannungsschutzgeräte - Teil 1 Ventilableiter für Wechselspannungsnetze. VDE-Verlag, Berlin

VDE 0800 Bestimmungen für Errichtung und Betrieb von Fernmeldeanlagen einschließlich Informationsverarbeitungsanlagen

VDE 0804 Bestimmungen für Fernmeldegeräte

VDE 0838 Begrenzung von Rückwirkungen in Stromversorgungsnetzen, die durch Elektrogeräte für den Hausgebrauch und ähnliche Zwecke mit elektronischen Steuerungen verursacht werden

VDE 0845 VDE-Bestimmungen für den Schutz von Fernmeldeanlagen gegen Überspannungen

VDE 0871 Funk-Entstörung von Hochfrequenzgeräten für industrielle, wissenschaftliche, medizinische und ähnliche Zwecke

VDE 0872 Bestimmungen für die Funk-Entstörung von Ton- und Fernseh-Rundfunkempfängern

VDE 0874 VDE-Leitsätze für Maßnahmen zur Funk-Entstörung

VDE 0875 VDE-Bestimmung für die Funk-Entstörung von elektrischen Betriebsmitteln und Anlagen

VDE 0876 Vorschriften für Funkstör-Meßgeräte

VDE 0877 Leitsätze für das Messen von Funkstörungen Teile 1, 2, 3

VG 009537x Elektromagnetische Verträglichkeit, Beuth Verlag, Köln

# Mit vollem Einsatz und Engagement

55 Einheiten mit über 1 400 Helfern beteiligt – Das bisher Erlernete in der Praxis angewendet

## Einleitung

Das Regierungspräsidium Stuttgart hat in den letzten Jahren die Arbeit auf dem Gebiet des Katastrophen- und Zivilschutzes erheblich intensiviert. Unterstützt wurde dies durch die Bereitschaft der unteren Katastrophenschutzbehörden, in vermehrtem Umfang an Aus- und Fortbildungsveranstaltungen teilzunehmen. So hat zwischenzeitlich ein Großteil der zuständigen Mitarbeiter dieser Behörden an Führungslehrgängen an der Katastrophenschutzschule des Landes in Neuhausen teilgenommen. Begleitet wurde diese theoretische Ausbildung durch Übungen auf Kreis- oder Bezirksebene. So wurde zuletzt vor zwei Jahren in den Kreisen Hohenlohe, Main-Tauber und Schwäbisch-Hall eine großangelegte Stabsrahmenübung durchgeführt. Aufgrund dieser guten Vorbereitung entschloß sich das Regierungspräsidium Stuttgart, in diesen Kreisen eine Katastrophenschutz-Vollübung durchzuführen.

Die Großübung „Franken“ am 3. Oktober 1981 hatte zum Ziel, das bisher Erlernete in der Praxis anzuwenden. Übungszweck war insbesondere:

- Schulung in Stabsarbeit und Führung,
- Ausbildung in der Katastrophenbekämpfung, dabei insbesondere auch Zusammenarbeit mehrerer Fachdienste an einer Schadensstelle,
- Herstellen, Betreiben und Unterhalten von Funk- und Fernsprechverbindungen,
- Überprüfen
  - der Katastropheneinsatzpläne,
  - des Ausbildungsstandes,
  - der Fernmeldeverbindungen,
  - des Zeitbedarfs für die Übermittlung von Befehlen und Meldungen.

Am Rand soll noch erwähnt sein, daß den Übungsteilnehmern vor der Übung weder die Schadensorte noch die Schadensarten bekannt waren.

## Ausgangslage

Am 2. Oktober war vom Bundestag der Verteidigungsfall und in der Nacht vom 2. auf 3. Oktober im gesamten Regierungsbezirk Stuttgart aufgrund mehrerer Schä-

den der Katastrophenfall festgestellt worden. Teile der Einheiten des Katastrophenschutzdienstes sowie ein Teil der örtlichen Feuerwehren und Hilfsorganisationen sind bereits zur Schadensbekämpfung eingesetzt worden.

Mit Übungsbeginn waren die Katastrophenschutzleitungen der übenden Landratsämter zusammengetreten und die Einheiten des Katastrophenschutzdienstes bereits alarmiert. Sie befanden sich einsatz- und abmarschbereit an ihren Sammelplätzen, so daß mit Eingang der ersten Schadensmeldung die Katastrophenschutzleitungen arbeitsbereit waren und die Einheiten sofort einsetzen konnten.

Bewußt verzichtet wurde darauf, die Übung alarmmäßig beginnen zu lassen. Dies erschien sinnvoll, nachdem zum einen die örtlichen Kräfte von der Übung ausgeschlossen waren, um tatsächlich die Katastrophenschutzeinheiten am Objekt üben zu lassen, und zum anderen der Zeitbedarf bei einem alarmmäßigen Beginn den vorgesehenen Rahmen der Übung gesprengt hätte.

## Schadensstellen

Die Übung begann mit einem Luftangriff auf Weißbach, bei dem ein Werk, die Schule und die Festhalle schwer getroffen wurden. Es entstanden überall Brände, wobei insbesondere der Brand von PVC-Silos, die Gefährdung eines Lagers mit radioaktiven Strahlern und das Leckschlagen eines Wärmeträger-Ölbehälters ins Gewicht fielen. Die Wasserversorgung war durch den Ausfall sämtlicher Hydranten erschwert. Um 9.08 Uhr verursachte der Absturz eines Flugzeuges einen sich schnell ausbreitenden Waldbrand. Dabei erschwerten die ungünstigen Zufahrtswege und mehrere umgestürzte Bäume die Brandbekämpfung.

Durch einen Fliegerangriff auf den Bahnhof Schwäbisch Hall um 9.10 Uhr gab es in zwei Eisenbahnwaggons eine größere Anzahl von Verletzten, die außerdem durch aus einem abgestellten Kesselwagen ausströmendes Dichloräthyläther besonders gefährdet waren. Aus einem weiteren Kesselwagen strömte Chlorgas aus, und zu-

sätzlich war ein Tankbehälter durch den brennenden Kesselwagen mit Dichloräthyläther gefährdet. Durch die Zerstörung der Gleisanlagen war eine Verschiebung der Eisenbahnwagen nicht möglich.

Durch weitere Fliegerangriffe auf Wolferstetten gegen 9.35 Uhr brannten mehrere mit Flüchtlingen überbelegte Häuser, so daß Verletzte, Verschüttete und Tote geborgen werden mußten. In einem Tanklager in Künzelsau brannten nach mehreren Explosionen um 9.40 Uhr mehrere Treibstofftanks und Kesselwagen. Um 10.40 Uhr erfolgte im etwa 150 m entfernten Dauermilchwerk eine Staubexplosion in einem Trockenturm. Auch hier war neben der Brandbekämpfung insbesondere das Bergen von Verletzten notwendig.

Letzter Übungsschaden war die Zerstörung des Bahnbetriebswerkes Crailsheim durch einen Fliegerangriff um 9.50 Uhr. Dabei gab es mehrere Brände von Dieselöltanks, Personenwagen und eines Sandturms, wobei mehrere Verletzte zu bergen und zu versorgen waren.

## Übende Einheiten

Zur Bekämpfung der von der Übungsleitung eingespielten Schadenslage wurden insgesamt 55 Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes, eine Werkfeuerwehr, eine Freiwillige Feuerwehr und drei Kreisaukunftsbüros eingesetzt.

Um sich ein Bild machen zu können, welche Einheiten und Einrichtungen im einzelnen beteiligt waren, sollen diese im folgenden kurz aufgeführt werden: Es waren im Einsatz drei Katastrophenschutzleitungen, drei Fernmeldezentralen, eine AMAST, sechs Technische Einsatzleitungen, ein Fernmeldezug, 13 Löschzüge „Rettung“, sechs Löschzüge „Wasser“, vier Bergungszüge, ein Instandsetzungszug, sieben Sanitätszüge, ein Verbandplatzzug, ein ABC-Zug, ein Veterinärzug, drei Verpflegungstrupps, zwei Verbrauchsgütertrupps und zwei Materialerhaltungstrupps.

Mit 1 400 Helfern war die Übung „Franken“ die bisher größte Katastrophenschutzvollübung in Baden-Württemberg.

## Schadensbekämpfung



Oben: Der Sanitätsdienst bei der Versorgung der „Verletzten“.



Links: Sehr realistisch hatten die Schminke-trupps des DRK die Verletzungen dargestellt.



Die Brandbekämpfung wurde unter erschwerten Bedingungen durchgeführt.

Aufgrund der realistischen Darstellungen konnten die Einheiten des Brandschutzdienstes eine Vielzahl von verschiedenen Einsatzmöglichkeiten üben. Neben der „normalen“ Brandbekämpfung zeigten die Einheiten ihr Können beim Aufbrechen von Eisenbahnwaggons mit Hilfe des Hydraulikszettes, beim Einsatz von Brennschneid- und Trennschleifgeräten sowie dem Bergen von Verletzten unter Atemschutz. Darüber hinaus waren die Helfer gefordert beim Niederschlagen von Chlorgasnebeln, bei der Brandbekämpfung an einem Kesselwagen mit Dichloräthyläther, der Brandbekämpfung an einem PVC-Silo und bei einem Schnellangriff mit Kontaminationschutzanzug und unter Atemschutz zur Rettung von Menschenleben. An zwei Schadensstellen bot besonders der Aufbau der Wasserversorgung Schwierigkeiten. In Wolfenstetten mußte Wasser von einer 1,2 km entfernten Waschanlage herangeführt werden, beim Waldbrand in Kuprichhausen mußten zwei Leitungen mit 400 und 600 m Länge über einen extrem starken Steilhang und mit zusätzlichem Anstauen des Schüpfbaches gelegt werden.

Der im Chemiewerk eingesetzte ABC-Zug hatte mit einem Spürtrupp aus dem Keller radioaktive Strahler zu bergen, außerdem mußten von den ABC-Helfern die durch Salzsäuredämpfe kontaminierten Feuerwehrleute dekontaminiert werden.

Am gleichen Schadensort war die Abwasser-/Öl-Gruppe des Instandsetzungsdienstes zur Ölschadensbekämpfung eingesetzt, nachdem aus mehreren Lecks an einem Wärmeträger-Ölbehälter Öl in den Kocher floß.

Der Sanitätsdienst mußte teilweise unter widrigen Wetterbedingungen die Sichtung und ärztliche Versorgung der Verletzten durchführen. Die Bergung und Versorgung der Verletzten, die Registrierung, die Einrichtung einer Verletztensammelstelle und eines Verbandplatzes wurden zufriedenstellend erledigt. Schwierigkeiten gab es in erster Linie beim Abtransport der Verletzten in die Krankenhäuser, da hierfür zu wenig Fahrzeuge zur Verfügung standen.

Die Hauptlast der Bergungsaufgaben trug der Bergungsdienst, der in Wolfenstetten Verletzte aus den zerstörten Häusern und den eingestürzten Gewölbekellern barg. Im Bahnbereich mußten zusätzlich mit Brennschneidern und Trennschleifern sowie mit Elektrobohrgeräten die Voraussetzungen geschaffen werden, um die Toten und Verletzten zu bergen. Auch ein Einsatz unter schwerem Atemschutz konnte die Helfer des Bergungsdienstes nicht von der Erfüllung ihrer Aufgabe abhalten.



Mit dem Einsatz des Fernmeldedienstes sollte erprobt werden, wie schnell Fernsprechverbindungen über das Postnetz zur Katastrophenschutzleitung hergestellt werden können. Zu diesem Zweck schloß sich der Fernmeldezug an zwei Schadensstellen an die Anschlußdosen der Bundespost an und stellte so innerhalb kürzester Zeit eine wenig störanfällige Fernsprechverbindung zur Katastrophenschutzleitung her.

## Führung

Nach anfänglich etwas zögerndem Anlaufen der Übung bekamen die Katastrophenschutzleitungen das Geschehen mehr und mehr in den Griff. Durch gezielten und richtigen Einsatz ihrer Mittel, frühzeitige Bestimmung eines Technischen Einsatzleiters und im wesentlichen funktionsfähige Fernmeldeverbindungen konnten die Katastrophenschutzleitungen die Schäden wirkungsvoll bekämpfen.

Auf der unteren Führungsebene, bei den Technischen Einsatzleitungen, war allerdings nicht immer eine ausreichende Koordination und ein optimaler Einsatz der einzelnen Fachdienste gegeben. Dies lag wohl in erster Linie daran, daß der Technische Einsatzleiter nicht immer ausreichende Kenntnisse über Einsatzgrundsätze und Einsatzmöglichkeiten der Fachdienste besaß, zum anderen aber auch vielleicht darin, daß die einzelnen Fachdienste nicht immer bereit waren, optimal zusammenzuarbeiten.

## Leitungsdienst und Schadensdarstellung

Unter einem Leitungsstab, der gleichzeitig das nicht mitübende Regierungspräsidium darstellte, waren an jeder Schadensstelle ein Oberschiedsrichter und ein Schiedsrichter der einzelnen Fachdienste – zum Teil mit Gehilfen – eingesetzt. Die insgesamt 55 Schiedsrichter waren vor der Übung vor Ort in den für jede Schadensstelle erstellten gedachten Verlauf eingewiesen worden. Zwischen dem Leitungsstab und den Katastrophenschutzleitungen bestanden Fernsprechverbindungen, außerdem waren Fernkopierer eingesetzt worden. Zu den Oberschiedsrichtern bestand innerhalb eines besonderen Leitungsfunkkreises Funkverbindung. Durch diese fernmeldetechnische Ausstattung war jederzeit gewährleistet, daß der Leitungsstab über alle getroffenen Maßnahmen informiert war und die Übung entsprechend dem gedachten Verlauf ablaufen konnte.

Zur Darstellung wurden weit über 200 Verletztendarsteller eingesetzt, die von den

Schminktrupps des Deutschen Roten Kreuzes äußerst realistisch geschminkt waren. Zur Darstellung von Toten wurden acht Puppen, für die Darstellung der Sachschäden weiße, schwarze und gelbe Rauchkörper verwandt. Zur anschaulichen Darstellung eines Brandes hatte das THW eine Hausatruppe erstellt, die mit Altreifen gefüllt und angezündet wurde.

## Übungsabschluß

Um 14.00 Uhr wurde die Übung beendet, im Anschluß daran wurde in jedem der drei Kreise eine erste Abschlußbesprechung durchgeführt. Den Helfern war, wohl verständlich, der von den Verpflegungstrupps bereitgestellte Eintopf wichtiger.

Als Fazit der Übung ist zu bemerken, daß alle Beteiligten mit vollem Einsatz und Engagement bei der Sache waren und die Übung hoffentlich dazu beigetragen hat, die freiwilligen Helfer weiter zu motivieren. Trotz der aufgetretenen Fehler und Mängel, zum Teil gerade durch diese, wurde das Übungsziel der Katastrophenschutz-Vollübung „Franken“ erreicht.

Die Übung hat deutlich gezeigt, daß derartige Übungen dringend notwendig sind und von Zeit zu Zeit als Höhepunkt der Ausbildung durchgeführt werden müssen, um noch vorhandene Mängel erkennen und abstellen zu können und so die Voraussetzungen für eine schnelle und wirksame Katastrophenbekämpfung im Ernstfall zu schaffen.

## STELLENAUSSCHREIBUNG

Beim Bundesamt für Zivilschutz, Bonn-Bad Godesberg, ist die Planstelle/  
Stelle eines

### Referenten

(männlich oder weiblich) kurzfristig mit einem Beamten oder Angestellten neu zu besetzen.

Die Planstelle/Stelle ist nach Besoldungsgruppe A 13 h. D. BBesO bewertet und bietet einem Angestellten Eingruppierungsmöglichkeit nach Vergütungsgruppe II a (zwei a) BAT. Aufstiegsmöglichkeiten sind gegeben.

Der Bewerber sollte bei Vorliegen der laufbahnrechtlichen Voraussetzungen mit der Übernahme in das Beamtenverhältnis einverstanden sein.

Der Referent ist für die

- Bearbeitung von wissenschaftlich-technischen Aufgaben auf dem Gebiet der Elektrotechnik und des Elektromaschinenbaues
- Auswertung von Fachliteratur sowie der Ergebnisse anderer Bedarfsträger zwecks Vereinheitlichung der KatS-Ausstattung
- Mitwirkung bei der Auswahl, Erprobung und Festlegung von Fachdienstausstattung

zuständig.

Ferner arbeitet er in verschiedenen Fachausschüssen mit.

Gesucht wird ein Diplom-Ingenieur mit wissenschaftlicher Hochschulbildung der Fachrichtung Elektrotechnik und Kenntnissen im Elektromaschinenbau.

Für die Führung von Mitarbeitern ist eine gereifte Persönlichkeit mit solidem technischem Wissen notwendig. Das Lebensalter sollte nicht über 40 Jahre liegen. Für den Umgang mit Behörden, Organisationen und Industriefirmen sind sicheres Auftreten, Durchsetzungsvermögen und Gewandtheit wichtige Voraussetzungen. Schwerbehinderte Bewerber werden bei gleicher Eignung bevorzugt.

Das Bundesamt für Zivilschutz würde es begrüßen, wenn sich durch diese Ausschreibung insbesondere auch Frauen angesprochen fühlen. Ihnen werden die gleichen Aufstiegschancen geboten wie Männern.

Bewerbungen mit Lebenslauf, tabellarischer Übersicht über den Ausbildungs- und beruflichen Werdegang, Zeugniskopien und Lichtbild werden unverzüglich unter Angabe der **Kennzahl 587** erbeten an das

**BUNDESAMT FÜR ZIVILSCHUTZ**  
Postfach 200850  
5300 Bonn 2

Tibor Roka

Prototyp eines GW-AS mit 30 PreBluftatmern

## Eine interessante Fahrzeugentwicklung

Freiwillige Feuerwehr Hanau stellte Gerätewagen für Atem- und Strahlenschutz in Dienst



Der Gerätewagen für Atem- und Strahlenschutz (GW-AS) mit kompletter Beladung.

Der Prototyp eines Gerätewagens Atemschutz-Strahlenschutz wurde von der Feuerwehr Hanau in Dienst gestellt. Der GW-AS, so die Kurzbezeichnung, ist auf dem Hauptstützpunkt der Stadt Hanau stationiert. Das Fahrzeug, vom Land Hessen und dem Main-Kinzig-Kreis mitfinanziert, kann somit auch von den Feuerwehren des Kreises angefordert werden.

Als Fahrzeug wurde ein Kastenwagen verwendet, der einen breiten Aufbau und ein Gesamtgewicht von 5990 Kilogramm hat. Eine Trennwand mit Schiebetür teilt den Fahrer- und Mannschaftsraum vom Geräteraum ab. Hinter dem Fahrersitz befindet sich ein Dokumentationstisch mit einer Doppelsitzbank. Ein 78 cm breiter Mittelgang trennt den etwa 16 qm großen Geräteraum.

Insgesamt 30 PreBluftatmer (300 bar), 30 Ersatzflaschen und 48 Masken stehen für den Atemschutz zur Verfügung. Davon sind 24 Geräte mit Masken und Tragbüch-

sen an drei zum Mittelgang hin verfahrbaren Schubwänden angebracht. Die restlichen sechs Geräte sind am Heck zu je drei Stück an zwei Schlitten so befestigt, daß sie direkt aufgeschultert werden können. Die Halterungen sind derart konstruiert, daß alle im Atemschutz zugelassenen Einflaschengeräte verwendet werden können.

Neun Vollschutzanzüge, in Folie verpackt, sind liegend hinter einer Klappe verstaut. Alle anderen Anzüge sowie die Geräte für Chemie- und Strahleneinsätze sind in Feuerwehrgerätekästen DIN 14880 und Kunststoffkästen übersichtlich in verschiedenen Ebenen gelagert. Die Strahlenschutz-ausrüstung war bereits bei der Feuerwehr Hanau vorhanden und konnte der Ausrüstungsfirma zum Einbau zur Verfügung gestellt werden. Sie ist für drei Trupps zu je drei Mann ausgelegt. Die Geräte für Einsätze in Verbindung mit radioaktiven Stoffen bestehen im wesentlichen aus denjenigen, die in der Feuerwehr-Dienstvorschrift 9/1 gefordert werden. Sie wurden von der Feu-

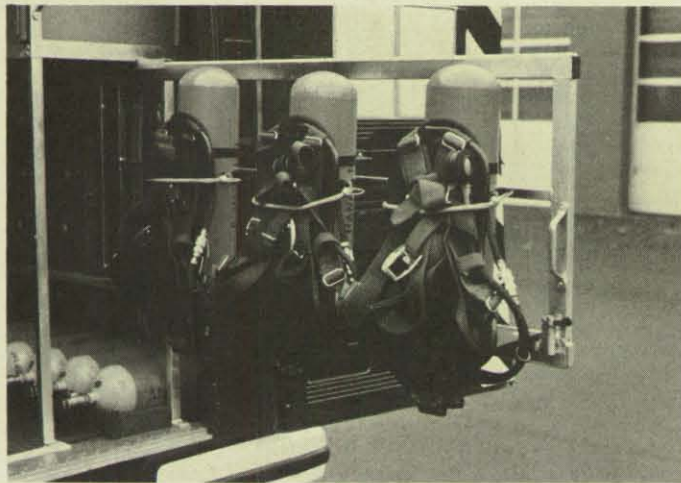
erwehr Hanau durch bereits vorhandene Geräte ergänzt.

Weiterhin ist ein Arbeitstisch im Geräteraum fest montiert. Alle notwendigen Werkzeuge, Pflege-, Meß- und Prüfgeräte befinden sich in Griffweite. Unter dem Arbeitstisch wurde ein Karteikasten mit Schubfächern eingebaut. In ihm lagern alle Dokumentationsunterlagen. Warn- und Hinweisschilder in ausreichender Menge befinden sich ebenfalls unter dem Tisch. Zwei aus dem Fahrzeug herausnehmbare Tische dienen vorwiegend der Ablage von gebrauchten PreBluftatmern. Rechts auf dem Fahrzeugdach wurde eine 4 m breite Kastenmarkise mit 2 m Ausladung montiert.

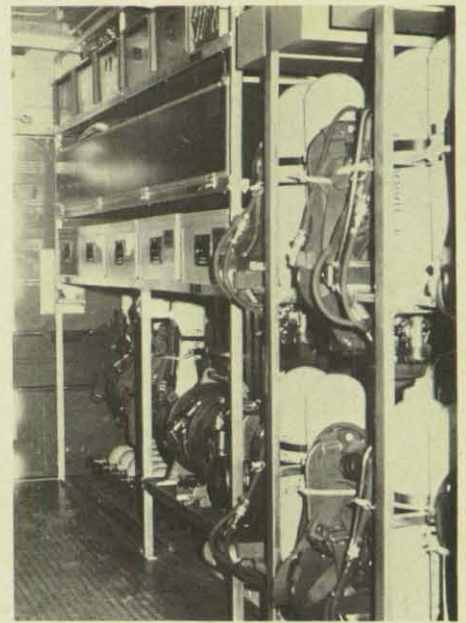
Mit diesem Gerätewagen Atemschutz-Strahlenschutz steht der Feuerwehr Hanau ein optimal eingerichtetes Fahrzeug zur Verfügung. In der Zwischenzeit sind bei der Ausrüstungsfirma weitere Aufträge eingegangen, u. a. aus Rheinland-Pfalz, das zehn Fahrzeuge dieses Typs bestellt hat.



Rückfront des GW-AS mit herausgezogenen Schlitten, an denen je drei Preßluftatmer befestigt sind.



Die Geräte können von den Schlitten direkt aufgeschultert werden.



Blick in den GW-AS (linke Beladungsseite, von vorn gesehen).

## USA: Zivilverteidigung wird „reaktiviert“

Die Regierung Reagan will das seit 20 Jahren eingeschlafene Zivilverteidigungsprogramm reaktivieren. Das massive Programm soll 80 Prozent der Bevölkerung nach Ausbruch eines uneingeschränkten Kernwaffenkrieges eine Überlebenschance gewähren. Bereits Ende letzten Jahres gab der Nationale Sicherheitsrat grünes Licht für eine radikale Erhöhung der Ausgaben für den Atomschutz.

Reagans Berater gehen davon aus, daß die Sowjetunion ein zivilschutzmäßig nicht vorbereitetes Amerika eher nuklear angreifen könnte als ein gewappnetes. Sie meinen, nach entsprechender Vorbereitung könnte Amerika einen Atomangriff überstehen und nach relativ wenigen Jahren trotz der Folgen von Atombombenexplosionen mit ihren Verwüstungen durch Druckwellen, Feuer und

radioaktive Wolken den Wiederaufbau vollbringen.

Als erster Präsident hatte sich John F. Kennedy für ein starkes Zivilverteidigungsprogramm ausgesprochen und vom Kongreß die Bewilligung von 207 Millionen Dollar zum Bau von Strahlungsschutzbunkern gefordert. Das Programm sollte zehn bis fünfzehn Millionen Amerikanern im Falle eines thermonuklearen Krieges vor dem Strahlentod bewahren. Bis Ende 1962 sollten 30 bis 50 Millionen Schutzräume eingerichtet werden.

Das von Kennedy begonnene Programm verlief weitgehend im Sande. Während die Sowjetunion jährlich den Gegenwert von rund zwei Milliarden Dollar bei Einsatz von 115000 Menschen für die Zivilverteidigung ausgibt, begnügen sich die USA mit einem Betrag von nur 125 Millionen Dollar. Reagan will nun in einer

fast hundertprozentigen Erhöhung im kommenden Finanzjahr 237 Millionen Dollar ausgeben.

Sachverständige rechnen damit, daß das Reagan-Programm den Massenbau primitiver Strahlungsschutzbunker auf dem Lande und die Evakuierung der Stadtbevölkerung in höchsten Krisenzeiten vorsieht. Da die Warnzeit nur 17 Minuten betragen kann, liegt das Projekt schon im Feuer der Kritik. So hält es die Stadtverwaltung von Los Angeles für ausgeschlossen, daß die Stadt mit der größten Flächenausdehnung in der Welt überhaupt evakuiert werden kann. Unter optimalen Bedingungen würde es drei bis fünf Tage dauern, die 7,2 Millionen Menschen in die Wüste zu evakuieren. Selbst wenn die Evakuierung gelänge, wäre die Versorgung praktisch unmöglich.

(Adalbert Bärwolf im Münchner Merkur)

## BVS-Helfervertretung diskutierte aktuelle Fragen

Ende 1981 fand in Weinheim/Baden die Jahresbesprechung der BVS-Helfervertreter auf Landes- und Bundesebene statt. Zu dieser Zusammenkunft der Repräsentanten des ehrenamtlichen Bereichs des BVS konnte Bundeshelfervertreter Grabke die Helfervertreter auf Landesebene begrüßen. Nach Vorstellung der erstmals anwesenden neugewählten Helfervertreter Schwanck (Bremen) und Dittmann (Schleswig-Holstein) übermittelte Grabke die Grüße des Präsidenten, Oberbürgermeister Oskar Lafontaine, Saarbrücken.

Nach kurzer Vorbesprechung erfolgten einige grundsätzliche Betrachtungen zur Situation des BVS nach erfolgter Umstrukturierung. Bereits bei dieser Erörterung zeigten sich die Schwierigkeiten, die in der geringeren Helferbetreuung nach Schaffung der Großraumdienststellen liegen und die weiter in der verminderten Bereitschaft zur Mitarbeit im Verband verstärkt zutage treten. Ferner berichtete Helfervertreter Hüsgen (NW) über das Ergebnis seiner zeitweisen Teilnahme an einer Vorstandssitzung des BVS, in der der neue Sollstärkeplan der ehrenamtlichen Mitarbeiter des BVS behandelt wurde.

Am Nachmittag konnte Bundeshelfervertreter Grabke das Geschäftsführende Vorstandsmitglied des BVS, Direktor Helmut Schuch, und leitende Mitarbeiter der Bundeshauptstelle begrüßen.

### Sollstärkeplan

Direktor Schuch nahm zu aktuellen Fragen Stellung und führte u. a. aus: Der neue Sollstärkeplan der ehrenamtlichen Mitarbeiter sollte sobald wie möglich in Kraft treten. Der Verband könne, nach Zuteilung von Mitteln, die im Haushalt zur Verfügung stehen, seine Aufgaben durchaus erfüllen. Da es nach dem neuen Sollstärkeplan keine überhängigen Helfer geben wird, liegt jedoch noch kein Plan für Helfer vor, die neu hinzu stoßen. Auch mit einem gewissen Verlust an Helfern muß gerechnet werden. Schuch führte weiter aus, daß die Schwierigkeiten in den BVS-Dienststellen mit großen Flächenbereichen durchaus bekannt sind.

In der sich anschließenden Diskussion stellte die Helfervertretung die nachstehenden Fragen bzw. traf Feststellungen: Warum sollen ausgebildete Helfer abge-



Die Helfervertreter des BVS auf Bundes- und Landesebene trafen sich zu ihrer Jahresbesprechung in Weinheim/Baden: stehend Bundeshelfervertreter Grabke, rechts die Helfervertreter Wolter (Saar), Hüsgen (NW), Referatsleiter Pichin, Direktor Schuch und Abteilungsleiter Gessert.

baut werden, da bei einem ausgebildeten Helfer doch keine Kosten mehr entstehen? – Mehr Helfer bedeuten auch mehr Multiplikatoren für das Anliegen des BVS. – Wenn sich Ansätze zur verstärkten Ausbildung in der Bevölkerung zeigen, kann der BVS evtl. diesem Wunsch aus personellen Gründen nicht mehr nachkommen und muß Lehrgänge absagen.

Direktor Schuch erklärte dazu, sollte auf den BVS mehr Arbeit zukommen, steigt die Tendenz also nach oben, muß über den Sollstärkeplan erneut nachgedacht werden. Allerdings lassen mehr Helfer auch gleichzeitig mehr Kosten anfallen. Abteilungsleiter Gessert führte u. a. aus, daß die Gemeinden in Sachen Selbstschutz aufgeschlossener geworden sind und das Bewußtsein für diese Aufgabe langsam wachse. Durch die jetzt vorliegenden realistischen Zahlen sei der langfristig angelegte Stand auch finanziell abgedeckt.

### Beauftragte

Die interne Behandlung des zur Mitwirkung der Helfervertretung vorliegenden Entwurfs einer „Vorläufigen Beschreibung der Stellung und der Aufgaben des Beauftragten des BVS“ ergab zusammenfassend ganz allgemein den Wunsch, dem Beauftragten mehr Spielraum für seine Arbeit zu lassen, was nicht gegeben ist, wenn immer erst jeder Schritt mit der BVS-Dienststelle abgesprochen werden muß. Es wurden verschiedene in diese Richtung zielende Anträge auf Neuformulierungen gestellt.

### BVS-Dienstvorschrift Nr. 5

Der der Helfervertretung zur Mitwirkung zugeleitete Entwurf der DV 5 wurde eingehend erörtert. Dabei wurde die Unausgewogenheit hinsichtlich der Bedeutung des ehrenamtlichen Elements gegenüber dem hauptamtlichen Bereich kritisiert. Da von der Bundeshauptstelle jedoch die Vorläufigkeit betont wurde

und gemeinsam festgestellt werden konnte, daß für den ehrenamtlichen Bereich letztlich die Satzung des BVS maßgebend sei, wurden Bedenken im Sinne einer Mitwirkung gem. § 8 der Anlage zu § 13 der BVS-Satzung nicht erhoben.

### Aufwandsentschädigung

Zu diesem Sachkomplex wurde eine Reihe von Fragen gestellt, wie nach den Motivationen eines Fachlehrers I zur Weiterbildung zum Fachlehrer IV und Redner, dem Zeitpunkt für das Inkrafttreten der neuen AE-Regelung, einer möglichen Vorschußzahlung für Fahrkosten, und warum nicht eine völlige Trennung zwischen Aufwandsentschädigung und Fahrkosten möglich sei.

Direktor Schuch erläuterte, daß eine zielorientierte Überprüfung der Ausbildungsgänge vorgesehen sei, der Zeitpunkt für das Inkrafttreten der neuen AE-Regelung noch nicht feststehe und es bis dahin bei der bisherigen Regelung bleibt, die AE bargeldlos ausgezahlt wird und Abschlagzahlungen die langen Wartezeiten auffangen sollen. Die Möglichkeiten für eine gesonderte Erstattung der Fahrkosten in diesem Einsatzbereich seien nach Einführung der neuen AE-Regelung nicht mehr möglich, betonte Direktor Schuch.

An die ausführliche Diskussion des Themas schloß sich eine interne Erörterung zur Vorbereitung einer Stellungnahme der Helfervertretung im Sinne einer satzungsgemäßen Mitwirkung an. Die Stellungnahme enthält die bereits geäußerten Bedenken und Vorstellungen; insbesondere ist die Helfervertretung besorgt, daß durch die weitere, durch den Sollstärkeplan vorgegebene Verringerung des Helferpotentials und eines fehlenden Konzepts für die Neugewinnung von BVS-Helfern das Gesamtanliegen des Zivilschutzes weiter an Bedeutung einbüßen wird. Hiergegen wendet sich die Helfervertretung entschieden.

## Zwischen Nord- und Ostsee

**Plön.** Ein Gespräch zwischen dem Landrat des Kreises Plön, Dr. von Bismarck, und der BVS-Dienststelle Neumünster sowie dem BVS-Beauftragten für den Kreis Plön brachte erste Erfolge auf dem Gebiet des Behördenselbstschutzes. Anlässlich der Übergabe des Leistungsberichts 1981 der Dienststelle an den Landrat wurde die Durchführung von Selbstschutz-Grundlehrgängen für die Kreisbediensteten beschlossen. Im Leistungsbericht war kritisch erwähnt, daß das Bemühen der Hauptverwaltungsbeamten um den Aufbau, die Förderung und Leitung des Selbstschutzes aktiviert werden müßte. Die Anregung in der Jahresbilanz, die Selbstschutzausbildung im eigenen Bereich zu beginnen, soll eine Signalwirkung auf die Ämter

und Gemeinden im Kreis Plön ausüben. Vorgesehen ist auch eine Erörterung des Leistungsberichts mit den Bürgermeistern, Amtsleitern und Amtswehrführern.

Mitte Februar nahmen 17 Kreisbedienstete an einem ersten Selbstschutz-Grundlehrgang teil.

**Neumünster.** Die BVS-Dienststelle Neumünster führte im vergangenen Jahr rund 450 Veranstaltungen durch, an denen 130000 Bürger teilnahmen. In dem nun veröffentlichten Leistungsbericht 1981 wird auch die fehlende Aktivität einiger Verwaltungen kritisch angemerkt, die auf dem Gebiet des Behördenselbstschutzes nur sehr langsam vorankommen. Jedoch sind die Kreise bemüht, die Aufgaben des allgemeinen Brand-

schutzes mit den Aufgaben des Behördenselbstschutzes sinnvoll zu verbinden.

**Husum.** Einen großen Erfolg bei der Werbung um freiwillige Helfer im Behördenselbstschutz hatte der BVS in der Kreisverwaltung Husum: 39 Mitarbeiter besuchten Lehrgänge, um Grundkenntnisse des Selbstschutzes zu erwerben. Dabei ging es in erster Linie darum, die Bediensteten so auszubilden, daß sie im Unglücksfall sofort helfen können, bis organisierte Hilfe eintrifft.

Nach Abschluß der Grundausbildung beginnt jetzt die Spezialausbildung in Fachlehrgängen. Mit dem Aufbau einer Selbstschutzorganisation will die Kreisverwaltung anderen Behörden und Betrieben ein Beispiel geben.

# Bremen

## Nachrichten aus Bremen

**Bremen.** Großes Interesse weckte ein Informationsstand der BVS-Landesstelle Bremen im Roland-Center, dem überdachten Einkaufszentrum des Stadtteils Huchting. Unter dem Motto „Selbst-



Die BVS-Landesstelle hatte ihren neuen Informationsstand, ein vergrößertes ZS-Zeichen, in einem Einkaufszentrum aufgebaut.

schutz – Vorsorge und Eigenhilfe der Bürger“ informierten BVS-Mitarbeiter die Passanten über den Selbstschutz. Dabei wiesen sie auch auf das Lehrgangsangebot des Verbandes hin.

**Bremen.** Künftig sollen neben den bekannten Informationsveranstaltungen des BVS verstärkt Straßenaktionen durchgeführt werden, mit denen der Verband auf die Notwendigkeit und die Möglichkeiten des Selbstschutzes hinweist. Ein neuer, moderner Kleinbus,

über den die BVS-Landesstelle seit kurzem verfügt, dient als mobile Informationsstelle. Mit ihm können die BVS-Mitarbeiter beispielsweise Wochenmärkte und belebte Plätze ansteuern und in kürzester Zeit einen Informationsstand aufbauen. Alle dazu erforderlichen Materialien und Hilfsmittel befinden sich „an Bord“. Im rückwärtigen Teil des Fahrzeuges ist außerdem ein Filmprojektor und eine Leinwand eingebaut. Nach dem Öffnen der Heckklappe läßt sich mit wenigen Handgriffen das „rollende Kino“ in Betrieb nehmen.

**Bremen.** Es ist die Aufgabe aller, den Frieden zu sichern. Dazu müsse die Bundeswehr gemeinschaftlich mit den Politikern einen Beitrag leisten. Das betonte während des Jahresempfangs der Bundeswehr in Bremen im Offiziersheim der Grohner Kaserne Senatspräsident und Bürgermeister Hans Koschnick.

„Die Bundeswehr darf bei ihrer Diskussion mit der Jugend von den Politikern nicht im Stich gelassen werden. Es ist eine Gemeinschaftsaufgabe, den Frieden in der Welt zu sichern“, führte Koschnick weiter aus.

Während des Empfangs wurde von allen Rednern, darunter auch Bürgerschaftspräsident Dr. Dieter Klink, auf das „gute Verhältnis zwischen militärischen und zivilen Stellen“ hingewiesen. Dabei wür-

digten sie den Einsatz der Bundeswehr und ihre schnelle Hilfe bei der Hochwasserkatastrophe im Frühjahr 1981. Dazu der Befehlshaber im Wehrbereich II, Generalmajor Horst Kallerhoff: „Der Einsatz während der Hochwasserkatastrophe hat eindrucksvoll die Leistungsfähigkeit unter Beweis gestellt.“ Eindrucksvoll war nach seinen Worten darüber hinaus die hervorragende Zusammenarbeit zwischen der Bundeswehr und den Katastrophenschutz-Organisationen. Gemeinsam habe man die drohende Gefahr abwenden können.

BVS-Landesstellenleiter Diethelm Singer hob die ausgezeichnete Zusammenarbeit zwischen der Bundeswehr, dem BVS und den Zivilschutz-Organisationen hervor. „Wir haben einen sehr guten Kontakt zueinander. Das wirkt sich überaus positiv auf die Zusammenarbeit aus“, betonte Singer.

**Bremerhaven.** Mit Informationsständen und einer Reihe von Vorträgen setzte die BVS-Landesstelle Bremen vom 1. bis 6. März in Bremerhaven den seit dem vergangenen Jahr laufenden Modellversuch zur Intensivierung des Selbstschutzes fort. In einem Kaufhaus war die BVS-Ausstellung „Vorsorge und Eigenhilfe der Bürger“ zu sehen.

Eröffnet wurde die Selbstschutzwoche in



Vorschläge zur Bevorratung von Lebensmitteln wurden interessiert aufgenommen.

Bremerhaven von Oberbürgermeister Werner Lenz mit einem klaren Bekenntnis zum Zivil- und Selbstschutz. Lenz betonte: „... So lobenswert das Bemühen des BVS auch ist: Dieses Bemühen täuscht nicht darüber hinweg, daß in einem kriegerischen Konflikt, und dann gar in einem mit Atomwaffen geführten

Krieg, die heutigen Schutzmaßnahmen nicht ausreichen, um der Bevölkerung eine reale Chance zu geben, dem dann zu erwartenden Inferno unbeschadet zu entkommen. Natürlich ist es wichtig, durch Informationen und Veranstaltungen den Bundesbürger von der Notwendigkeit des Selbstschutzes zu überzeugen. Natürlich habe auch ich aus der Verantwortung der mir übertragenen Aufgaben ein nachdrückliches Interesse daran, daß die Bevölkerung die Aktionswoche für den Selbstschutz nicht nur als ein Ereignis unter vielen anderen passiv registriert. Aber – so frage ich mich – reicht das aus, um dem Sicherheitsbedürfnis der Menschen zu entsprechen? Für den Bundesverband und auch für mich geht es zur Zeit vornehmlich darum, die Sensibilität der möglicherweise von Katastrophen – gleich welcher Art – betroffenen Menschen für ihre Überlebensbereitschaft zu erhöhen, denn es

geht beim Katastrophenschutz ja nicht nur um die Katastrophe Krieg. Und so richte ich an die Bürger unserer Stadt die dringende Bitte, sich an den Informationsständen des BVS zu informieren. ...“

Am 1. März begann im Katastrophenschutzzentrum ein Selbstschutz-Grundlehrgang für die Bevölkerung. Darüber hinaus beteiligte sich der BVS an der Informationsbörse für Frauen, die parallel zur Selbstschutzwoche im Stadtstudio Columbus-Center stattfand. Den Abschluß der Aktionswoche in Bremerhaven bildete am 6. März der „Tag der Katastrophenschutz-Organisationen“. Im Bereich der Einkaufsstraße informierten das DRK, die Freiwillige Feuerwehr, das THW, die JUH und die DLRG über ihre Arbeit. Der BVS setzte sein „rollendes Kino“ ein und zeigte verschiedene Filme.

## Niedersachsen



### Quer durch Niedersachsen

**Stade.** Für den Bau von Schutzräumen und eine bessere Beratung und Unterstützung der Bevölkerung in Fragen des Selbstschutzes will sich die CDU-Fraktion im Stader Stadtrat einsetzen. Um dies zu realisieren, hat die Fraktion einen entsprechenden Antrag beim Stadtdirektor eingereicht. Ein Hauptpunkt ist die Forderung nach der Errichtung öffentlicher Schutzräume, wofür zunächst einmal ein Schutzraumplan für das Stadtgebiet erarbeitet werden soll.

**Gehrden.** Elf Selbstschutzberater der Stadt Gehrden wurden im Februar durch Stadtdirektor Bildhauer verpflichtet. Die neuen Mitarbeiter, vom BVS für ihre Aufgaben geschult, sollen die Gemeinde in allen Fragen des Selbstschutzes unterstützen. Zu ihren Hauptaufgaben gehört die Kontaktpflege zu Behörden, Betrieben und Institutionen, um diese für notwendige Maßnahmen des Selbstschutzes zu gewinnen.

**Oldenburg.** Unter dem Motto „Katastrophen kennen keinen Terminkalender“ fand eine Informationsveranstaltung des BVS für die Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehren der Landkreise Vechta, Bösel und Cloppenburg statt. BVS-Dienststellenleiter Freese hob dabei die humanitären Leistungen des Bundes, der Länder und Gemeinden sowie vieler aktiver Bürger hervor.

**Hannover.** Auf dem Messegelände in Hannover fand vom 3. bis 10. Februar 1982 die „Constructa '82“ statt. Der BVS war auf dieser größten Baufachmesse Europas mit einem Schutzraummodell als Informationsstand vertreten, der zeitweilig von interessierten Besuchern regelrecht belagert wurde. Die große Zahl der Besucher beweist, daß das Interesse am Schutzraumbau stark gestiegen ist, dies bestätigten auch die auf der „Constructa“ vertretenen Anbieter von Fertigschutzräumen.

**Aurich.** Zu einer Veranstaltung besonderer Art hatten die Landkreise Aurich, Leer und Wittmund sowie die Stadt Emden eingeladen: Der Präsident der Akademie für zivile Verteidigung, Dr. Dr. Ulrich Eichstädt, hielt vor Repräsentanten der Landkreise und Gemeinden einen Vortrag zum Thema „Die Kreise und Gemeinden als Träger der zivilen Verteidigung“.



Dr. Dr. Eichstädt, Oberkreisdirektor Dr. von Answald, Wittmund, und Oberkreisdirektor Dr. Schammburg, Aurich (von links).

Eingehend erläuterte Dr. Dr. Eichstädt die Aufgabenstellung der Kreise und Gemeinden im Rahmen der zivilen Verteidigung. „Versäumnisse wiegen auf der untersten Verwaltungsebene am schwersten“, betonte der Referent. „In Notsituationen wendet sich der Bürger weder an den Regierungspräsidenten noch an die Landes- und Bezirksregierung. Er ist auf die Funktionsfähigkeit seiner Kreis- und Gemeindeverwaltung angewiesen. Von ihr erwartet er Rat und Hilfe, vielfach ohne sich klarzumachen, was er selbst zu seinem eigenen Schutz und für seine Vorsorge tun muß. Es kann nicht nachdrücklich genug hervorgehoben werden, daß man in einer Krisenlage von kurzer Dauer ebensowenig wie bei einer plötzlichen Katastrophe nachholen kann, was in normalen Zeiten unterlassen wurde“, führte Dr. Dr. Eichstädt aus und wies in diesem Zusammenhang auf die Möglichkeit hin, sich des BVS – für Information und Ausbildung der Bevölkerung – zu bedienen.

**Wilhelmshaven.** Der langjährige ehrenamtliche BVS-Helfer Johannes Lünemann, Jever, trat zum Jahresende in den Ruhestand. Lünemann kam 1953 zum damaligen Bundesluftschutzverband und war in all den Jahren immer einer der treuesten Helfer. Neben seiner Tätigkeit als Selbstschutzlehrer war er lange Jahre BVS-Kreisstellenleiter in Jever. Nach der Umstrukturierung des Verbandes wurde Lünemann BVS-Beauftragter. Alle haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter der BVS-Dienststelle

Wilhelmshaven wünschen dem Scheidenden noch viele Jahre Gesundheit und Wohlergehen.

**Westerstede.** Der von der Stadt Westerstede in Verbindung mit der BVS-Dienststelle Wilhelmshaven ausgeschriebene Malwettbewerb „Kinder malen Katastrophen und Selbstschutz“ an den Westersteder Grundschulen, der Sonderschule Westerstede-Apen und der Tagesbildungsstätte Mansie ist am 15. März 1982 erfolgreich abgeschlossen worden.

Von den angeschriebenen Schulen kamen bis zum Einsendeschluß 160 Arbeiten von 168 Teilnehmern zurück.

Es sind interessante und ansprechende Arbeiten eingegangen, die teilweise auch von Arbeitsgemeinschaften stammen. Die Kinder stellten dar, was sie sich unter Katastrophen und Vorbeugemaßnahmen bzw. Verhütung größerer Schäden vorstellen. U.a. handeln die Bilder von Verkehrsunfällen, Schiffskatastrophen, Deichbrüchen, Waldbränden,

Vulkanausbrüchen, Unfällen im Haushalt, Winterunfällen usw.

Die Jury wird es nicht leicht haben, aus der Vielzahl der Einsendungen die drei Hauptgewinner zu ermitteln. Die Klassengemeinschaften, aus denen die Hauptgewinner ermittelt werden, erhalten als Geldpreise für ihre Klassenkasse jeweils 250 DM, 150 DM, 100 DM. Alle Teilnehmer werden Trostpreise erhalten.

Die ausgewählten Bilder werden der Westersteder Bevölkerung in Kürze in Wanderausstellungen vorgestellt.

## Nordrhein-Westfalen



### Blickpunkt Nordrhein-Westfalen

**Waltrop.** Eigentlich sollte das Gespräch Aufschluß über die Arbeit des BVS im vergangenen Jahr geben. Daß daraus plötzlich eine Demonstration von BVS-Aufgaben und eine praxisnahe Untermauerung der Selbstschutzforderungen wurde, lag an einer spontanen Wette, die der BVS-Beauftragte für Waltrop, Herbert Reschke, Stadtdirektor Theo Störbrock anbot.

Es ging um den schon sieben Jahre alten Auto-Feuerlöscher des Verwaltungschefs. Sollte er noch anstandslos funktionieren, so Reschke, spendiere er ein neues Löschgerät. Klapp't's mit dem Pulverlöscher nicht, sei der Stadtdirektor zum Kauf eines neuen Löschers verpflichtet.

Gesagt – getan: Auf dem Rathausvorplatz nahm der Stadtdirektor den Feuerlöscher in Betrieb, und siehe da: er funktionierte. Was dennoch für die BVS-Mitarbeiter Anlaß für den Hinweis war, Löschergeräte regelmäßig warten zu lassen.

**Leverkusen.** Die BVS-Dienststelle Leverkusen hat ein neues Domizil. Die BVS-Mitarbeiter bezogen im Industriegebiet Fixheide, Bürgerbuschweg 30, die neuen Diensträume. Die Dienststelle ist über das Leverkusener Stadtgebiet hinaus auch für die Städte Solingen und Remscheid sowie die Gemeinden des Rheinisch-Bergischen Kreises mit insgesamt rund 700 000 Einwohnern zuständig.

**Bonn.** Eine Mehrzweckanlage wurde jetzt in Beuel fertiggestellt: Das strahlensichere Bauwerk bietet 1388 Menschen Schutz in einem Verteidigungsfall, die Anlage wird im Frieden als Tiefgarage

genutzt. Ein bislang einmaliges Lüftungssystem be- und entlüftet die Tiefgarage und ist im Ernstfall auf eine Sonderbelüftung über Filter umzustellen.

**Rietberg.** Der BVS veranstaltete in Zusammenarbeit mit der Stadt Rietberg in der Sparkasse eine Ausstellung unter dem Titel „Selbstschutz – Ihre Sicherheit“. Unter anderem wurde mit einer speziellen Computerberatung dem Bürger die Möglichkeit gegeben, für sich und seine Familie den persönlichen Lebensmittelvorrat ermitteln zu lassen.

**Herford.** Nach Vollendung seines 65. Lebensjahres trat Walter Kambartel, langjähriger Ausbilder bei der BVS-Dienststelle Herford, in den Ruhestand. In einer Feierstunde überreichte BVS-Landesstellenleiter Peter Eykmann dem Scheidenden eine Dankurkunde und unterstrich den beispielhaften Einsatz von Kambartel.

**Recklinghausen.** Für 25jährige Tätigkeit im öffentlichen Dienst überreichte BVS-Landesstellenleiter Eykmann dem Leiter der BVS-Dienststelle Recklinghausen, Horst Stein, eine Dankurkunde. Stein war zunächst ehrenamtlich tätig und ar-



BVS-Landesstellenleiter Peter Eykmann (rechts) überreicht BVS-Dienststellenleiter Horst Stein eine Dankurkunde.

beitet seit 1964 hauptamtlich beim BVS. Von 1964 bis 1981 war Stein Fachbearbeiter für Ausbildung und Öffentlichkeitsarbeit. Seit März 1982 ist er Leiter der Dienststelle.

**Leverkusen.** In regelmäßigen Abständen wird die Bevölkerung in fast allen von der BVS-Dienststelle Leverkusen zu betreuenden Gemeinden von den zuständigen Hauptverwaltungsbeamten zu Selbstschutz-Grundlehrgängen eingeladen. 39 Bürger in Leverkusen, 59 in Solingen und 25 in Remscheid haben allein zu Beginn des Monats Februar das Angebot angenommen. Um der starken Nachfrage nach Lehrgängen gerecht zu werden, hat die Dienststelle ein „Alarmierungssystem“ eingerichtet. Neben den eingeteilten Ausbildungskräften stellen sich ehrenamtliche BVS-Fachlehrer und Ausbildungshelfer abrufbereit zur Verfügung.

**Rüthen.** 25 Amtsleiter aus dem Kreis Recklinghausen sowie Oberkreisdirektor Rudolf Pezely nahmen an der BVS-Schule Körtlinghausen an einem Informationsseminar teil. Die Kommunalbeamten erhielten einen Überblick über die gesetzlichen Grundlagen und die Organisation des Zivilschutzes sowie Informationen über die Aufgaben der Gemeinden beim Aufbau, bei der Förderung und Leitung des Selbstschutzes.

Während der beiden Tage blieb es nicht nur bei der theoretischen Schulung. Vielmehr wurden auch praktische Beispiele des Selbstschutzes in Wohn- und Arbeitsstätten demonstriert. Die Lehrgangsteilnehmer übten u. a. die Rettung von Menschen aus mehrstöckigen Gebäuden sowie die Brandbekämpfung mit einfachen Mitteln.



In Eigeninitiative haben die Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Oberhausen die Ausstellung erstellt.

**Oberhausen.** Seit November 1981 ist im Bereich Oberhausen-Duisburg eine BVS-Ausstellung im Einsatz, die in Eigeninitiative der BVS-Mitarbeiter in vielen Freizeitstunden geschaffen wurde. Unter dem Motto „Ihr Vorsorge-Paket“ werden u. a. Selbstschutzgeräte, Lebensmittelvorrat sowie Verbandkasten gezeigt. Bei zwei Einsätzen in den Geschäftsräumen der Barmer Ersatzkasse machten rund 1000 Besucher von dieser Informationsmöglichkeit Gebrauch.

**Herne.** Die BVS-Ausstellung „Schutz und Wehr“ wurde im Foyer des Kulturzentrums der Stadt Herne gezeigt. Ergänzt wurde die Bilderschau durch eine Handdruck-Spritze aus dem Jahre 1889 sowie alte Uniformen der Feuerwehr Herne. Das THW gab einen Einblick in seine Einsatzmöglichkeiten anhand von Modellen. Außerdem waren ASB und DRK beteiligt. Die Ausstellung wurde durch Schirmherrn Oberbürgermeister Manfred Urbanski eröffnet.

Durch ein Rahmenprogramm auf dem Vorplatz des Kulturzentrums wurde die Bevölkerung auf die Veranstaltung aufmerksam gemacht. Die Feuerwehr zeigte ihre neuesten Fahrzeuge, das THW baute Stützböcke und Stege auf und die Sanitätsorganisationen führten ihre Ausrüstung vor.

**Bochum.** Daß auch in einer Großstadt Interesse an dem Thema „Selbstschutz in der Landwirtschaft“ besteht, zeigte sich in Bochum bei einer Veranstaltung, zu der der Landfrauen-Verein eingeladen hatte. Die Teilnehmerinnen interessierten sich besonders für Maßnahmen, die bei Katastrophen, aber auch im Verteidigungsfall in der Landwirtschaft getroffen werden können.

**Hagen.** Oberstadtdirektor Dr. Klaus Müller eröffnete in der Bürgerhalle des Rathauses die BVS-Ausstellung „Schutz und Wehr“. „Das öffentliche Interesse

an den staatlichen Maßnahmen des Zivilschutzes wächst, wie auch die Kenntnisse hierüber. Die Bereitschaft jedoch, im Selbstschutz aktiv zu werden, läßt sehr zu wünschen übrig“, führte Dr. Müller aus. Die besondere Aufgabe des BVS sieht der Oberstadtdirektor in der Öffentlichkeitsarbeit des Verbandes, in der der Bürger durch umfassende Aufklärung zur Mitarbeit im Selbstschutz motiviert wird.

Rund 3500 Bürger besuchten die Ausstellung. Besonderen Anklang fand der Erweiterungsteil, bestehend aus den 30 besten Arbeiten eines Malwettbewerbs für Hagener Kinder unter dem Motto „Kinder malen Katastrophen und Selbstschutz“.

**Recklinghausen.** Der Leistungsbericht der BVS-Landesstelle für 1981, der auch allen Bundes- und Landtagsabgeordneten, den Regierungspräsidenten und der Landespressekonferenz übersandt wurde, hat schon nach kurzer Zeit ein beachtliches Echo gefunden: Mehrere Abgeordnete kündigten ihren Besuch der BVS-Landesstelle an.

Die Jahresbilanz zeigt folgende Zahlen auf: 2441 Informationsveranstaltungen mit 64368 Teilnehmern, 134 Ausstellungen mit 490111 Besuchern, 14700 Bürger ließen sich über Selbstschutz und

Schutzraumbau beraten. 4400 Anfragen betrafen den Bau von Hausschutzräumen. In der Ausbildung wurden u. a. 3976 Selbstschutz-Grundlehrgänge mit rund 74850 Teilnehmern gezählt. 15813 Bürger besuchten eine weiterführende Selbstschutz-Fachausbildung und 4979 Bürger nahmen an Selbstschutz-Übungen teil.

**Rüthen.** Kreis- und Ortsvorsitzende sowie Vorstandsmitglieder der Frauenvereinigung der CDU Westfalen-Lippe ließen sich vom 24. bis 26. Februar 1982 in einem Seminar an der BVS-Schule Körtlinghausen über die Aufgaben des BVS informieren. Auch die Landesvorsitzende, Leni Fischer, nahm an dieser Veranstaltung teil. Ihr Wunsch war es, die Frauen zu motivieren, sich verstärkt für den Selbstschutz einzusetzen und ihnen Anregungen für Veranstaltungen und Initiativen in ihrem eigenen Kreis zu geben.

Zunächst wurden die Rechtsgrundlagen und Aufgaben der zivilen Verteidigung und des Zivilschutzes erläutert. Besonders rege Diskussionen lösten die Themen „Selbstschutz in der Praxis“ und „Die Frau im Selbstschutz“ aus. Die Teilnehmerinnen lernten Sirensignale zu unterscheiden, wie wichtig Dokumentensicherung ist und von welcher Bedeutung ein Lebensmittelvorrat ist. Von großem Interesse und sehr aufschlußreich waren die praktischen Demonstrationen auf dem Übungsgelände, z. B. Bergung von Verletzten, die Handhabung und der richtige Umgang mit Feuerlöschern sowie das Ablöschen brennender Kleidung.

Die Frauen wollen nun in ihrer Vereinigung aufklärend wirken, denn sie wissen, daß die Bereitschaft zur Vorsorge eine notwendige Voraussetzung für einen wirksamen Zivilschutz ist. Sie wollen darauf hinwirken, daß insbesondere ihre Ratsvertreter sich verstärkt mit Fragen des Zivil- und Selbstschutzes befassen, da der Schutz der Bürger auch ein wichtiges kommunales Thema ist.



Aufmerksame Zuhörerinnen waren Landesvorsitzende Leni Fischer (vorn rechts) und Renate Diemers, Referentin im CDU-Landesverband Westfalen-Lippe.



## Saarland-Rundschau

**Ottweiler.** Großes Interesse fand ein Informationsseminar „Zivilschutz“, das die BVS-Landesstelle für die Feuerwehrlösung des Kreisgebietes Neunkirchen durchführte. Landesstellenleiter Koch gab einen Überblick über die Aufgaben des BVS und erläuterte die zivile Verteidigung in der Bundesrepublik.

Ministerialrat Grundmann ging ausführlich auf den derzeitigen Stand des Katastrophenschutzes im Saarland ein und hob die Bestrebungen des saarländischen Innenministeriums hervor, die Führungstechnik im Katastrophenschutz zu verbessern.

Nach Ausführungen des BVS-Fachlehrers Canaris über Waffenwirkungen und Schutzmöglichkeiten stellte Ministerialrat Dipl.-Ing. Wilhelm Klein die Notwendigkeit des Schutzraumbaus heraus. Er erläuterte den heutigen Stand sowie die künftigen Planungen im Saarland und betonte, daß das Saarland mit Schutzplätzen für rund 7 Prozent der Bevölkerung eine Spitzenstellung im Bundesgebiet einnimmt.

In Zukunft wollen die Wehren vom Informations- und Ausbildungsangebot des BVS mehr Gebrauch machen. So sollen Informationsseminare auch für Löschbezirksführer der einzelnen Stadt- und Gemeindeteile durchgeführt werden.

**Dudweiler.** Der BVS hatte in einem Großmarkt in Dudweiler einen dekorativen Informationsstand aufgebaut. BVS-

Beauftragter Ludwig Kliebenstein und die BVS-Fachlehrer Helene und Hans Demuth informierten die Kunden über den Selbstschutz und verteilten Broschüren. Die BVS-Mitarbeiter wiesen besonders auf die Eigenverantwortung eines jeden Bürgers hin. Viele Kunden des Großmarktes zeigten sich an weiteren Informationen und am Besuch eines Selbstschutz-Grundlehrgangs interessiert.

**Schmelz.** Der von der Gemeinde Schmelz in Zusammenarbeit mit der BVS-Landesstelle und der Dienststelle Saarlouis angestrebte Modellversuch zur Intensivierung des Selbstschutzes war Gegenstand einer Besprechung, zu der Bürgermeister Steffen die Ortsvorsteher und deren Stellvertreter eingeladen hatte.

BVS-Landesstellenleiter Koch erläuterte zunächst die Aufgaben des Selbstschutzes und ging dann ausführlich auf den Aufbau, die Förderung und Leitung des Selbstschutzes in der Gemeinde ein. Dazu gehöre im wesentlichen die Verpflichtung des Hauptverwaltungsbeamten, rechtzeitig Vorkehrungen für die Einrichtung von Selbstschutz-Beratungsstellen zu schaffen. Der Modellversuch diene u. a. auch dem Zweck, qualifizierte Selbstschutzberater zu gewinnen. Der BVS gewähre hierzu die notwendige Unterstützung.

In der sehr lebhaft geführten Diskussion wurden die von Koch dargelegten Pläne begrüßt. Dennoch zeigten die

Kommunalvertreter gewisse Schwierigkeiten auf, die sich auf das Gesamtvorhaben negativ auswirken können. Die Ortsvorsteher sicherten jedoch zu, in den einzelnen Ortsteilen Besprechungen mit dem Ziel der Gewinnung von Selbstschutzberatern anzubereiten. Darüber hinaus beschlossen die Ortsvorsteher, bestimmte Zielgruppen für die vorgesehenen Informations- und Ausbildungsveranstaltungen zu interessieren.

## Nachruf

Am 6. März 1982 verstarb im Alter von 82 Jahren der langjährige ehrenamtliche Dienststellenleiter der BVS-Dienststelle Saarlouis

### Willi Estenfeld

Schon während des Krieges war Estenfeld von 1942 bis 1944 als Ausbildungsleiter der RLB-Kreisgruppe Saarlouis tätig und stellte nach dem Kriege als einer der ersten Bürger von Saarlouis seine Erfahrungen wieder zur Verfügung.

Besondere Verdienste erwarb er sich durch den eigenen Bau von Ausstellungen, die jahrelang auch über den Dienstbereich hinaus zum Einsatz kamen.

Für seinen unermüdbaren Einsatz wurde der Verstorbene mit der Ehrennadel des BLSV ausgezeichnet.

Wir werden Willi Estenfeld ein ehrendes Andenken bewahren.

# Rheinland-Pfalz

## Aktuelles aus Rheinland-Pfalz

**Koblenz.** Der Schutzraumbau wird in Koblenz ernstgenommen. Dies beweisen die seit Jahren von der Stadtverwaltung und der BVS-Dienststelle Koblenz verstärkt durchgeführten Beratungen bauwilliger Bürger, die Hausschutzräume errichten wollen.

In gleicher Weise wird dem öffentlichen Schutzraumbau große Bedeutung beigemessen. Koblenz ist die erste Stadt in Rheinland-Pfalz, die das „Nutzbarmachungsprogramm“ des Bundes aufge-

griffen hat. Im Rahmen dieser Maßnahmen sollen insgesamt zwölf Bunker wieder instandgesetzt werden. Viele dieser Schutzbunker aus dem Zweiten Weltkrieg haben eine Mauerstärke bis zu drei Metern, die Decken sind etwa 1,40 Meter stark.

Auch die große Stollenanlage unter der Festung Ehrenbreitstein sowie mehrere kleine Stollen sollen wieder erneuert werden. Funktionstüchtig wird derzeit der Schutzraum im „Haus der Jugend“ gemacht. Im Notfall können sich hier 811 Personen aufhalten. Zu 90 Prozent

fertig sind bereits die Vorhaben Ostbunker Kemperhof mit 2300 Plätzen und der Bunker in Koblenz-Neuendorf mit 1430 Plätzen. Weitere Projekte werden in Kürze in Angriff genommen. Für fünf dieser Projekte sind etwa 6 Millionen DM veranschlagt. Finanzierung und Unterhaltungskosten übernimmt der Bund.

Wenn in einigen Jahren die gesamten Maßnahmen abgeschlossen sind, bieten die Bunker, zusammen mit den Schutzbauten bei Behörden, ca. 25000 Koblenzer Bürgern – etwa 20 Prozent der Einwohner – einen Schutz im Verteidi-

gungsfall. Eine Zahl, die weit über dem Bundesdurchschnitt liegt.

**Mainz.** Derzeit verstärken die BVS-Dienststellen in Rheinland-Pfalz ihre Tätigkeit in ländlichen Bereichen. Damit soll, wie in den vergangenen Jahren, besonders den Bürgern, die in der Landwirtschaft oder in landwirtschaftlichen Nebenerwerbsstellen tätig sind, Gelegenheit geboten werden, Veranstaltungen des BVS zu besuchen.

Die Termine der Informationsveranstaltungen, abgesprochen mit den Gemeindeverwaltungen, wurden in der Tagespresse und in den Mitteilungsblättern der Gemeinden veröffentlicht. Viele Bürger nahmen das Angebot an. Nach den Veranstaltungen wurde von vielen Teilnehmern der Wunsch geäußert, einen Selbstschutz-Grundlehrgang zu besuchen.

**Mainz.** In der BVS-Landesstelle Rheinland-Pfalz trafen sich die Helfervertreter der Dienststellen zur Neuwahl des Landeshelferververtreters und seiner beiden Stellvertreter. Gewählt wurden zum Helfervertreter Willi Schroeter (Dienststelle Kaiserslautern); 1. Stellvertreter Hans Louis (Dienststelle Mainz); 2. Stellvertreter Hans-Georg Hermann (Dienststelle Ludwigshafen).

**Mainz.** Bürgermeister Diehl eröffnete eine Diskussionsveranstaltung der CDU in Mainz, zu der Vertreter der im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen sowie Mitarbeiter des BVS eingela-

den waren. Diehl referierte über den „Zivilschutz in Rheinland-Pfalz“ und bemängelte die zu geringe Kapazität der vorhandenen Schutzräume. Nur jeder 20. Mainzer Bürger könne in einem Verteidigungsfall in geeigneten Schutzräumen Platz finden. Die Zahl der Schutzplätze soll in den kommenden Jahren um ca. 2 Prozent erhöht werden. Für 6,5 Prozent der Bevölkerung wären dann Plätze vorhanden.

Diehl erläuterte eine Meinungsumfrage, nach der 53 Prozent der Bevölkerung die Anstrengungen für den Zivilschutz für zu gering erachten. Trotz der Bedeutung des Zivil- und Katastrophenschutzes werde in der Bundesrepublik sechszigmal soviel Geld für Wehrausgaben aufgewandt wie für den Schutz der Bevölkerung.

Innenminister Kurt Böckmann hob hervor, Verteidigung und Zivilschutz müßten gleichgewichtig behandelt werden. Zur Situation in Rheinland-Pfalz erklärte Böckmann, im Verteidigungsfall stehe ein Prozent der Bevölkerung als Helfer zur Verfügung. Dies bedeute, daß 36000 ausgebildete Mitarbeiter der Katastrophenschutz-Organisationen in Rheinland-Pfalz eingesetzt werden könnten.

Ein großes Problem bei der Planung des Schutzes der Bevölkerung ist laut Böckmann die Gesundheitsversorgung. Es mangle an Ärzten und Fachpersonal. Rheinland-Pfalz habe diesen Mißstand jedoch per Gesetz geregelt, indem es den Gesundheitsbereich mit in das Landeskatastrophenschutzgesetz einbezogen habe.

Zentrales Thema des Vortrags des Mainzer Innenministers war der Schutzraumbau. Von staatlicher Seite fehlten die Mittel, um eine bessere Versorgung mit Schutzplätzen zu gewährleisten. Bisher versuchten die Behörden, Privatleute beim Hausbau zur Errichtung eines Schutzraums durch staatliche Subventionierung zu ermuntern. In einigen Fällen gelang dies auch, so etwa in Weisenau, wo 900 Schutzplätze in einem privaten Gebäudekomplex entstehen. Bei solchen Einzelfällen blieb es jedoch. Der Innenminister sprach sich deshalb für eine Schutzraumbaupflicht aus.

In der Öffentlichkeit existiere – so Böckmann – überhaupt ein falsches Bild von Schutzräumen. Es handele sich hier nicht um kostenintensive Atombunker, sondern um Maßnahmen, die in jedem Haus vorgenommen werden könnten – ohne große finanzielle Anstrengung. Bei einer Baupflicht sei an die Finanzierungsmöglichkeit durch steuerliche Abschreibung gedacht.

Die Überlegungen und Anstrengungen der Länder blieben jedoch wirkungslos, solange kein Gesamtkonzept der Bundesregierung vorliege. Böckmann verwies außerdem auf die Notwendigkeit der Bestellung und Ausbildung von Selbstschutzberatern in den Gemeinden.

Die Leistung der Öffentlichkeitsarbeit des BVS ist nach Meinung des Ministers eine bedeutsame Maßnahme zur Information des Bürgers über zivile Verteidigung, Zivil- und Selbstschutz, wozu auch die Beratung über den Bau von Hausschutzräumen gehöre.

# Baden-Württemberg



## Südwest aktuell

**Stuttgart.** Rechtzeitig vor Beginn der Fußball-Weltmeisterschaft erhalten die BVS-Dienststellen im Landesstellenbereich Baden-Württemberg ein Hilfsmittel zur Planung ihrer Öffentlichkeitsarbeit und Ausbildung: Um nämlich während der XII. Fußball-Weltmeisterschaft keine „bösen Überraschungen“ erleben zu müssen, berücksichtigen die Dienststellen schon jetzt interessante Spieltermine bei ihrer Veranstaltungsplanung. Eine Informationsschrift gibt ihnen unter anderem Auskunft über alle Fußballspiele und ihre Übertragungszeiten.

**Karlsruhe.** Eine Arbeitsgemeinschaft für die haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Karlsruhe verband Landesstellenleiter Raach mit der

Verleihung der BVS-Ehrennadel an die langjährige ehrenamtliche Frauenfacharbeiterin Elenore Elsässer.

Raach erinnerte an die schwierige Aufbauzeit, wobei er die Arbeit von Frau Elsässer lobend herausstellte. Sie habe ihre Tätigkeit nie auf den engeren Arbeitsbereich beschränkt gesehen, sondern sich auch für die Öffentlichkeits- und Ausbildungsarbeit des Verbandes eingesetzt. Frau Elsässer habe gute Arbeit geleistet und sich um den BVS verdient gemacht.

**Titisee.** Das Kreiskrankenhaus Titisee-Neustadt beabsichtigt, eine eigene Selbstschutzgruppe aufzubauen. Obwohl die Klinik brandschutztechnisch hervorragend ausgestattet ist, hält der Sicherheitsbeauftragte des Krankenhau-

ses, Tritschler, es für wichtig, das Personal im Selbstschutz auszubilden. Der erste Schritt dazu wurde bereits gemacht: Von der Oberärztin über Krankenpfleger, Krankenschwestern, Haus-techniker bis hin zum Verwaltungspersonal nahmen alle an einem Selbstschutz-Grundlehrgang teil.

Der zweite Schritt, die Durchführung der Fachlehrgänge „Brandschutz“ und „Bergung“, ist noch für das erste Halbjahr 1982 vorgesehen.

**Stuttgart.** Schon im Dezember 1979 hatte das baden-württembergische Ministerium für Kultur und Sport in einem Erlaß auf die seit Jahren erfolgreiche Zusammenarbeit des Oberschulamtes Tübingen mit der BVS-Dienststelle Reutlingen bei der Ausbildung von Behör-

denselbstschutzleitern und Mitarbeitern des Behördenselbstschutzes an Schulen hingewiesen. Der Erlaß endet mit der Bitte an die Oberschulämter des Landes, ihre Aktivitäten im Behördenselbstschutz zu verstärken.

251 Lehrkräfte der verschiedenen Schularten besuchten in einem Zeitraum von 15 Monaten Seminare und Tagungen der BVS-Dienststellen und ließen sich über den Behördenselbstschutz an Schulen und den Zivilschutz informieren.

**Tübingen.** Die BVS-Dienststelle Reutlingen führte an der Hauswirtschaftsschule Tübingen Informationsveranstaltungen für Lehrkräfte durch. Die Teilnehmer interessierten sich besonders für die Aufgaben des BVS und die Möglichkeiten einer Selbstschutzausbildung.

### Nachruf

Die BVS-Dienststelle Karlsruhe trauert um ihren ehrenamtlichen Mitarbeiter

### Franz Acker

Acker war ein steter Verfechter des Selbstschutzgedankens. Sein Bestreben war es, durch persönliche Kontakte im Kollegen-, Bekannten- und Freundeskreis für den Selbstschutz zu werben. Der Verstorbene wirkte zwei Jahrzehnte lang als Aufklärungs- und Ausbildungshelfer des BVS.

Wir haben einen guten Kameraden verloren und werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

# Bayern



## Bayern heute

**Memmingen.** In Zusammenarbeit mit der Stadt Memmingen zeigte der BVS im Rathaussaal die Ausstellung „Der Mensch im Mittelpunkt“. Zu sehen sind Faksimile-Drucke von Federzeichnungen und Aquarellen, die der berühmte englische Künstler Henry Moore während des Zweiten Weltkrieges nach seinen Eindrücken in den Londoner Luftschutzräumen schuf.

Oberbürgermeister Dr. Ivo Holzinger, der zur Eröffnung der Ausstellung vier Stadträtinnen sowie zahlreiche Vertreter der Schulen und Behörden begrüßen konnte, wies auf die Bedeutung des Zivilschutzes hin und erinnerte daran, daß in den letzten Jahrzehnten die Bevölkerung bei Kriegen immer stärker betroffen gewesen sei. Henry Moore, dessen Bilder einen tiefen Eindruck hinterlassen, habe den Krieg in seiner ganzen sinnlosen Grausamkeit miterlebt, führte Dr. Holzinger aus.

**Nürnberg.** Georg Vasold, Ausbilder der Fahrbaren Aufklärungs- und Ausbildungsstelle der BVS-Dienststelle Nürnberg, konnte am 23. Dezember 1981 auf eine 25jährige Dienstzeit im öffentlichen Dienst zurückblicken. Vasold kam 1960 als ehrenamtlicher Helfer zur damaligen BLSV-Ortsstelle Fürth und wurde 1961 als hauptamtlicher Geräteverwalter und Ausbilder eingestellt. 1967 wurde Vasold zur BLSV-Ortsstelle Nürnberg versetzt.

In Würdigung seiner Verdienste überreichte ihm BVS-Dienststellenleiter Erich Vesper eine Dankurkunde.

**Nürnberg.** Am 23. Januar 1982 erfolgte in der BVS-Dienststelle Nürnberg die Wahl des Helfervertreeters der BVS-Landesstelle Bayern. Gewählt wurde: Hel-

fervorteiler Georg Heller (Landshut); 1. Stellvertreter Walter Bayer (Nürnberg) und 2. Stellvertreter Franz Katzlinger (Aschaffenburg).

**Kaufbeuren.** „Der Selbstschutz will nichts anderes, als den Selbsterhaltungstrieb des Menschen mobilisieren, und er muß darüber hinaus eine echte Gemeinschaftsaufgabe sein“, betonte Oberbürgermeister Rudolf Krause anläßlich der Eröffnung der BVS-Ausstellung „Der Mensch im Mittelpunkt“ im Foyer des Rathaus-Neubaus Kaufbeuren.



Oberbürgermeister Krause (links) eröffnete die BVS-Ausstellung; neben ihm BVS-Dienststellenleiter Schmalzl und Bürgermeister Espermüller.

Krause bedauerte, daß der Gedanke des Selbstschutzes im Bewußtsein der Bevölkerung „leider noch immer nicht so stark verankert ist, wie dies eigentlich der Fall sein müßte“. So könne man nur hoffen, daß die Ausstellung bei der Bevölkerung reges Interesse finde und zum Nachdenken und Handeln anrege.

BVS-Dienststellenleiter Willibald Schmalzl hob ebenfalls die Notwendigkeit des Selbstschutzes hervor. Es sei Aufgabe des BVS, in Zusammenarbeit mit der Gemeinde die Bürger zu Selbstschutzmaßnahmen zu motivieren. Dazu solle auch diese Ausstellung einen Beitrag leisten.

**Starnberg.** In rund 50 der 160 Gemeinden im Bereich der BVS-Dienststelle Starnberg wurden in den letzten Monaten Vorträge bei den Bürgerversammlungen gehalten. Bis zu 300 Bürger der jeweiligen Gemeinden ließen sich über die Aufgaben und Ziele des Selbstschutzes informieren. Die anschließenden Diskussionen wurden dabei oftmals sehr emotional geführt.

In der Stadthalle von Penzberg kam es beispielsweise zu einer regelrechten Redeschlacht zwischen Vertretern der „Friedensinitiative“ und den übrigen Versammlungsteilnehmern. Vor der Bür-



In Bürgerversammlungen erläuterten die BVS-Mitarbeiter die Aufgaben und Ziele des Selbstschutzes.

gerversammlung in Weilheim fand sogar eine Demonstration der dortigen „Friedensinitiative“ gegen die Veranstaltung statt. Gerade bei diesem Vortrag zeigte sich aber, daß durch eine vernünftige Argumentation auch die Anhänger der „Friedensinitiative“ bereit sind, Selbstschutzmaßnahmen zu befürworten.

**Freyung.** Wie aus dem Jahresbericht 1981 des BVS-Beauftragten Kurt Hodouschek zu ersehen ist, zeigen die Bürger des Landkreises Freyung-Grafenau zunehmendes Interesse an ihrem Schutz und ihrer Sicherheit, nicht

nur vor den Gefahren des Alltags, sondern auch bei Katastrophen und Gefahren, die im Verteidigungsfall drohen.

So sind im vergangenen Jahr im Landkreis 16 Selbstschutz-Grundlehrgänge mit 356, 40 Informationsveranstaltungen mit 1218, je ein Fortbildungslehrgang „Brandschutz“ bzw. „Bergung“ mit jeweils sieben, eine Selbstschutzübung mit elf und zwei Ergänzungslehrgänge für Selbstschutzberater mit 48 Teilnehmern durchgeführt worden.

**Weiden.** Informationen über den Selbst- und Katastrophenschutz erhielten die Schülerinnen des Elly-Heuss-Gymnasiums. In jeweils zwei Stunden informierten BVS-Mitarbeiter die achten bis elften Klassen über die Aufgaben des Verbandes, zeigten Filme und wiesen auf die Selbstschutzlehrgänge hin. Aufgebaut war zusätzlich die „Fahrbare Zivilschutzausstellung“ des BVS. Auch Stadtdirektor Dr. Helmut Leupold und der Direktor der Schule, Andreas Schießl, nahmen an einem Vortrag teil.

**Bayreuth.** In zwei Veranstaltungen wurde in Zusammenarbeit mit den Verwaltungsbehörden der Kreise und kreisfrei-

berg ein Modell aufgezeigt, das wegweisend für andere Gemeinden sein könnte.

Zur Werbung von Selbstschutzberatern wird in die örtliche Presse jeden Monat auf Kosten der Behörde eine Anzeige eingerückt mit dem Slogan „Werde Mitglied im Katastrophenschutz“.

Interessierte Bürger werden dann vom Leiter des Amtes für Öffentliche Ordnung und dem Sachbearbeiter „Katastrophenschutz“ zu einem Gespräch eingeladen. Dabei werden die Aufgaben eines Selbstschutzberaters und die notwendige Ausbildung besprochen und festgelegt.

Nach abgeschlossener Ausbildung ist vorgesehen, diesen Personenkreis bei einer öffentlichen Veranstaltung durch den örtlichen Zivilschutzleiter (HVB) unter Mitwirkung der örtlichen Medien vorzustellen und sie in ihre Aufgabenbereiche einzuweisen.

Dieser Weg fand bei allen Vertretern der Behörden ein positives Echo, und man ist gewillt, diese Praxis im eigenen Bereich als Versuch durchzuführen. Die Stadt Bamberg konnte durch diese Maßnahme schon mehrere Bürger zur Mitarbeit und zur Übernahme von Selbstschutzaufgaben gewinnen.



1937 wurde von Leoprechting hauptamtlicher Ausbilder und Lehrer der damaligen Landesgruppe VII des Reichsluftschutzbundes.

Nach dem Krieg stellte er sich wieder für den Dienst an der Gemeinschaft zur Verfügung. Gerade die ersten Jahre schlossen eine Fülle von Schwierigkeiten mit ein und waren nur mit viel Idealismus und persönlichem Engagement zu bewältigen; beides Eigenschaften, die von Leoprechting im besonderen Maße besaß.

Zunächst ehrenamtlich, später hauptamtlich arbeitete er in der Kreisstelle Trier des Bundesluftschutzbundes und übernahm bald darauf die Leitung der Landesstelle Rheinland-Pfalz. Neben seiner erfolgreichen Bautätigkeit knüpfte er in dieser Zeit noch enge Kontakte zur „Protection Civile“ in Frankreich, Belgien und Luxemburg. 1970 wurde ihm dann die Leitung der BVS-Landesstelle Bayern übertragen.

Mit ihm ging ein Mann von uns, der sich immer voll mit der Aufgabe des BVS identifiziert hat. Es hat ihm nie genügt, nur Vorschriften auszufüllen, sondern er war der Initiator neuer Ideen. Was wir alle an ihm besonders schätzten, war der Mensch, sein Temperament und seine Ehrlichkeit. Wenn er etwas verachtete, dann war es Heuchelei. Deshalb vertrat er seine profunden Kenntnisse und Erfahrungen oft in unbequemer Form als steter Mahner.

Trotz aller Erfolge blieb er immer ein bescheidener Kollege. Bekannt und beliebt nicht nur in den drei Landesstellen, die er geführt hat, sondern im ganzen Bundesgebiet.

In den Annalen der BVS-Landesstellen Rheinland-Pfalz und Bayern, wie auch im Gedächtnis aller Mitarbeiter, ist ihm ein gebührender Platz sicher.



Oberamtsrat Oertel (4. v. l.) erläutert seinen Kollegen aus den Gemeinden das Modell der Stadt Bamberg.

en Städte und der BVS-Dienststelle Bayreuth ein Weg gesucht, den Gemeinden bei der Gewinnung von Selbstschutzberatern zu helfen.

Schwerpunkte waren:

1. Die Aufgaben der Sachbearbeiter „Zivilschutz“ bei den zuständigen Behörden und die Verwirklichung des vorgegebenen Vier-Stufen-Plans zur Vwv-Selbstschutz vom Mai 1971.
2. Die Gewinnung, Ausbildung und Betreuung bzw. weitere Mitarbeit der ausgebildeten Selbstschutzberater sowie die Aufgabenstellung nach der Vwv-Selbstschutz.
3. Erfahrungsaustausch: Hier wurde von der Stadt und dem Landratsamt Bam-

## Nachruf

Nach kurzem, schwerem Leiden verstarb am 16. Februar 1982

### Josef-Egon Freiherr von Leoprechting

langjähriger Landesstellenleiter des BVS in Rheinland-Pfalz und Bayern sowie zeitweise auch im Saarland.

Bereits im Jahre 1928 hatte der Verstorbene erste Kontakte zu den damaligen Luftschutz-Lehrtrupps und erkannte schnell die Notwendigkeit gezielter Vorsorge- und Hilfsmaßnahmen, denen er sich ehrenamtlich im damaligen Reichsluftschutzbund als Gruppenführer im Bereich Weilheim/Garmisch widmete. Ab

## Zwischenbilanz: Ein erfolgreiches erstes Vierteljahr

Am Ende des ersten Viertels des laufenden Jahres bietet es sich an, eine Zwischenbilanz zu ziehen. Kaum war das Jahresende vorüber, abgeschlossen mit dem besten Ergebnis seit Bestehen, begann die Gesellschaft am 4. Januar 1982 entsprechend ihrem satzungsgemäßen Auftrag mit der Informations- und Ausbildungstätigkeit. Nachdem der erste Tag mit nur zwei Veranstaltungen ruhig verlief, brachte der folgende Dienstag bereits vier Veranstaltungen mit 125 Teilnehmern. Und so ging es praktisch jeden Tag – von Montag bis Freitag. Einmal wurde dieser Rhythmus durch ein Ausstellungsvorhaben in Berlin-Spandau durchbrochen und das Wochenende zur Information der Bürger ausgiebig genutzt.

In den folgenden Wochen machte eine Vielzahl Berliner Schulen für ihre neunten und zehnten Klassen von dem Angebot der Gesellschaft, Selbstschutz-Grundlehrgänge durchzuführen, Gebrauch. In den ersten drei Monaten konnte die Gesellschaft mehr Grundlehrgänge durchführen als im gesamten ersten Halbjahr 1981!

Zwischenzeitlich ist zu einem wahren „Renner“ das Thema „Waffenwirkungen und Schutzmöglichkeiten“ geworden. In zahlreichen Aufklärungsveranstaltungen, darunter auch vor Ärzten und Lehrkräften, insbesondere aber aus dem Bereich der Friedensbewegung, kamen die entsprechenden Wünsche. Bei den Veranstaltungen konnte immer wieder festgestellt werden, daß nicht wenige Teilnehmer emotionell und nicht sachlich diese Thematik betrachten. Oft wurde in Diskussionen die unhaltbare These aufgestellt, daß ein künftiger Krieg total und weltweit geführt würde und mit der Vernichtung der Menschheit, mindestens jedoch Mitteleuropas, enden würde. Zivilschutz sei daher im Atomzeitalter völlig sinnlos.

Neben diesen Veranstaltungsarten lief selbstverständlich eine Vielzahl fachlicher Unterrichtungen und Übungen zu unterschiedlichen Themen. Hinzugekommen ist im Jahre 1982 die Ausbildung und Betreuung der Hausfeuerwehren der Berliner Kaufhäuser. Hier haben insbesondere die großen Unternehmen das Ausbildungsangebot genutzt. Hinzugekommen sind auch die Stiftung Preußischer Kulturbesitz und die Berliner Museen, die ihre Mitarbeiter in den zurückliegenden Wochen, aber auch in

den vor uns liegenden Monaten durch die Gesellschaft ausbilden ließen bzw. dies noch abgesprochen wird.

Am 25. Februar 1982 wurde in der Kindertagesstätte in der Westerwaldstraße, Berlin 20, die fachliche Unterrichtung als hundertste Veranstaltung der GZS im neuen Jahr registriert. Wenige Tage später, am 2. März 1982, wurde bei der 102. Veranstaltung, einer fachlichen Unterrichtung „Brandschutz“, in der Nordgrundschule in der Potsdamer Straße, Berlin 37, der 2000. Teilnehmer begrüßt. In diesem Rhythmus ging es weiter. Den Abschluß des ersten Vierteljahres bildete eine Übung der Betriebsfeuerwehr eines großen Elektrokonzerns, die im Rahmen der 142. Veranstaltung von Mitarbeitern der Gesellschaft aus- und fortgebildet wurde.

In den Veranstaltungen, die in dieser kurzen Zeit durchgeführt wurden, konnten – ohne die 6500 Teilnehmer bei einer Ausstellung – 2794 Teilnehmer bei Informations- oder Ausbildungsveranstaltungen gezählt werden.

## Stets aktuell: Gewinnung von Mitarbeitern

Die sich seit dem Frühjahr 1980 ständig verstärkende Informations- und Ausbildungstätigkeit der Gesellschaft hat die personelle Enge im haupt- wie auch ehrenamtlichen Bereich spürbar werden lassen. Naheliegend war die Aktivierung der eigenen Mitglieder. Viele waren aber, zum Teil vor etlichen Jahren, Mitglied geworden, um die Arbeit der Gesellschaft ideell zu fördern, nicht um selbst als Redner oder Fachlehrer Veranstaltungen durchzuführen. Andere Mitglieder, die in früheren Jahren gestaltend mitgewirkt hatten, sind dazu aus persönlichen oder beruflichen Gründen nicht mehr zu gewinnen.

Um die ständig größer werdenden Lasten nicht auf einige wenige Schultern zu verteilen, was auf Dauer zur Überbeanspruchung führen würde, galt es, neue Wege zu beschreiten. Nachdem es der Gesellschaft gelungen war, in zahlreichen Berliner Schulen Veranstaltungen, insbesondere Selbstschutz-Grundlehrgänge, durchzuführen, wurde im Frühjahr 1981 gezielt um Mitarbeiter geworben. Innerhalb weniger Wochen bekundeten 36 junge Berliner Schülerinnen und Schüler ihr Interesse an einer Mitarbeit. Sie wurden nach den großen Ferien erstmals von der Gesellschaft eingeladen; über 40 Prozent der Angeschriebenen folgten der Einladung.

Inzwischen stellt dieser Kreis die neu eingerichtete Arbeitsgemeinschaft „Ausbildungshelfer“ dar, trifft sich alle 14 Tage und arbeitet die verschiedenen Fachthemen unter der Anleitung der Mitarbeiter Frige, Krapf und Weber aus.

Ein nicht unerheblicher Teil dieser neuen Ausbildungshelfer hat inzwischen schon erste Erfahrungen bei der Durchführung der verschiedensten Veranstaltungen sammeln können. Folgen sollen zur Abrundung des bereits erworbenen Wissens die BVS-Fachlehrgänge „Aufklärungs- und Ausbildungshelfer“ an der BVS-Schule in Voldagsen.

Mit den neuen Helfern, die zum größten Teil bereits die Aufnahme als Mitglied der Gesellschaft beantragt haben, können die Aufgaben des Jahres 1982 energisch angepackt werden.

## GZS übernimmt Tragkraftspritze von Berliner Feuerwehr

Die Intensivierung der Ausbildung im Bereich Brandschutz hat seit 1980 zu einer sehr engen und vertrauensvollen Zusammenarbeit der GZS mit der Berliner Feuerwehr geführt. Nachdem bereits im vergangenen Jahr mehrere größere Unternehmen den Wunsch nach Brandschutz-Gruppenausbildung an die Gesellschaft herangetragen hatten, stellte sich die Frage nach der Beschaffung eines Brandschutz-Gruppen-Gerätes, einer Tragkraftspritze mit 800 Litern Wasserleistung, als Ausbildungsgerät.

Diese Überlegung mußte aus Haushaltsgründen wieder fallengelassen werden. Als Ausweg bot sich an, die Feuerwehr um Überlassung eines derartigen Gerätes zu bitten. Nach entsprechenden Verhandlungen und kurzem Schriftwechsel kam das positive Echo bereits im Spätherbst des vergangenen Jahres. Der Gesellschaft wurde die leihweise Überlassung eines Tragkraftspritzenanhängers mit der Tragkraftspritze 8/8, zusammen mit Armaturen und Schlauchmaterial, befristet auf zunächst ein Jahr, in Aussicht gestellt.

Nach einer Übergabeverhandlung, die in der „Urban-Wache“ in Berlin-Kreuzberg stattfand, wurde der TSA zur Gesellschaft für den Zivilschutz überführt. Von hier aus kommt er bei der Ausbildung der Betriebsfeuerwehren zum Einsatz. Die Ausbildungshilfe der Berliner Feuerwehr, dankbar von der Gesellschaft begrüßt, hat die Ausbildungsmöglichkeiten nicht unerheblich erweitert.



## Ölwehrräte für Feuerwehr und THW

Der für den Umweltschutz zuständige Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Günter Flessner, übergab am 19. Februar 1982 in Kiel Einsatzgeräte für die Ölschadensbekämpfung auf dem Wasser im Gesamtwert von einer Million DM an 13 Gemeinde- und Ortswehren der Freiwilligen Feuerwehr und an die THW-OV Kiel und Meldorf.

Das sei – so erklärte Minister Flessner vor zahlreichen Gästen – ein „bedeutender Schritt vorwärts in der Ölschadensbekämpfung“.

Schon 1975 hätten der Bund und die vier Küstenländer ein Verwaltungsabkommen geschlossen, um die Bekämpfung großer Ölunfälle zu koordinieren, betonte Flessner. So sei in Cuxhaven für Schadensfälle größeren Ausmaßes ein Meldekopf eingerichtet worden und auf Vorschlag des Ölunfallausschusses See/Küste (ÖSK) in dem Abkommen auch die Beschaffung und Erprobung neuer Ölbekämpfungsmittel festgehalten.

Die Bekämpfung kleinerer Ölschäden fällt allerdings nicht unter dieses Abkommen. Hier sind vom Land Schleswig-Holstein selbst vorsorgliche Maßnahmen



Minister Flessner, Landesbrandmeister und Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes Struve, THW-Landesbeauftragter Meier (von links) besichtigen die neuen Ölwehrräte.

zu treffen. Aufgrund der Lage der Schifffahrtsrouten werden diese Ölschäden fast ausschließlich im strandnahen Flachwasserbereich und nicht in der offenen See zu bekämpfen sein. Durchschnittlich käme es in Schleswig-Holstein jährlich etwa zu 250 kleineren Ölunfällen, die sich überwiegend an den Kanalausgängen in Brunsbüttel und Kiel ereignen, führte der Minister aus.

Die Container, die den Feuerwehren und dem THW übergeben wurden, enthalten alles, was zur Ölschadensbekämpfung benötigt wird, von Ölsperren zum Einfangen des Öls über Skimmer,

die in Verbindung mit einer Indexpumpe das Öl von der Wasseroberfläche absaugen, bis hin zu Auffangbehältern, ölabsorbierenden Matten sowie Sandschaufeln und Wassereimern. Die Container können sowohl zu Lande als auch mit Hubschraubern transportiert werden. Bei einem Ölschaden besteht somit die Möglichkeit, die Container in relativ kurzer Zeit an den jeweiligen Einsatzort zu befördern.

Die fünfzehn Container und Arbeitsboote (für das Ausbringen der Ölsperren auf dem Wasser) sind an der Ost- und Westküste Schleswig-Holsteins sowie in Rendsburg (Nordostsee-Kanal) und an der Kieler Förde, z. B. in der Landeshauptstadt Kiel, stationiert.

Die Ölwehr soll bei Eintritt eines Schadensfalles in zwei Stufen zum Einsatz kommen: Den „Sofort-Einsatz“ – Eingrenzen des sich ausbreitenden Öls – übernimmt die Feuerwehr. Im „Folge-Einsatz“ werden das THW oder auch Privatfirmen zur Beseitigung des Öls herangezogen.

Das THW, das sich bereits wiederholt bei Ölschadenseinsätzen bewährt hat, erhielt speziell für den Watteinsatz geeignetes Gerät und außerdem Zusatzmaterial zu der bereits vorhandenen Ausrüstung.

V.

# Hamburg



## Filmaufnahmen beim THW Hamburg-Mitte

Die interessantesten Ausbildungsabschnitte der Ganztagsausbildung des THW-Bezirksverbandes Hamburg-Mitte wurden im Februar von einem Film-Team aufgenommen: Die „Deutsche Wochenschau“ erstellte im Auftrag des Bundesministers des Auswärtigen den „Deutschland-Spiegel“, einen Filmreport, der im Ausland aktuelle Berichte aus der Bundesrepublik zeigt.



Vor der Filmkamera demonstrierte der Bezirksverband Hamburg-Mitte seine Einsatzbereitschaft.

In einem Kurzbeitrag sollte über Aufgaben, Ausrüstung und Einsatz des THW berichtet werden. Insbesondere wurden verschiedene Stationen des Bergungs- und Wasserdienstes gefilmt, wie zum Beispiel Bergen aus Höhen und Tiefen, Heben schwerer Lasten und Retten aus Wassergefahren.

Auch die Situation eines Bergungszugführers sollte aufgezeigt werden. Das Film-Team begleitete ihn zu seiner Arbeitsstätte, nach Arbeitsschluss zu seinem Dienst beim THW und zeigte, welche Aufgaben er als Zugführer einer Bergungseinheit zu bewältigen hat.

A. K.

## Dreißig Jahre THW-Landesverband Hamburg

„Ernst und dringend folgt mir eine Mahnung nach auf Schritt und Tritt: Sorge nicht nur für das Deine, sondern für das Andere mit. Demnach soll ich unterlassen, was mir von Natur angenehm, um das

Gute zu erfassen? Ei, das ist mal un bequem.“

Das THW versteht sich als humanitäre Organisation und setzt sich als solche für die Menschen ein. Schon Wilhelm Busch wußte, daß Hilfe – jedenfalls geht es aus seinem Vers hervor – nicht nur die Freuden des Erfolgs bringt, sondern daß erhebliche Mühen damit verbunden sind. Solche Mühen beziehen sich nicht nur unmittelbar auf den Hilfsbedürftigen, sondern auch darauf, eine Gemeinschaft zu schaffen und eine Form zu finden, die qualifizierte Hilfeleistung mit bestmöglicher Betreuung der Hilfeleistenden verbindet, denn es sollte so sein, daß die humorvolle Frage eines alten Helfers „Tut Helfen weh?“ auf jeden Fall mit „Nein“ zu beantworten ist.

Der erste THW-Landesbeauftragte für Hamburg, Karl Moritz, versammelte bald nach der Gründung des Landesverbandes ehrenamtliche Mitarbeiter um sich,

um die Ausbildung und Einsätze zu planen. In der Anfangszeit des THW gab es keine Gremien, die eine demokratische Mitwirkung von Helfern ermöglichten. Wie in vielen Dingen machte Hamburg hier eine Ausnahme: Es wurden schon bei der Gründung der Ortsverbände ehrenamtliche Führungskräfte hinzugezogen. Ein Ergebnis dieser Zusammenarbeit war die Gründung der ersten THW-Landesschule in Hamburg auf der Veddel. Diese Landesschule ist heute noch als Keimzelle der Katastrophenschutzschule der Freien und Hansestadt Hamburg anzusehen.

Zu allen größeren Vorhaben des Landesverbandes wurden ehrenamtliche Kräfte, die sich in einer festen Gemeinschaft zusammenfügten, hinzugezogen. Besonders sei an die Kameraden Nickel, Reckling und Bockholt erinnert. Ihre engagierte Zusammenarbeit war in solchen Zeiten, die das THW in Hamburg ohne Führung durchstehen mußte, sogar unerläßlich. Die Bedeutung dieser Arbeit ist daraus zu erkennen, daß in der THW-Leitung anerkennend vom „Senat“ des Hamburger Technischen Hilfswerks gesprochen wurde, der sich aus den Orts- bzw. späteren Bezirksbeauftragten und

anderen Mitarbeitern zusammensetzte. Sie leisteten wertvolle Arbeit, auf die sich alle späteren Landesbeauftragten gern stützten. So schätzte auch der ehemalige Landesbeauftragte und jetzige Leiter des Warnamtes I, Joachim Kneppenberg, die Zusammenarbeit mit den ehrenamtlichen Kräften und förderte sie entsprechend. Seit nunmehr zehn Jahren ist Landesbeauftragter Günter Trautvetter in Hamburg tätig. Er hat die Arbeit seiner Vorgänger weitergeführt und in dieser Zeit den THW-Landesverband Hamburg in allen Bereichen ausgebaut. G. K.

# Niedersachsen



## Seit 1963 „Abschlußprüfung Grundausbildung“

In den vier vom THW-Landesverband Niedersachsen im Jahr 1973 und weiteren von der Katastrophenschutzschule des Bundes durchgeführten Sonderlehrgängen „Prüfer Grundausbildung“ wurden bisher über 134 Helfer zu Prüfungsberechtigten ausgebildet. Das seit vielen Jahren im THW-Landesverband Niedersachsen bewährte Verfahren von Abschlußprüfungen in der Grundausbildung für alle THW-Helfer wurde 1980 dem neuen Ausbildungs- und Prüfungskatalog angepaßt.

In zwei vom Landesverband im Januar 1981 durchgeführten Sonderlehrgängen für Prüfberechtigte wurden über 100 Teilnehmer mit dem überarbeiteten Ausbildungs- und Prüfungskatalog vertraut gemacht. Diese Veranstaltungen wurden in Form von Lehr- und Arbeitsgesprächen durchgeführt, um dem Erfahrungsaustausch und der Entwicklung von Lösungsvorschlägen einen größtmöglichen Raum zu geben. Alle Prüfer haben die schriftliche Prüfung nach den neuen Unterlagen abgelegt.

Seit Beginn der „Abschlußprüfungen Grundausbildung“ im Jahre 1963 haben in Niedersachsen bis zum März 1982 insgesamt 7602 Helfer die Prüfung mit Erfolg abgelegt. Die bereits in den letzten Jahren sich abzeichnende Fluktuation unter den vom Wehrdienst freigestellten Helfern gab Veranlassung, die Ausbildungs- und Lehrgangskartei zu überprüfen. Das Ergebnis der Auswertung zeigt, daß in der Mehrzahl der Ortsverbände in den vergangenen Jahren etwa 50 bis 70 Prozent der Helfer mit abgeschlossener Grundausbildung ausgeschieden sind.

Die von den Katastrophenschutzschulen für den Lehrgangsbesuch geforderte Voraussetzung „Abschlußprüfung der



Zu den Aufgaben der Abschlußprüfung „Grundausbildung“ gehört u. a. das Ablängen eines Rundholzes mit der Säge des Bergungsbeils . . .



. . . sowie das Ermitteln von Koordinaten auf der Landkarte mit dem Planzeiger.

Grundausbildung“ kann teilweise wegen Mangels an geeigneten Ausbildern nicht erfüllt werden. Es bedarf daher vermehrter organisatorischer Anstrengungen, die verschiedentlich festgestellte Stagnation der Grundausbildung zu überwinden.

Vergleicht man allerdings die Ergebnisse der jeweils ersten Quartale des Jahres 1981 mit 26 und 1982 mit 62 geprüften Helfern, so berechtigt diese Steigerung zu der Hoffnung, daß auch auf diesem wichtigen Sektor der THW-Arbeit in Niedersachsen die insgesamt zu verzeichnende Aufwärtsentwicklung sich fortsetzt. F. L.

## Zweiter Bericht aus Kamerun von Willi Kunze

Anfang März erhielt der THW-Landesverband vom Ortsbeauftragten für Salzgitter, Willi Kunze, einen weiteren Bericht über seinen Einsatz in Kamerun. Der Brief wurde am 15. Februar geschrieben. Zu dieser Zeit ging der Lehrgang für die Ausbildung von acht Einheimischen zu Sprenghelfern bereits in die dritte Woche. Hier auszugsweise die wichtigsten Passagen aus dem Schreiben:

„ . . . Der Lehrgang ist nach manchem Hin und Her am 30. Januar angelaufen. Wir hatten am 20. Januar die kamerunische Sprenggenehmigung bekommen, da der Leiter des GTZ-Büros sofort nach Yaounde geflogen war und im Ministerium auf die Papiere gewartet hatte. Bis zum 30. Januar waren dann die Auszubildenden hier. Es sind insgesamt acht Teilnehmer, zwei aus Waza, zwei aus Maroua, drei aus Garoua und einer aus Yaounde. Bis auf einen Teilnehmer hat noch niemand ein Gramm Sprengstoff gesehen. Am 1. März kommt ein Beamter des ‚Ministère des mines‘ dazu, so daß der Lehrgang dann komplett ist.

Die praktische Arbeit der Afrikaner ist schon recht gut. Sie sehen Fehler selbst und beseitigen sie unaufgefordert. Wir haben beschlossen, die praktische Arbeit von drei auf zwei Sprengungen täglich zu reduzieren und verstärkt theoretischen Unterricht abzuhalten. Die Kandidaten des Kurses und die Führungskräfte des Steinbruches sprechen gut französisch, die Hilfskräfte jedoch nur Fulbe. Man gibt sich viel Mühe, uns Fulbe beizubringen.

Nebenbei sind wir bereits dabei, das Sprenggerätelager einzurichten. Mit meinem Kameraden Heilig aus Konstanz komme ich prächtig zurecht. Natürlich wird fleißig gegenseitig gestichelt, wie es zwischen Leuten, die südlich und

nördlich der Donau zu Hause sind, üblich ist.

Über einen besonderen Einsatz muß noch berichtet werden: Wir kamen am Freitag in Maroua an und wurden in die Familie des deutschen Experten der GTZ, Jürche, aufgenommen. Frau Jürche hatte gerade ein Schwein geliefert bekommen und war in Not, es zu schlachten und zu verarbeiten. Es wurde ein eingeborener Schlachter aufgetrieben, ein Muslim, der bereit war, das Schwein vom Leben zum Tod zu bringen, das Fleisch aber nicht verarbeiten konnte. Da mußte das THW her, das Schwein schlachten und gleich nach deutscher Art verarbeiten. Als der Tierarzt zur Fleischschau kam, wollte er uns gleich beauftragen, am Sonntag bei ihm ein Rind zu schlachten. Da mußten wir ihm jedoch sagen, daß auch das deutsche THW Grenzen seiner Leistungsfähigkeit hat und wir ihm nicht helfen könnten.

Inzwischen sind wir in die europäische Gemeinschaft in Maroua gut aufgenommen worden, da wir die Wochenenden hier verbringen ..."

### Wachwechsel in Uelzen

Der bereits im letzten Jahr angekündigte Wachwechsel in der Führung des THW-OV Uelzen wurde anlässlich der Jahreshelferversammlung nun offiziell vollzogen: Rudolf Froin, mit 23jähriger Tätigkeit Niedersachsens dienstältester Ortsbeauftragter, legte sein Ehrenamt in jüngere Hände. Als Kreisbeauftragter wird der Bürgermeister von Uelzen dem THW aber auch weiterhin zur Verfügung stehen.

Mit Wirkung vom 1. Februar 1982 wurde Wolfgang Deuter, langjähriger Zugführer und Stellvertreter Froins, zum neuen Ortsbeauftragten bestellt. Mit der Amtsübernahme ist gleichzeitig auch ein Generationswechsel vollzogen worden.

Im Verlauf der Versammlung wurden besonders verdiente Helfer durch Landes-



Glückwunsch des alten Ortsbeauftragten für seinen Nachfolger (von links): Rudolf Froin, Eckhard Leiser und Wolfgang Deuter.

beauftragten Eckhard Leiser ausgezeichnet. Das THW-Ehrenzeichen in Silber erhielt Georg Mengele, mit viermaliger Teilnahme am Bundeswettkampf einer der erfahrensten Gruppenführer des THW in Niedersachsen. Gold mit Kranz gab es für Heinrich Clasen, Peter Sühnhöhl und für den frischgebackenen Ortsbeauftragten Wolfgang Deuter. R. B.

### Dreißig Jahre THW-Landesverband Niedersachsen

Am 1. April 1952 nahm der erste THW-Landesbeauftragte für Niedersachsen, Dipl.-Ing. Otto Fenselau, mit seinen beiden Mitarbeitern Opitz und Piepenbrink in Hannover den Dienstbetrieb auf. In Ermangelung eigener Büroräume fanden die Besprechungen im Freien oder, bei schlechtem Wetter, in Cafés und Bierstuben statt. In der zweiten Juni-Hälfte 1952 wurde ein Stockwerk in einem neuen Bürohaus in Hannover angemietet.

Zu dieser Zeit waren die ersten 170 Helfer verpflichtet worden. Zum Jahresende waren es bereits 1700, Ende 1953 hatte sich mit 3700 Helfern die Zahl mehr als verdoppelt. Ein Jahr später, 1954, waren noch einmal 1000 Helfer hinzugekommen.

Zu Beginn des Jahres 1953 trafen die ersten Gerätesätze ein, und im Laufe des Jahres wurde in den Ortsverbänden die Periode des Improvisierens um die des systematischen Vorgehens ergänzt. Die Gruppen durchliefen die Sparten der Grundausbildung; im Frühjahr 1953 gin-

gen Ausbilder aus Niedersachsen zum ersten Kabel- und Freileitungsbaulehrgang nach Marienthal.

Mit dem Abstellen einer Gruppe niedersächsischer THW-Helfer ins benachbarte Holland nach der verheerenden Flutkatastrophe im Jahre 1953 begann im Landesverband Niedersachsen das Einsatzgeschehen. Um nur die wichtigsten Einsätze zu nennen: 1956 und 1958 Überschwemmungen im Weser-, Aller- und Leinegebiet, 1962 Flutkatastrophe in Hamburg und an der Nordseeküste, 1963 Grubenunglück in Lengede, 1970 Brückenbau in Tunesien, 1972 Orkan in Norddeutschland, 1973 Äthiopien-Einsatz mit starker niedersächsischer Beteiligung, 1975 Großbrände in der Lüneburger Heide, 1976 Sturmflut mit besonders verheerender Wirkung im Raum Stade, im gleichen Jahr Bruch des Elbe-Seiten-Kanals in der Nähe von Lüneburg, Schneenotstand 1979 und Großeinsätze bei Überschwemmungen im März und Juni 1981.

Zu Beginn des vierten Jahrzehnts seines Bestehens präsentiert sich der THW-Landesverband Niedersachsen mit 70 hauptamtlichen Mitarbeitern und rund 6500 Helfern in 80 Ortsverbänden sowie einem gerade in den letzten Jahren ständig modernisierten Bestand von 670 Kraftfahrzeugen und diverser Großgerät in guter und einsatzbereiter Verfassung, auch wenn die knappen Finanzmittel immer wieder zu etwas zwingen – was den THW-Angehörigen der Gründungsjahre selbstverständlich war –, nämlich zum Improvisieren. R. B.

### Nachruf

Wir trauern um unseren Kameraden

**Gert Heinemann**

\* 23. 4. 1939 † 17. 1. 1982

Er war seit 1966 als Helfer und Förderer dem THW-OV Braunschweig eng verbunden. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Ortsbeauftragter und Helfer des Ortsverbandes Braunschweig

## Nordrhein-Westfalen



### Viehtransporter verunglückt: THW half bei der Bergung von Schafen

„Schafrtransporter auf der A 44 Höhe Alsdorf verunglückt. Wir benötigen dringend Helfer und Fahrzeuge des THW!“ Dieser Anruf der Autobahnwache Eschweiler beim Aachener THW-Geschäftsführer löste einen der bisher schwierigsten Einsätze des THW aus.

Das war geschehen: Ein Viehtransporter mit 329 Schafen, auf der Fahrt von Polen nach Belgien, war bei einem plötzlichen Bremsmanöver auf der Autobahn ins Schleudern geraten und umgestürzt.

Das Fahrzeug blieb auf der Seite liegen. Von den in vier Etagen untergebrachten Tieren war ein Teil sofort tot, viele Schafe wurden verletzt. Die Tiere aus der obersten Etage waren hinausgeschleudert worden und liefen in Panik, zum

Teil schwerverletzt, über die Autobahn. Die Polizei sperrte die Fahrbahnen, gemeinsam mit Autofahrern wurden die Tiere in einen provisorischen Pferch getrieben.

Der THW-OV Aachen beorderte sofort zwei Bergungsgruppen zur Einsatzstelle, der OV Stolberg entsandte sieben Helfer des Instandsetzungszuges. Der Ortsbeauftragte des nahegelegenen OV Alsdorf begab sich zur Einsatzstelle, um die ersten Maßnahmen zu koordinieren.



Den THW-Helfern bot sich ein schlimmes Bild: Auf dem Mittelstreifen lagen Tierkadaver, verletzte Tiere wurden auf einen Wagen des Schlachthofes Eschweiler verladen. Die Mehrzahl der Schafe befand sich aber noch in dem umgestürzten Viehtransporter. Die unten liegenden Tiere waren bereits durch die Last der auf ihnen liegenden erstickt, dazwischen zahlreiche lebende, zum Teil verletzte Tiere.

Der zwölf Meter lange Sattelaufleger war in drei Etagen von jeweils einem Meter Höhe aufgeteilt, zwischen den Achsen befand sich eine weitere Transportplattform. In der Länge waren diese Plattformen durch halbhohle Wände unterteilt. In dem umgestürzten Wagen waren so Gänge von einem Meter Breite und 1,20 Meter Höhe entstanden. Infolge der Panik nach dem Unfall bedeckte die Wände Tierkot, Urin und verdorbenes Stroh.

Die Bergungsaktion wurde für die Helfer zu einer kaum vorstellbaren Strapaze: Mehrere eingeklemmte und verletzte Tiere mußten im Fahrzeug notgeschlachtet werden. Die über und über mit Kot beschmierten Helfer mußten mehrfach das Fahrzeuginnere verlassen, um sich an der frischen Luft zu erholen. Trotz dieser widrigen Bedingungen ging die Bergung zügig voran. Wichtig war vor allem, die noch lebenden Tiere zu befreien und größere Verluste zu vermeiden.

Die verletzten Tiere wurden, soweit sie nicht an der Einsatzstelle notgeschlachtet werden mußten, zum Schlachthof



**Sicherung der Unfallstelle: Zunächst mußten die in Panik geratenen Schafe zusammengetrieben werden.**



**Die unverletzt gebliebenen Tiere wurden unter Mithilfe der THW-Männer in den wieder auf die Räder gestellten Transporter verladen.**

Eschweiler gebracht. Die THW-Helfer verladen die toten Tiere auf einen Lkw einer Abdeckerei aus Linnich. Die Polizei bemühte sich inzwischen vergeblich, einen anderen Viehtransporter für den Weitertransport der Schafe nach Belgien aufzutreiben. Deshalb wurde das THW gebeten, Fahrzeuge für den Abtransport der Schafe bereitzustellen. Gemeinsam mit drei Landwirten, die mit Treckern und kleinen Viehtransportanhängern erschienen waren, wurden die Schafe zur Zollstation Lichtenbusch an der deutsch-belgischen Grenze gebracht. Dort war ein kleiner Tierperch vorhanden, in dem

die meisten Schafe vorübergehend untergebracht werden konnten. Das THW stellte einen großen Lkw mit Plane und einen MLW bereit. So konnten alle Schafe abtransportiert werden. Weil ein Ersatzfahrzeug fehlte, sollte der Sattelaufleger, der noch fahrbereit war, zum Weitertransport der Schafe benutzt werden. Die Zugmaschine mußte ausgetauscht werden. Beim Aufrichten des Lastzuges durch einen Kranwagen gab es nochmals kurze Aufregung: Der vollgefüllte Kraftstofftank riß auf, mehrere 100 Liter Dieselmotorkraftstoff ergossen sich über die Autobahn. Mit Ölbindemitteln der Autobahnmeisterei konnte die Gefahr jedoch schnell beseitigt werden. Während die stark verschmutzten Helfer sofort zur Unterkunft zurückfuhren, half eine andere Gruppe beim erneuten Verladen der Schafe an der Grenze in Lichtenbusch. Von der Spedition war inzwischen eine Zugmaschine aus Ostende als Ersatz für das Unfallfahrzeug beordert worden. Nach Überprüfung und Herrichten des Sattelauflegers ging es an das Verladen der Schafe. Bilanz dieses ungewöhnlichen Einsatzes: 118 tote Schafe verladen, 24 Schafe notgeschlachtet, 187 überlebende Tiere, eine Zugmaschine mit Totalschaden, zwei stark nach Schafen riechende Lkw des THW, die mit Spezialmitteln gereinigt werden mußten, 29 schmutzige, erschöpfte, aber mit ihrer Arbeit zufriedene THW-Helfer, eine Anzahl ebenfalls nicht gerade wohlriechender Polizeibeamter, Feuerwehrmänner und freiwillige Helfer. E.

## Rheinland-Pfalz



### THW-Ehrenzeichen für Matthias Frings

THW-Landesbeauftragter Dr. Dölbör ehrte in einer Feierstunde Mitarbeiter des THW-OV Andernach. Orts- und Kreisbeauftragter Matthias Frings erhielt das THW-Ehrenzeichen in Silber, Zugführer Benno Sombrutzki wurde mit dem THW-Helferzeichen in Gold mit Kranz geehrt, die Helfer Dr. Kurt Helmes, Winfried Heuft und Helmut Neunheuser wurden mit dem Helferzeichen in Gold ausgezeichnet. Wolfgang Besse, Carlo Ehl, Alfred Keller, Artur Fuhrmann, Gert Mittler, Helmut Neunheuser, Erwin Robe und Benno Sombrutzki erhielten für zehnjährige Mitgliedschaft im THW eine Ehrenurkunde.

Frings habe in 14 Jahren den Ortsverband zu einem festen Bestandteil des Katastrophenschutzes im Raum Andernach gemacht. Doch dieser Platz in der Kette der Hilfsorganisationen war nur



**Ehrungen im THW-OV Andernach (von links): Landesbeauftragter Dr. Dölbör, Zugführer Sombrutzki, Ortsbeauftragter Frings, Gruppenführer Besse, Helfer Neunheuser und Heuft.**

durch die engagierte Mithilfe aller Führungskräfte und Helfer des Ortsverbandes zu erreichen, führte Dr. Dölbör vor zahlreichen Gästen aus. E. R.

### Informationsfahrt der THW-Landesbeauftragten

Anlässlich der turnusmäßigen Tagung der THW-Landesbeauftragten an der Katastrophenschutzschule des Bundes in Ahrweiler unternahm die Teilnehmer

eine Fahrt an die Mosel. Neben dem gesellschaftlichen Aspekt stand auch die Information über die vom jüngsten Hochwasser am stärksten heimgesuchten Landstriche auf dem Programm. Initiator dieser Fahrt war Dr. Friedrich Dölbör, der als Landesbeauftragter für Rheinland-Pfalz sozusagen als Gastgeber fungierte. Während der Fahrt von Ahrweiler durch die Eifel an die Mosel informierte er seine Kollegen über die Besonderheiten des Berglandes, das von Rhein und Mosel eingegrenzt ist.

Neben den Landesbeauftragten nahmen auch THW-Direktor Hermann Ahrens, die Referatsleiter des Bundesamtes für Zivildienst und die Leiter der Katastrophenschutzschule an der Fahrt teil. Sie wurden vom Bürgermeister der Stadt Cochem auf der Reichsburg empfangen. Cochem, eine Urlaubsstadt mit der dritthöchsten Übernachtungszahl an Touristen in Deutschland, habe auch durch die unzähligen Hochwasser traurige Be-



Immer wieder wird das Moseltal vom Hochwasser heimgesucht.

rühmtheit erlangt, führte Bürgermeister Hoffmann aus. Dabei würdigte er die Verdienste des THW, das in Cochem mit der Feuerwehr stets ein Stützpfiler bei Hochwassereinsätzen sei.

Von Cochem führte die Fahrt zur Staustufe und Zentralwarte der Mosel-Staustufen und Kraftwerke in Fankel. Der Vertreter der Mosel-Kraftwerke GmbH erläuterte die Aufgabe der Zentralwarte und führte die Gäste anschließend zu einer Besichtigung der Staustufe. Oberstudiendirektor Schommers, Bürgermeister der Gemeinde St. Aldegund, ein bekannter Heimatforscher, erklärte auf der anschließenden Fahrt nach Briedel Landschaft, Kultur und Geschichte der Mosel.

Unterbrochen wurde die Fahrt in Zell. Hier informierten sich die THW-Vertreter über die großflächigen Überschwemmungen bei Hochwasser in der „Schwarze-Katz-Stadt“. Ähnlich wie Cochem wird auch dieser Touristenort jährlich mehrmals von einer Flutwelle der Mosel heimgesucht. Die Bekämpfung des Hochwassers stellt die Bevölkerung

und die Katastrophenschutz-Organisationen in Zell aufgrund der geographischen Lage vor ganz andere Probleme wie z. B. in Cochem. E. R.

### Gemeinsam geht's besser!

Zusammenarbeit im Katastrophenschutz demonstrierten die Hilfsorganisationen ASB, DRK, MHD und THW auf dem Marktplatz in Bingen. „Ihre Arbeit ist guter Ausdruck wachen Bürgersinns!“ rief Oberbürgermeister Erich Naujack den Mitarbeitern der Katastrophenschutz-Organisationen bei der Eröffnung der Ausstellung zu. Er dankte auch für die gute Zusammenarbeit der Organisationen mit Polizei und Feuerwehr.

Viele Vorführungen und das Darstellen von Hilfsmaßnahmen rundeten neben der Präsentation der Fahrzeuge und Geräte das Bild von der Arbeit im Katastrophenschutz ab. Der THW-OV Bingen zeigte den interessierten Besuchern die



Die Katastrophenschutz-Organisationen zeigten auf dem Marktplatz in Bingen ihre Einsatzfahrzeuge und Geräte.

Ausrüstung eines Trupps des Wasserdienstes und erläuterte die Geräte der Einsatzfahrzeuge. E. R.

### Einsatzfahrt nach Koordinaten

Mit einer Einsatzübung und praktischer Hilfe wurde vom THW-OV Landau eine Ausbildungsveranstaltung kombiniert, deren Aufgabe darin bestand, einen durch Schnee und Windbruch umgestürzten Baum zu bergen. Der Einsatzort war den Führungskräften nur durch Angabe von Koordinaten bekanntgegeben worden. Zugführer Werner Uhrig und 14 Helfer errechneten anhand von Kartenmaterial den Einsatzort: Es war ein Fischweiher in der Nähe von Neustadt a. d. W.

Zu beachten war, daß weder der Springbrunnen in der Mitte des Weihers, auf den die Krone des Baumes gefallen war, noch das auf einer Insel stehende Schwanenhaus beschädigt werden durften. Ein behutsames Arbeiten war also erforderlich. GKW und Führungsfahrzeug fanden sich nach 30 km Fahrt am Einsatzort ein. Da der Baum zum größten Teil im Wasser lag, konnte der Stamm nur von Helfern in Wasserhosen vom in der Erde noch befindlichen Wurzelwerk gelöst werden. Eiskaltes Wasser erschwerte die Arbeiten.

Mit einbrechender Dunkelheit – Helfer leuchteten die Einsatzstelle aus – konnte der Baum mit der Seilwinde aus dem Weiher geborgen werden. E. R.

## Saarland



### THW-Ehrenzeichen für Ministerialrat Grundmann

Mit dem THW-Ehrenzeichen in Silber wurde der Leiter des Referates „Katastrophenschutz und Rettungsdienst“ im Ministerium des Innern der Regierung des Saarlandes, Ministerialrat Hans Grundmann, im Rahmen einer Tagung der Kreis- und Ortsbeauftragten des THW-Landesverbandes Saarland ausgezeichnet. In seiner Ansprache würdigte THW-Direktor Hermann Ahrens die Verdienste Grundmanns, der schon fast zehn Jahre lang diesem Grundsatzreferat im saarländischen Innenministerium vorsteht.

Grundmann betonte in seiner Dankesrede, er sehe die Auszeichnung als Anerkennung für die Arbeit seines gesamten Referates an. Er habe sich immer wieder persönlich davon überzeugen können,



Ministerialrat Grundmann nimmt aus der Hand von THW-Direktor Ahrens das THW-Ehrenzeichen entgegen. Sichtlich erfreut ist auch Innenminister Wicklmayr (2. v. l.).

daß das THW die ihm gestellten Aufgaben pflichtgemäß im Zusammenwirken mit den anderen Katastrophenschutz-Organisationen erfülle.

Saarlands Innenminister Dr. Rainer Wicklmayr brachte seine Freude über

die hohe Auszeichnung eines seiner Mitarbeiter zum Ausdruck. Anschließend ging er auf die Aufgaben des Katastrophenschutzes ein, dessen Helfer sich dem Gemeinwohl verschrieben hätten. „Dieses Leitbild“, führte der Innenminister in seiner engagierten Rede aus, „müssen wir pflegen.“ Er schloß mit einem Dank an alle Helfer des Katastrophenschutzes. G. F.

### Besuch aus Bonn

Die Junghelfer des THW-OV Saarlouis konnten die Jugendgruppe des Ortsverbandes Bonn-Mitte zum zweiten Male als Gast an der Saar begrüßen. Bereits 1978 kam es zu ersten Kontakten mit den Junghelfern vom Rhein und deren Ausbilder. Das Programm, das die Saarlouiser Gastgeber mit ihrem Jugendgruppenleiter Peter Dressler zusammen-

gestellt hatten, war sehr interessant, die Stimmung während des gesamten Besuchs recht ausgelassen und die Kameradschaft so gut, daß man spontan beschloß, dies dürfe nicht die letzte Zusammenkunft beider Gruppen gewesen sein. So waren dann die Saarlouiser Jungen 1979 zu Gast in der Bundeshauptstadt.

Nach einem Jahr Pause fanden die Bonner wiederum den Weg nach Saarlouis. Drei Tage lang wurde die Unterkunft zur „Jugendherberge“ umfunktioniert. Auf dem Programm standen neben gemeinsamen Ausbildungsmaßnahmen (Bergen aus Höhen und Holzbearbeitung) auch ein Besuch des Senders Europa I, die Besichtigung eines Wasserwerks der Stadt Dillingen und ein Bummel durch die Saarlouiser Altstadt.

Heiß her ging es bei einem Fußballturnier in der Steinrauschhalle. Gewonnen hatten schließlich alle, denn obwohl verbissen gekämpft wurde, war der sportliche Erfolg letzten Endes nebensächlich.

Die Abende verbrachte man in geselliger Runde am Cola-Stammtisch mit Diskussionen, Gesellschaftsspielen und mit der Vorführung von Filmen.

Schließlich bleibt festzustellen, daß der Besuch auch diesmal viel zu kurz war, daß jeder sich gefreut hatte, die „alten“ Bekannten erneut zu treffen und daß man in der Hoffnung auf ein Wiedersehen auseinanderging. R. W.

### THW-Helfer als Bergsteiger

Hoch hinaus mußten die Helfer des THW-OV Lebach. Die Gemeinde Schmelz hatte um Hilfe gebeten: Von einem Steilhang drohten Stein- und Felsbrocken in einen angrenzenden Garten zu fallen.

Abgesichert durch Halteleinen kletterten die Helfer nach Bergsteigerart zu der Gefahrenstelle und lösten gelockerte Felsbrocken und überstehende Steine, um die Gefahren gründlich zu beseitigen. „Es wäre eine unserer leichteren Übungen gewesen“, meinte Einsatzleiter Willi Heer, „hätte nicht das naßkalte Wetter die Arbeiten unangenehm erschwert.“ N. K.

### Lehrgang im Warnamt VII

Der THW-Landesverband Saarland führte für die THW-Mitglieder in den Stäben der Hauptverwaltungsbeamten (HVB) eine Weiterbildungsmaßnahme in den Räumen des Warnamtes VII in Weinsheim durch. Die Ausbildung übernahm der THW-Kreisbeauftragte des Stadtverbandes Saarbrücken, Dieter Meyer-Pay-

san, und Verwaltungshelfer Norbert Sperling (THW-OV Völklingen).

Zum Abschluß der Veranstaltung war eine Stabsrahmenübung eingeplant. Leider nahm die Einführung in diese Übung soviel Zeit in Anspruch, daß sie nicht durchgeführt werden konnte.

In der Abschlußbesprechung wurden weitere Themen vorgeschlagen, die bei künftigen Weiterbildungsmaßnahmen eingeplant werden sollten. Die Schwerpunkte lagen beim Abfassen von Befehlen, Lagebeurteilung und Stabsrahmenübung. H. B.

### Brückenschlag über die Blies

Das Jugendzeltlager des THW-OV Spiesen-Elversberg bot den Junghelfern eine besondere Attraktion: Sie sollten einen Faßschwimmsteg von 25 Metern Länge über die Blies bauen. Initiator dieses Unternehmens waren die Sportfreunde Reinheim, die sich im Einvernehmen mit dem THW diesen Steg als Bereicherung des Rahmenprogramms ihres parallel stattfindenden Vereinsjubiläums ausgedacht hatten.

Zuerst wurden die Junghelfer mit den Grundbegriffen desfahrens auf dem Wasser und mit den Unfallverhütungsvorschriften vertraut gemacht. Mit dem vom THW-OV Blieskastel-Aßweiler zur Verfügung gestellten DSB-Schlauchboot wurde dann ein Fünf-Kilometer-Wassermarsch auf der Blies durchgeführt. Den Junghelfern wurden die Tücken eines unbekanntes Gewässers drastisch vor Augen geführt.

Dann begannen die Junghelfer mit dem Bau des Faßschwimmstegs. Nachdem die Ufer entsprechend vorbereitet worden waren, verband man die Schwimmer mit Tragstangen und schob diese ein. Nach insgesamt sechs Stunden Arbeit war es dann soweit: Der Vorsitzende der Sportfreunde Reinheim übergab den Steg. H. M. / D. L.

### THW-OV Nonnweiler verlegte Überbrückungsleitung

Nach dem Bau des Staudamms und dem Anstau der Primstalsperre trocknete im Sommer das ehemalige Flußbett fast gänzlich aus, bis auf Abwässer aus Neuhütten/Züsch, Nonnweiler und dem nur spärlich fließenden Forstelbach. Die starke Geruchsbelästigung stieg bis zur Unerträglichkeit. Dennoch bleibt, auch in naher Zukunft der Schieber der Grundablaßleitung, die in einem Stollen der Dammsohle bis unter das Turmfundament im Staubereich führt, verschlossen. Eine nur kurzfristige Öffnung würde die Bau- und Betonarbeiten vor dem

Schieber zunichte machen, die Abwässer im Primsbett nur kurzfristig verdünnen, die Geruchsbelästigung aber nicht beseitigen. Als ungeeignet erwies sich auch der Gedanke, über die Dammkronen Brauchwasser ins Flußbett zu pumpen. Schnelle Hilfe war geboten.

Im Landesamt für Umweltschutz erinnerte sich Abteilungsleiter Baudirektor Lorton an den vorbildlichen THW-Einsatz am Bostalsee. Schnell waren die nötigen Telefonate geführt, eine Möglichkeit der Abhilfe gefunden, wenn man nur die erforderlichen Rohre zur Verfügung gehabt hätte.

Aber auch hier wußte sich THW-Geschäftsführer Walter Müller zu helfen. Bei seinem früheren Arbeitgeber, den Saarbergwerken, hatte man ein offenes Ohr für seine Sorgen. Vierzig fünf Meter lange Victaul-Schnellkupplungsrohre mit 150 Millimeter Durchmesser wurden leihweise zur Verfügung gestellt und von Helfern des THW-OV St. Wendel mit dem Lkw nach Nonnweiler transportiert. Im Einvernehmen mit der örtlichen Bauleitung legten die THW-Helfer unter der Leitung von Zugführer Harald Krämer – teils bei strömendem Regen und knöcheltiefem Schlamm – die Rohre am Rand des Baustellenbereiches bis zum Primsbett, schoben die Gummidichtungen halb und halb zwischen die Rohrenden und verschraubten die übergelegten Kupplungsschellen. Der endgültige Notleitungsanschluß erfolgte durch eine Stahlbaufirma. E. M.

### „Schöner backen“ mit dem Feldkochherd

Daß in einem Feldkochherd M 37 gebacken werden kann, ist nichts Neues und wurde in einigen THW-Ortsverbänden auch schon oft praktiziert. Jedoch mußten die Feldköche immer wieder feststellen, daß zur optimalen Ausnutzung des Herdes doch noch einige Informationen und praktische Hinweise fehlen.

THW-Landesbeauftragter Günter Faß nahm diese Ausbildungslücke wahr und knüpfte entsprechende Verbindung zum Fachleiter der Gewerbeförderungsanstalt (GFA). Der Ausbilder der GFA für Bäcker und Konditoren, Gernot Kubig, sah keine Probleme, THW-Feldköche in die Geheimnisse des Bäckerhandwerks einzuführen, um mit dem M 37 gute Backwerke herzustellen. Es wurde ein Weiterbildungsprogramm von zehn Ausbildungsabenden mit insgesamt 40 Stunden geplant.

Die Resonanz bei den Ortsverbänden war groß: Es meldeten sich 26 Feldköche, die an dieser Weiterbildung teilnehmen wollten. Da ein wirkungsvoller Un-

terricht mit 26 Teilnehmern nicht möglich war, teilte man sich in zwei Gruppen.

Das Lehrgangsprogramm war umfangreich und vielversprechend. Im einzelnen umfaßte es die Herstellung von Hefteteig (Frühstücksgebäck), Blätterteig (Schinkenpastete und Käsegebäck), Gebäck (Sandgebäck, Mürbeteig), Flechtgebäck (Zöpfe, Kränze), Weizen- und Roggengebäck (Brötchen) und als Schwerpunktausbildung Brot in allen Variationen.

Nach den einführenden Grundinformationen und Arbeiten an den Backöfen der GFA stellte sich helle Begeisterung bei den Teilnehmern ein. Als aber die Geräte des M 37 in die Backstube ge-

schleppt wurden, regte sich bei manchem Feldkoch und mancher Feldköchin Mißtrauen. Man traute diesem Herd nicht die Ergebnisse zu, die man mit den Backöfen der GFA erzielt hatte.

Nach anfänglichen Schwierigkeiten mit der Hitzeregulierung, Verwendung von Bodenblechen und Regulierung der Feuchtigkeit hatten die Feldköche alle Anfangsprobleme im Griff. Die Erfolge waren ausgezeichnet.

Zum Ende der Ausbildung lud der stv. Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer, Udo Stein, zu einer Abschlußveranstaltung ein. Hier waren außer Presse, Rundfunk, Fernsehen und Persönlichkeiten, die in engem Kontakt mit der Handwerkskammer stehen, auch alle

Kreis- und Ortsbeauftragten aus dem THW-Landesverband Saarland eingeladen.

Die beiden Ausbildungsgruppen, fünf Feldköchinnen und 21 Feldköche, zeigten zum Abschluß ihr Können und zauberten eine bunte Palette von herrlichen Backwaren auf den Tisch. Nach der Feierstunde kosteten alle Gäste und Teilnehmer davon.

In seiner Abschlußrede stellte Stein fest, daß die Zusammenarbeit mit den Helfern des THW hervorragend war und daß die Handwerkskammer alle Möglichkeiten schöpfen wird, um bei folgenden Weiterbildungsmaßnahmen dem THW entgegenzukommen. H. B.

## Bayern



### Neue Fahrzeuge für THW-OV Hof

Da standen sie vor der Unterkunft, aufgestellt zur festlichen Übergabe an die Helferschaft des THW-OV Hof: ein 16-Tonnen-Dreiseiten-Kipper, ein neuer Gerätekraftwagen vom Typ 72/7, ein VW-Kombi und ein Arbeitsboot, verlastet auf einem Bootsanhänger mit Slipanlage.

THW-Orts- und Kreisbeauftragter Hannsgeorg Krauß konnte zu der kleinen Übergabefeier neben Landesbeauftragtem Dipl.-Ing. Reiner Vorholz, Mitarbeitern der Geschäftsstelle Hof sowie Führungskräften und Helfern des Ortsverbandes auch den Oberbürgermeister der Stadt Hof, Dr. Hans Heun, sowie Angehörige der Verwaltung begrüßen.

In humorigen Worten wurde jedes neue Fahrzeug mit dem dafür ausgesonderten „Vehikel“ verglichen. Besonders herzlich dankte Krauß dem Oberbürgermeister für die finanzielle Unterstützung, aber auch den Helfern des Ortsverbandes, die durch rege Aktivitäten den Kauf des Bootsanhängers und auch die Beschaffung des Kombis „mitfinanziert“ hatten.

Landesbeauftragter Reiner Vorholz bedankte sich bei der Stadt Hof für die Unterstützung des aktiven Ortsverbandes. Als Höhepunkt der Veranstaltung überreichte er Oberbürgermeister Dr. Heun als äußeres Zeichen des Dankes und der Anerkennung die THW-Plakette. Dieter Kaiser, Kraftfahrer und Gerätehandwerker bei der THW-Geschäftsstelle Hof, erhielt für seine herausragenden Leistungen das Helferzeichen in Gold mit Kranz.



Die neuen Fahrzeuge des THW-OV Hof.



Ortsbeauftragter Krauß (4. v. r.) erläuterte den Gästen das neue Arbeitsboot.



THW und Wasserwacht suchten auf der Saale nach dem ertrunkenen Mädchen.

Oberbürgermeister Dr. Heun bedankte sich für die Ehrung, die er stellvertretend für die Stadt Hof entgegennahm. Er dankte den Helfern des Ortsverbandes, die gleichrangig mit den Kameraden der

Freiwilligen Feuerwehr und des Bayerischen Roten Kreuzes jederzeit und uneigennützig bei Gefahren ihren Mann stehen.

Der anlässlich der Feier vom Ortsbeauftragten Krauß ausgesprochene Wunsch, Fahrzeuge und Gerät mögen nie ernstfallmäßig eingesetzt werden müssen, ging nicht in Erfüllung: Bereits vier Tage später wurde der Ortsverband von der Einsatzzentrale der Polizei alarmiert: Kinder waren auf der Eisdecke der Saale eingebrochen. Für ein türkisches Mädchen kam jede Hilfe zu spät. Eine umfangreiche Suchaktion gemeinsam mit Feuerwehr und Wasserwacht mußte ergebnislos abgebrochen werden.

Einen Tag später wurde die Suche nach dem Leichnam des Kindes fortgesetzt. Nahezu 50 Helfer von Feuerwehr, Wasserwacht und THW bemühten sich im und am eiskalten Wasser der Saale. Erst als durch Öffnen einer Schütze der Wasserstand der Saale um gut einen Meter abgesenkt worden war und eine Kette von Tauchern der Wasserwacht und THW-Helfern in Pionierhosen den Flußgrund systematisch absuchte, wurde die Leiche kaum 20 Meter von der Einbruchsstelle entfernt gefunden und geborgen. H. K.

### Drei ertrunkene Kinder geborgen

Zu einem nächtlichen Einsatz wurde der THW-OV Gemünden gerufen: In dem kleinen Städtchen Rieneck bei Gemünden im Landkreis Main-Spessart wurden drei Kinder im Alter von sechs Jahren seit mehreren Stunden vermißt.

Gegen 22.00 Uhr wurden die Befürch-

tungen zur Gewißheit: Die drei Buben waren beim Spielen auf einem See ins dünne Eis eingebrochen und ertrunken. Die THW-Helfer konnten die Kinder nur noch tot bergen.

Die Rekonstruktion ergab folgenden Unfallhergang: Die Buben waren am Nachmittag zu einem Fischteich gewandert. Dort wurden sie gegen 17.00 Uhr an einem Gasthof zum letzten Male gesehen. Die Eltern vermißten ihre Buben bei Einbruch der Dunkelheit und fragten zunächst beim Lehrer an. Als gegen 20.00 Uhr immer noch keine Nachricht von den Kindern vorlag, alarmierte der Bürgermeister die Hilfsorganisationen. Der THW-OV Gemünden rückte mit 15 Helfern, VW-Kombi, Mannschaftskraftwagen, Gerätekraftwagen, Kipper und einem Schlauchboot aus. Die Einsatzleitung lag in den Händen des Ortsbeauftragten Wolfgang Wagler.

Es begann eine große Suchaktion, an der sich viele Einwohner, THW, Feuerwehr, Polizei und Rotes Kreuz beteiligten. Die Suche konzentrierte sich zunächst auf den Wildwasserfluß Sinn, da man vermutete, daß die Kinder in die Fluten gefallen waren. Von einem Schlauchboot aus leuchtete das THW mit starken Lampen die Ufer ab. Es war gegen 22.00 Uhr, als Fußspuren auf dem Eis eines Sees entdeckt wurden. Etwa 15 Meter vom Ufer entfernt war ein auffälliges Loch auf der Eisfläche zu sehen.

Scheinwerfer, das THW mit Arbeitsboot und der Notarztwagen des Roten Kreuzes wurden zum See beordert. Gegen 22.45 Uhr sah der Suchtrupp Schatten im Eisloch. Auf dem Grund des nur etwa 1,80 Meter tiefen Gewässers erblickten die Helfer im Licht der Scheinwerfer die toten Buben.

Alle Bemühungen, die Kinder durch Wiederbelebungsversuche ins Leben zurückzuholen, blieben ohne Erfolg.

M. M.

### Jagdflugzeug aus dem Zweiten Weltkrieg ausgegraben

Die Ausgrabungsaktion eines in den letzten Kriegstagen des Zweiten Weltkriegs abgeschossenen deutschen Jagdflugzeugs Me 109 erweckte überregionales Interesse. Zusammen mit Regierungsrat Förster und dem Katastrophenschutzbeauftragten Purzer informierte sich auch Landrat Alois Kremer über den Stand der Arbeiten. Unterstützt wurden die Ausgrabungen von Helfern des THW-OV Lauf.

Geborgen wurde der Motor des Flugzeugs, eine Panzerplatte, die als Schutz für den Piloten an der Rückseite seines Sitzes diente, Munition verschiedenen Kalibers, eine 2-cm-Kanone sowie ein Maschinengewehr.

R. Z.

### Dramatische Rettungsaktion

Mit Schürfwunden, Quetschungen und einem Schock kam ein 17jähriges Mädchen aus Frankfurt davon, das fast neun Stunden lang in einer Felsspalte in der Hoberg-Höhle bei Sorg eingeklemmt war. In einer komplizierten Rettungsaktion bei Nacht gelang es der Bergwacht und dem THW, das Mädchen aus seiner gefährlichen Lage zu befreien. Der Not-



Der Notarzt stellte fest: Keine ernsthaften Verletzungen.



Beschwerlich gestaltete sich der Abtransport der Verunglückten.

arzt sah für das Mädchen zwar keine weitere Gefahr – von einer totalen Erschöpfung abgesehen –, ließ es jedoch nach Forchheim zur genaueren Untersuchung bringen.

Das Mädchen gehörte zu einer 15köpfigen Jugendgruppe aus Frankfurt, die in der Fränkischen Schweiz Ferien machte. Untergebracht waren die jungen Leute in Etdorf. Bereits Mitte der Woche hatten Mitglieder dieser Jugendgruppe die Hoberg-Höhle – sie liegt etwa zwei Kilometer von Sorg entfernt in der Nähe des „Signalfelsens“ – besichtigt und wollten diese Exkursion wiederholen.

Etwa gegen 15.30 Uhr, so schilderte ein Mitglied der Gruppe die Geschehnisse, seien zehn junge Leute in die Höhle eingestiegen. Nach einer gründlichen Erforschung des Gängegewirrs sei das Mädchen im sogenannten „Iglu“ – einem kleinen Gewölbe – ausgerutscht und in einen engen Spalt gefallen. Versuche, sich zu befreien, führten dazu, daß das Mädchen noch tiefer rutschte. Auch die Kameraden konnten die Verunglückte nicht aus dem Spalt bergen.

Bei Bauern der Umgebung besorgte man Werkzeug und weitere Handlampen; die Bemühungen blieben jedoch

erfolglos. Erst gegen 22.00 Uhr wurden Bergwacht und Polizei verständigt, die sogleich eine größere Rettungsaktion einleiteten.

Ein Polizeibeamter stieg in die Höhle ein, um die Aktion unter Tage zu koordinieren. Er veranlaßte, daß auch das THW hinzugezogen wurde, da man befürchtete, den Spalt aufmeißeln zu müssen.

Gegen 1.30 Uhr traf das THW in Sorg ein. Die notwendigen Gerätschaften, darunter auch ein Notstromaggregat, mußten in Schneewannen durch das unwegsame Gelände zur Unglücksstelle geschafft werden.

Am Höhleneingang herrschte zu der Zeit reger Betrieb. Unter der Leitung von Polizeioberkommissar Walter Mehlich arbeiteten Bergwacht und THW fieberhaft daran, eine Stromleitung zur Unglücksstelle zu legen. Die Arbeit wurde erschwert durch die Enge der Höhle. Selbst eine Kabeltrommel ging nicht durch den Spalt, man mußte aus dem zwei Kilometer entfernten Fahrzeug in Sorg erst Verlängerungskabel heranschaffen, damit die Helfer in der Höhle mit Licht arbeiten konnten.

In der Zwischenzeit ließ Einsatzleiter Mehlich eine kleine Schlagbohrmaschine beschaffen. Mit dem Preßlufthammer – so hatten die Helfer in der Höhle festgestellt – konnte wegen der Enge nicht gearbeitet werden. Mitten über diesem neuen Problem kam plötzlich die Nachricht aus der Höhle, man habe das Mädchen endlich befreien können – keiner konnte sich danach erinnern, wie es eigentlich zustande kam. Die Bergwacht bereitete den Rettungsschlitzen vor, der Notarzt bezog am Schachteingang Position.

Es dauerte allerdings noch eine gute halbe Stunde, bis die Helfer die Verunglückte die rund achtzig Meter bis zum Schachteingang gebracht hatten. Um 3.45 Uhr übernahm der Notarzt seine Patientin und stellte mit großer Erleichterung fest, daß offensichtlich nichts gebrochen und auch der Kreislauf einigermaßen stabil war.

Danach begann ein beschwerlicher Aufstieg mit dem Rettungsschlitzen durch den Wald und den steilen Hang nach Sorg. Bei Fackelbeleuchtung arbeiteten sich die Männer der Bergwacht mit ihrer Last den zertretenen Schneepfad hinauf. Als das Mädchen schließlich gegen 4.30 Uhr glücklich im Notarztwagen lag, gab es ein allgemeines Aufatmen.

Müde und erschöpft machten sich Bergwacht, THW und Polizei an die „Aufräumaktion“: das gesamte Gerät mußte zurück zu den Fahrzeugen geschafft werden.

H. G.

## Ein einsatzreicher Monat

54 THW-Helfer waren insgesamt 34 Stunden bei fünf Lkw-Unfällen im Einsatz. Das war selbst den Helfern des THW-OV Erlangen fast zuviel.

Von morgens um drei Uhr bis zum Nachmittag waren die Helfer beschäftigt, um einen umgestürzten, mit Sojaschrot beladenen Lastzug soweit zu entladen, daß er wieder auf die Räder gestellt werden konnte. Die Zusammenarbeit mit der Feuerwehr und privaten Unternehmen war beispielhaft.

Vier Tage später geriet an fast gleicher Stelle wieder ein Lkw von der Fahrbahn ab. Dabei kippte die mit Stückgut beladene Zugmaschine um. Über eine schiefe Ebene entluden zwölf THW-Helfer fünf Stunden lang Zugmaschine und Anhänger und machten somit die Bergung des Gespanns möglich.

Vierzehn Tage später kam zwischen den Autobahn-Anschlußstellen Erlangen und Höchststadt-Ost ein dänischer Lkw infolge Schneeglätte ins Schleudern. Das schwere Gefährt durchbrach die rechte Leitplanke und stürzte die Böschung hinunter. Sieben THW-Helfer bargen sieben Stunden lang die süße Ladung, bestehend aus Schokoladenartikeln.



THW-Helfer entluden den Lkw und machten die Bergung des Gespanns möglich.



Noch in der Nacht halfen die THW-Helfer bei den Umladearbeiten.

Einige Tage später folgte der nächste Einsatz: Zwischen Tennenlohe und Nürnberg-Nord war ein Getränke-lastzug über einen auf der Fahrbahn liegenden Reifen gefahren. Dabei verlor der Fahrer die Herrschaft über sein Fahrzeug: An-

hänger und Zugmaschine überschlugen sich mehrmals. Die gesamte Ladung ging zu Bruch und blockierte fünf der sechs Fahrspuren. Vier Stunden lang waren zehn THW-Helfer und ebenso viele Feuerwehrmänner damit beschäftigt, den Bruch von der Fahrbahn zu kehren. Mit dem Frontlader wurden die Scherben dann auf THW-Lkw geladen und zum Schuttplatz transportiert.

Zehn Tage später ereignete sich der letzte Unfall dieser Unglücksreihe: Ein mit Mülleimern und Brotdosen beladener Lkw war in Höhe der Rastanlage Aurach auf einen Tankzug aufgefahren. Es waren neun Helfer sechs Stunden im Einsatz, um die Ladung zu bergen.

K. D. Sch.

## Nachruf

Wir trauern um unseren Helfer

### Eduard Kagleder

Der Verstorbene war Gründungsmitglied des THW-OV Passau. Wir haben ihn als beliebten und pflichtbewußten Helfer kennengelernt.

Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Helfer und der Ortsbeauftragte des THW-OV Passau

# Warndienst



## Ehrung für zwanzigjährige Mitarbeit im Warndienst

Inzwischen kann der Warndienst auf ein über zwanzigjähriges Bestehen zurückblicken. Dieses Wirken zum Schutze der Bevölkerung hat sich in einer permanent positiven Weiterentwicklung vollzogen, und zwar nicht zuletzt deshalb, weil der Warndienst seit seinen Anfängen durch freiwillige Helfer unterstützt wird.

Aufgrund persönlicher Vorstellungen und Wünsche sind die Helfer zum Warndienst gekommen und haben sich dort in der Regel zu einer zehnjährigen Mitarbeit verpflichtet. Es gibt unter den Helfern inzwischen ein „Stammpersonal“, das bereits in den frühen 60er Jahren dem Warndienst Hilfe anbot und auch heute noch mitarbeitet. Es wurde nun ein Modus gefunden, diese treuen Mitarbeiter zu ehren; dies war notwendig, weil die seit 1970 gültigen Richtlinien für die Verleihung von Ehrenurkunden und Ehrennadeln eine über zehn Jahre hinausgehende Mitarbeit nicht berücksichtigen.

Die neuen Richtlinien, die im Spätherbst 1981 erstmalig angewendet wurden,

eröffneten die Möglichkeit der Ehrung und Auszeichnung von sechs Helfern, die inzwischen den Status von „Mitarbeitern in besonderer Funktion“ besitzen.

Ausgezeichnet wurden Jonny Bockelmann, Wilhelm Lobstedt, Hans Woehker (Warnamt II), Armin Kitzmann (Warnamt IV), Wolfgang Tolkmitt (Warnamt V), Kurt Grehl (Warnamt X).

Die Ehrungen wurden vom Abteilungsleiter Warndienst, Ltd. Baudirektor Dr. August Jürgen Maske, und seinem Vertreter, Regierungsdirektor Heinz Albert, vorgenommen.

## Nachruf

Am 31. Dezember 1981 verstarb nach langer, schwerer Krankheit der langjährige Einsatzleiter des Warnamtes IV

### Josef Witting

Witting, geboren am 15. Februar 1922, trat am 1. August 1968 in den Bundesdienst ein und wurde Einsatzleiter im Warnamt IV. Aufgrund seiner Tätigkeit

als Maschinen- und Betriebsführer – sein Berufsleben begann 1937 im Bergbau – wurden ihm die Aufgaben des Sachgebiets „Maschinen- und Betriebstechnik“ übertragen.

Mit Beginn des Jahres 1979 übernahm Witting die Leitung des Sachgebiets 1 und wurde zudem mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Leiters des Warnamtes IV beauftragt. Im April 1980 machte es ihm eine schwere Operation für vier Monate unmöglich, seinen Dienst zu versehen. Sein unermüdlicher Schaffensdrang ließ ihn jedoch seine Arbeit halbtags wieder aufnehmen, bis er sich aus Gesundheitsgründen ab Oktober 1980 aus dem aktiven Dienst zurückziehen mußte.

Witting stand auch nach dieser aktiven Zeit den Einsatzleitern des Warnamtes IV mit seiner reichhaltigen Erfahrung zur Seite.

Wir werden Josef Witting, seinen unermüdlichen Einsatzwillen und seine freundliche, menschliche Wesensart in ehrender und bleibender Erinnerung behalten.

Dr. Willebrand, Warnamtsleiter



Mit dem Beitrag setzt das Deutsche Rote Kreuz die Folge von Darstellungen fort, die der Beschreibung und Standortbestimmung seines Zivilschutz- und Katastrophenschutz-Potentials dienen. In einer der letzten Ausgaben des Zivilschutz-Magazins war der Hilfszug des DRK als „Sondereinheit“ vorgestellt worden.

Im folgenden sollen Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes auf Landesebene vorgestellt werden, die ebenfalls nicht auf der Grundlage des Gesetzes über die Erweiterung des Katastrophenschutzes vom 9. 7. 1968 (BGBl. I S. 776) entstanden sind und an denen das DRK beteiligt ist. Beginn und Aufbau dieser Einrichtungen liegen zeitlich vor der Verabschiedung des genannten Gesetzes und geben recht unterschiedliche Antworten auf die Forderung nach wirksamem Katastrophenschutz.

## Die „Schnelleinsatzzüge“ (SEZ) in Hessen

Das **Konzept** der SEZ wurde 1964 ins Leben gerufen. Den Hintergrund dazu bildeten die Erfahrungen aus der Flutkatastrophe in Hamburg, die Erdbeben von Skopje und Agadir und die Bergwerksunfälle von Lengede und Luisental.

Die SEZ sind für einen Schnelleinsatz bei Katastrophen und größeren Unglücksfällen gedacht. Bis 1977 wurden 41 Schnelleinsatzzüge aufgestellt. Davon befinden sich 37 beim Deutschen Roten Kreuz, drei beim Arbeiter-Samariter-Bund und einer bei der Johanniter-Unfall-Hilfe.

Die Schnelleinsatzzüge sind den ländlichen Gebieten zugeordnet, d. h. daß den großen Städten, die über ein ausreichendes Katastrophen-Abwehrpotential verfügen, keine eigenen Züge zugewiesen sind.

Für die SEZ beschaffte das Land Hessen die Kraftfahrzeuge und die Ausrüstungsgegenstände, die Hilfsorganisationen stellen das Personal. Durch Überlassungsvereinbarungen, mit denen die Organisationen die Ausrüstung vom Land übernommen haben, sind sie verpflichtet, diese im Katastrophenschutz einzusetzen und eine ausreichende Zahl von Helfern auszubilden.

Die DRK-Helfer erhalten ihre umfassende **Ausbildung** durch regelmäßige Schulung auf Landes- und Kreisebene durch den DRK-Landesverband Hessen.

Ferdinand Wilhelm

## Besondere Einheiten im Katastrophenschutz

Die „Schnelleinsatzzüge“ in Hessen und das „mobile Hilfskorps“ in Nordrhein-Westfalen



Im September vergangenen Jahres übten die hessischen „Schnelleinsatzzüge (SEZ)“ in Arolsen.



Zur technischen Ausstattung der SEZ gehört auch eine Wasser-aufbereitungsanlage.

Im Abstand von zwei Jahren findet zudem eine Landesübung aller SEZ (u. a. auch mit dem Hilfszug des DRK) statt. An diesen Übungen nehmen selbstverständlich die Züge von Arbeiter-Samariter-Bund und der Johanniter-Unfall-Hilfe teil.

Die letzte Übung dieser Art fand im September vergangenen Jahres in Arolsen statt. Neben der Überprüfung der Ausrüstung, Ausbildung und der Fernmeldeverbindungen des integrierten Funknetzes sahen sich die Helfer im hessischen Katastrophenschutz im Rahmen einer Ringübung (Übungszeit sechs Stunden) in unbekanntem Gelän-

de vor schwierige Aufgaben gestellt. Sie hatten die Evakuierung von 1000 Personen vorzubereiten, die vom (übungsmäßig angenommenen) Bruch der Edertalsperre bedroht waren, bei einem angenommenen Verkehrsunfall Verletzte zu bergen und zu versorgen, eine Bergung aus schwierigem Gelände vorzunehmen und die Verletzten nach ärztlicher Versorgung einem Verbandplatz zuzuführen.

Zur **Ausstattung und personellen Besetzung** der SEZ im einzelnen: Jeder SEZ verfügt über zwei Mannschaftstransportwagen, die auch als Notfallkranwagen für den Transport von je zwei

Schwerverletzten oder einer entsprechenden Anzahl Leichtverletzter eingesetzt werden können. Die MTW sind mit Funk, Verbandmaterial, „schnellen“ Arztkästen und Tragen, aber auch mit Notstrom-Aggregaten (1,5 kVA), Zelten, Lampen, Decken und Schilderkästen ausgerüstet.

Diese Ausstattung weist bereits darauf hin, daß Einsatzgrundsätze über einen Fachdienst hinausreichen und auf eine breitangelegte, schnelle Art der Hilfeleistung abzielen. So sind sie ebenso in der Lage, als Vorkommando im Sanitäts- und Betreuungsdienst eingesetzt werden zu können.

Dem entspricht auch die weitere technische Ausrüstung mit einem eigenen Gerätewagen (Ford-Transit 175). Zu dessen Ausrüstung gehört ein Notstrom-Aggregat (3 kVA), Schweißgerät, Motorsäge, Trennschleifer, Hebezeug, Greifzug und Rettungsschere sowie Asbestanzug und Scheinwerferanlage. Bei 21 SEZ befindet sich außerdem ein Wasserfilterwagen.

Die Kosten für Unterhalt, Wartung und Einsatz der Ausrüstung werden vom Land Hessen übernommen.

Die personelle Besetzung sieht so aus, daß die beiden Behelfskrankenwagen (Ford-Transit 100) mit je einer Führungskraft und sieben Helfern des Sanitätsdienstes, der Gerätewagen mit einer Führungskraft und vier Helfern des technischen Dienstes und die Wasserfilterwagen mit einer Führungskraft und zwei speziell ausgebildeten Helfern besetzt sind. Eingeschlossen ist ein dem jeweiligen SEZ zugeordneter Arzt.

Aus dieser Darstellung wird klar, daß die SEZ ganz auf den schnellen Einsatz bei allen denkbaren Katastrophen und Unglücksfällen zugeschnitten sind und auch im Rettungsdienst bei Unfällen und zur Bergung eingesetzt werden können.

Dieses Konzept der SEZ hat in der Vergangenheit bei zahlreichen Bewährungsproben seine Tauglichkeit vielfach unter Beweis gestellt.

### **Das „mobile Hilfskorps“ des Landes Nordrhein-Westfalen**

Wie die SEZ in Hessen sind die Einheiten des regionalen Katastrophenhilfsdienstes (KHD) in Nordrhein-Westfalen vor der Verabschiedung des Gesetzes über die Erweiterung des Katastrophenschutzes entstanden. Aufbauend auf dem Ordnungsbehördengesetz (OBG) vom 16. Oktober 1965 (GS. NW. S. 155) und dem Gesetz über den Feuerschutz und die Hilfeleistung bei Unglücksfällen und öffentlichen Notständen (FSHG) vom 25. März 1958 (GV. NW. S. 101)

wurden vom Innenminister des Landes am 5. 12. 1960 die Richtlinien über Organisation und Durchführung der Katastrophenabwehr im Lande Nordrhein-Westfalen erlassen (IE 3/20.59.00).

In der Einleitung zu diesem Erlaß wird zwar die grundsätzliche Zuständigkeit der örtlichen Ordnungsbehörde festgestellt; jedoch wird an gleicher Stelle das Erfordernis zur Koordination und gegenseitigen Unterstützung bei der Bewältigung der dem Katastrophenschutz obliegenden Aufgaben unterstrichen. So traten unter Berücksichtigung dieser Erfordernisse am 1. 1. 1961 die Richtlinien zur Sicherung eines gleichmäßigen Katastrophenschutzes im Bundesland Nordrhein-Westfalen in Kraft.

Im Unterschied zur hessischen Konzeption wird jedoch in Nordrhein-Westfalen bereits eine Untergliederung in Fachdienste vorgenommen. Neben 31 Wasseraufbereitungsanlagen, neun Entstrahlungsanlagen, sechs Ölabsorptionsanlagen, drei Feuerlöschbooten und elf Flutlichtanlagen bilden 126 Katastrophenschutz-Sanitätszüge und zwölf Katastrophenschutz-Betreuungszüge den Schwerpunkt des regionalen Katastrophenhilfsdienstes; diesen Einheiten soll im weiteren unsere Aufmerksamkeit gelten.

Anders als nach den hessischen Einsatzgrundsätzen sind die Einheiten des regionalen KHD in Nordrhein-Westfalen nicht für einen schnellen Ersteinsatz ausgestattet, sondern zur Unterstützung bereits eingesetzter örtlicher Kräfte gedacht.

Dem entspricht auch die **Organisation des KHD**, der in Zuständigkeit des Landes von den Regierungspräsidenten in den fünf Regierungsbezirken wahrgenommen wird. Die Sanitäts- und Betreuungseinheiten sind auf die Regierungsbezirke in Nordrhein-Westfalen wie folgt aufgeteilt:

Arnsberg:  
27 San- und zwei Betreuungszüge,

Detmold:  
12 San- und zwei Betreuungszüge,

Düsseldorf:  
38 San- und zwei Betreuungszüge,

Köln:  
29 San- und vier Betreuungszüge,

Münster:  
20 San- und zwei Betreuungszüge.

Daraus ergibt sich die Gesamtzahl von 126 Sanitätszügen und zwölf Betreuungszügen im regionalen Katastrophenhilfsdienst. Von den Sanitätszügen befinden sich 74 in der Trägerschaft des DRK (je 37 bei den DRK-Landesverbänden Nordrhein und Westfalen-Lippe), 26

beim Malteser-Hilfsdienst, 14 bei der Johanniter-Unfall-Hilfe und zwölf beim Arbeiter-Samariter-Bund.

Die Betreuungszüge verteilen sich mit 8 beim DRK (5 beim DRK-Landesverband Westfalen-Lippe und 3 beim DRK-Landesverband Nordrhein), 2 beim Malteser-Hilfsdienst, 1 bei der Johanniter-Unfall-Hilfe, 1 beim Arbeiter-Samariter-Bund auf die Hilfsorganisationen.

Die Ausrüstung aller 12 **Betreuungszüge** ist gleich. Sie besteht aus jeweils vier VW-Kombi mit Sitzeinrichtung und einem Küchenwagen sowie einem Krad und einem VW-LT-Transporter für die Verlastung der Ausstattung. Zur Ausrüstung gehören Zelte mit Beleuchtung, vier Heizöfen, Luftmatratzen und Wolldecken, vier Notstrom-Aggregate und zahlreiches Zubehör zum Küchenwagen.

Der Betreuungszug gliedert sich in die Führungsgruppe mit: Zugführer(in) und Stellvertreter(in), Arzt, Fürsorgerin, Kraftfahrer, Melder und einem weiteren Helfer; die Verpflegungsgruppe mit: Gruppenführerin, Stellvertreterin, Rechnungsführerin, Kraftfahrer und fünf Helferinnen sowie Köchin, Beiköchin und Kraftfahrer im Küchenwagen; die Unterkunftsgruppe mit: Lagerleiter, Heimmutter, Fürsorgerin, drei Aufsichtskräften, Kraftfahrer und einem weiteren Helfer mit Bürokenntnissen; die Betreuungsgruppe mit: Gruppenführer(in), Stellvertreter(in), Truppführer, Kraftfahrer und vier weiteren Helfern. Daraus ergibt sich die Gesamtstärke von 36 Helfern.

Die Ausrüstung der Katastrophenschutz-**Sanitätszüge** ist unterschiedlich. Hier verfügen 91 Züge über je vier VW-Kombi mit zwei Krankentragen und die 35 übrigen Züge über drei Fahrzeuge dieser Art und jeweils einen Rettungswagen. Allen San-Zügen gemein ist die Ausstattung mit einem Transporter für verlastbare Ausrüstung und einem Krad. Hinzu kommt die Ausrüstung mit Notstrom-Aggregat, Zelten und Decken, z. T. Heizöfen und weiteren medizinischen Geräten und Hilfsmitteln.

Diese Ausrüstung verteilt sich auf eine Führungsgruppe (mit Zugführer, Arzt, zwei Kraftfahrern und einem Melder) und drei gleiche Sanitätsgruppen (mit je einem Gruppenführer, Truppführer, Kraftfahrer und fünf weiteren Helfern); daraus ergibt sich die Gesamtstärke von 29 Helfern.

Ähnlich wie in Hessen übernimmt auch in Nordrhein-Westfalen das Land die Kosten für Wartung, Ersatzbeschaffung und die Ausbildung der Helfer.

Mit diesen Anstrengungen hat das Land Nordrhein-Westfalen sich ein wertvolles und gewichtiges Einsatzpotential zur Bekämpfung von Katastrophen geschaffen.



Ein Gespräch mit Hermann Buschfort, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium

## Mehr Plätze für Zivildienstleistende

Frühzeitig mit den Zivildienstpflichtigen eine Absprache treffen – Keine Kasernierung im Zivildienst

In der Bundesrepublik Deutschland lebten 1980 9,5 Millionen Menschen über 65 Jahre. Die Zahl der über 80jährigen Menschen betrug 1,5 Millionen. Anhand dieser Zahlen ist es verständlich, daß der Bedarf an Sozialen Diensten für ältere Menschen enorm gestiegen ist. Denn: 19% dieser Bevölkerungsgruppe ist pflegebedürftig. Wer pflegebedürftig ist, ist auf Verwandte und Nachbarn angewiesen. Nur in 12% der Fälle helfen ambulante Dienste, das Leben leichter zu machen. Noch 1970 war nur jeder vierte Schwerpflegebedürftige als Patient in einem Heim untergebracht. Bei einem Zuwachs von 100 000 pflegebedürftigen alten Menschen hat sich die Zahl der Patienten in stationären Einrichtungen aber nicht um 25 000, sondern um 70 000 erhöht. In den mobilen Diensten sind aber erst 1 600 Zivildienstleistende tätig. Insgesamt gibt es rund 50 000 Zivildienstplätze, davon sind rund 33 000 besetzt, 17 000 sind unbesetzt (diese Zahlen beziehen sich alle auf das Jahr 1981) (Quelle: Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit).

Im Arbeiter-Samariter-Bund sind rund 1 000 Zivildienstleistende tätig. Ohne sie wäre es nicht möglich, die Palette der Sozialen Dienste aufrechtzuerhalten. Aber es wäre schön, wenn noch mehr Zivildienstleistende eingesetzt werden könnten. Aus diesem Grund hat die Redaktion ein Gespräch mit dem Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, Hermann Buschfort, zum Einsatz von Zivildienstleistenden geführt.

**asb:** Herr Staatssekretär, die Zahl der Zivildienstleistenden ist in den letzten Jahren zwar stetig gestiegen, aber man hört von verschiedenen Verbänden, daß noch mehr gebraucht werden.

**Buschfort:** Stimmt, zur Zeit können nur zwei von drei Plätzen besetzt werden. Nach der geltenden Praxis der Anerkennungsverfahren läßt sich die Zahl der Zivildienstleistenden auch nicht beliebig erhöhen, denn neue Anerkennungsaus-schüsse sind – auch in Erwartung eines

neuen Zivildienstgesetzes – nicht mehr gebildet worden.

**asb:** Nach welchem Modus werden die Zivildienstleistenden verteilt?

**Buschfort:** Ich kann Ihnen versichern, daß alle Organisationen, die Zivildienstleistende beschäftigen, gleich behandelt werden. Der Arbeiter-Samariter-Bund wird also nicht schlechter behandelt als andere Organisationen. Das Bundesamt für den Zivildienst ist bemüht, jeden Verband und auch jede Region in etwa mit der gleichen Quote von Zivildienstleistenden zu versorgen.

**asb:** Wird dies in der Praxis erreicht?

**Buschfort:** Das ist zugegebenermaßen oft mit einigen Schwierigkeiten verbunden. Eine wesentliche Schwierigkeit sehe ich darin, daß die Beschäftigungsstellen nicht jeden zugewiesenen jungen Mann nehmen wollen. Sie stellen oft gewisse Anforderungen und wollen sich ausdrücklich mit der Zuweisung einverstanden erklären. Das erschwert die gleichmäßige Verteilung natürlich.

**asb:** Können Zivildienstleistende selbst Wünsche äußern, wo sie beschäftigt werden wollen und welche Aussichten haben die auf Verwirklichung?

**Buschfort:** Natürlich können Zivildienstleistende selbst Vorschläge machen. Und ich versichere Ihnen, daß das Bundesamt für den Zivildienst in Köln in der Regel einem solchen Vorschlag folgen wird. Das hat auch die Praxis in der Vergangenheit gezeigt.

**asb:** Es lohnt sich also für den Arbeiter-Samariter-Bund, auf Zivildienstpflichtige zuzugehen?

**Buschfort:** Ich ermuntere Sie sogar dazu, frühzeitig mit Zivildienstpflichtigen eine Absprache zu treffen.

**asb:** Sie haben sich mehrfach dafür ausgesprochen, mehr Zivildienstleistende bei den mobilen sozialen Hilfsdiensten einzusetzen. Es ist aber kaum zu erwarten, daß sich die Zahl der Zivildienstleistenden in den nächsten Jahren merklich steigern wird. Müssen da nicht andere Einsatzbereiche mit weniger Zivildienstleistenden auskommen?

**Buschfort:** Ich bin in der Tat der Meinung, daß es sinnvoller ist, Zivildienstleistende dort einzusetzen, wo sie mithel-



Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium Hermann Buschfort.

fen können, Probleme älterer und behinderter Mitbürger zu mindern. Das ist nicht nur bei den sozialen Hilfsdiensten der Fall, sondern auch bei der individuellen Hilfe für Schwerstbehinderte. Es ist ein echter Dienst am Menschen, wenn einem Behinderten durch die Betreuung eines Zivildienstleistenden ermöglicht wird, einen Heimataufenthalt zu vermeiden und sein Leben in der gewohnten Umgebung weiterzuführen.

**asb:** Haben Sie da schon Größenvorstellungen?

**Buschfort:** Die mobilen Sozialen Dienste und die Schwerstbehindertenbetreuung sollen zunächst auf je 2 000 besetzte Plätze ausgebaut werden. Bei dieser Größenordnung ist eine Einschränkung anderer Einsatzmöglichkeiten nicht notwendig. Nur eines lassen Sie mich ganz deutlich sagen: Ich bin sehr wohl der Meinung, daß man die Zahl der Dienstplätze, die reine Bürotätigkeiten oder Vergleichbares darstellen, reduzieren sollte zugunsten echter sozialer Dienstleistungen. Und das werden wir auch tun.

**asb:** Zum Schluß noch eine Frage, Herr Staatssekretär. In der letzten Zeit ist des öfteren von der Kasernierung der Zivildienstleistenden gesprochen und geschrieben worden . . .

**Buschfort:** Ich weiß, es gibt dieses böse Wort von der Kasernierung im Zivildienst. Ich versichere Ihnen, so etwas wie Kasernierung hat es nie gegeben

und wird es auch nicht geben. Es ist auch faktisch nicht durchführbar, weil sich dieser Dienst nicht an wenigen Orten konzentriert, wo man die Dienstleistenden zusammenlegen könnte, sondern an über 10000 Beschäftigungsstellen im ganzen Land. Die Verhältnisse im Zivildienst erlauben es nicht, bundeswehähnliche Bedingungen herzustellen.

### **Auch Sie können helfen!**

In Polen herrscht der Hunger. Die Regale in den Geschäften sind meist leer. Die notwendigsten Dinge – Lebensmittel, Kleidung, Hygieneartikel, Medikamente, Säuglingsnahrung usw. – fehlen. Beim ASB Köln liegt eine Liste von polnischen Adressen, von Familien mit mehreren Kindern, von alten, behinderten und kranken Menschen. Sie brauchen dringend Hilfe. Deshalb bitten wir um Ihre Mitarbeit. Fordern Sie eine Adresse bei uns an, und schicken Sie ein Paket mit Lebensmitteln, mit Kleidung, Medikamenten oder mit anderen Dingen des täglichen Gebrauchs dorthin. Es kostet Sie kein Porto, denn laut Beschluß des Bundestages vom 4. Februar 1982 werden Hilfspakete nach Polen in der Zeit vom 8. Februar bis 30. Juni 1982 von der Bundespost gebührenfrei befördert.

Den Aufgabzettel Ihres Paketes können Sie sogar als Spendenbeleg absetzen. Machen Sie von der Möglichkeit Gebrauch, anderen Menschen zu helfen. Wenn Sie Menschen in Polen direkt ein Paket schicken wollen, dann schreiben Sie an: ASB „Hilfe für Polen“, Sülzburgstraße 140, 5000 Köln 41.

### **Hilfssendungen des ASB nach Polen auch weiterhin erlaubt**

In letzter Zeit wurden in der Presse immer wieder Meldungen veröffentlicht, nach denen es „seit Ausrufung des Kriegsrechts in Polen nur noch dem Caritas-Verband, dem Malteser-Hilfsdienst, dem Diakonischen Werk und dem Roten Kreuz“ gestattet sei, Hilfstransporte nach Polen durchzuführen. Der Arbeiter-Samariter-Bund weist darauf hin, daß seit August 1981 laufend Hilfskonvois mit Lebensmitteln, Medikamenten, technischem Gerät, Decken und vielen anderen, dringend gebrauchten Gegenständen des täglichen Lebens nach Polen gehen, diese Transporte werden weiterhin geplant und durchgeführt. Dem ASB sind bei seinen Transporten nach Polen keinerlei Schwierigkeiten gemacht worden. Die Visa-Erteilungen geschehen problemlos. Insgesamt hat der ASB bis jetzt Sachwerte von mehr als drei Millionen Mark nach Polen gebracht.



**Spenden im Wert von über drei Millionen Mark hat der ASB bis jetzt nach Polen gebracht.**

Die Hilfstransporte des ASB nach Polen sind also keinesfalls gefährdet oder gar verboten – sondern werden auch weiterhin begrüßt und sind erlaubt.

### **Fernmeldebauwagen übergeben**

Drei Fernmeldebauwagen sind am 20. März 1982 dem Arbeiter-Samariter-Bund Berlin übergeben worden. Der ASB stellt in der Spreemetropole im Rahmen des Katastrophen-Hilfsdienstes einen Fernmeldezug. Die Übergabe durch Innensenator Heinrich Lummer fand im Rahmen des 25jährigen Bestehens des THW-Fernmeldedienstes statt.

### **Ausbildungsveranstaltung in Berlin**

„Alle reden vom Katastrophen-Hilfsdienst – jetzt wird's Zeit, daß wir Bescheid wissen!“ Diese Devise steht nicht nur über dem Berliner Arbeitskreis Kat-HD, der sich seit kurzem regelmäßig im Landeshaus trifft, sie stand auch über dem Wochenende 13./14. Februar 1982, als sich 14 Samariter(innen) zu der zweiten Ausbildungsveranstaltung in der Bülowstraße trafen. Abgesehen vom geringen Interesse mancher Ortsverbände und einem Koordinationsfehler zwischen Landesjugendleitung und dem Landesverband, war das „Pilotprojekt“ von Fachdienstleiter Hans-Peter Schwarze ein voller Erfolg.

Den Teilnehmern wurde erstmals ein umfassender Überblick über das Thema Katastrophenschutz/Zivilschutz gegeben.

Bekanntlich wird der ASB in Berlin drei Sanitätszüge, einen Betreuungszug, einen Fernmeldezug und zwei Verpflegungstrupps aufstellen. Die gesetzlichen Grundlagen wurden daher ebenso behandelt wie die Aufgabenbereiche der Züge, der Führungs-Apparat und das

Thema „Kampfstoffe und Waffensysteme“.

Ein Kurs, der jungen Helfern Einblick gab und alten „Hasen“ trotzdem viel Neues brachte.

### **Wo auf Trümmern Fertighäuser stehen . . .**

Vor mehr als einem Jahr, am 23. November 1980, um 19.34 Uhr erschütterte ein Erdstoß zehnten Grades ein 17000 Quadratmeter großes Gebiet in Süditalien. Für diesen Landstrich bedeutete das das Ende der Welt: amtliche Zahlen sprechen von rund 3000 Toten, ca. 9000 Verletzten, von 20000 total zerstörten Wohnungen, – weitere 30000 zum Teil verwüstet.

506 Gemeinden waren betroffen. Das Erdbebengebiet gehörte zu jenem unterentwickelten Landstrich Italiens, das Hunderttausende von Gastarbeitern in die benachbarten Länder schickte. Wie sieht es heute – ein Jahr später – am Unglücksort aus? Es gibt noch viel zu tun, obwohl, will man den Zeitungsberichten glauben, der provisorische Wiederaufbau in dem weitläufigen Gebiet nahezu als abgeschlossen gilt. Und: „Überall ist man des Lobes voll über die deutsche Hilfe – denn keine der deutschen Hilfsorganisationen hat in Italien gefehlt.“ Und so sagt Generalkonsul Alexander von Schmelting-Diringshofen in Neapel: „Die deutsche Hilfe liegt bis jetzt noch weithin an der Spitze. Vor ein paar Monaten sah man überall nur unsere Fertighäuserdörfer, doch inzwischen haben die Italiener gut aufgeholt. Ich bin erstaunt, der provisorische Wiederaufbau ist phantastisch.“

Über 100000 Obdachlose sind in der Zwischenzeit aus Zelten, Campingwagen und Baracken umgezogen in Fertighäuser und Metallbungalows. Auch in diesen Wochen werden weitere Häuser aufgestellt, weitere Umzüge organisiert. Das Dorf München, eine 1,5 Millionen DM umfassende Spende der Bürger der bayerischen Hauptstadt, ist bereits bezogen. 32 Fertighäuser zu je 65 Quadratmetern wurden davon gekauft, die Möbel dazu lieferte der Arbeiter-Samariter-Bund: Rund 40 Tonnen Material, so z. B. 32 Kühlschränke, 400 Stühle, 64 Kleiderschränke, 32 Doppelbetten, außerdem über 100 Betten, Unmengen von Geschirr, Matratzen, Lampen und vieles mehr.

Insgesamt wurden für die Aktion „Hilfe für Italien“ Geld- und Sachspenden von mehr als einer Million Mark vom ASB aufgebracht. Und – in diesem Jahr hat sich beim ASB ein Arbeitskreis gebildet, der die Erfahrungen dieser Hilfsaktion auswertet und eine Konzeption für zukünftige Katastrophenhilfe erarbeitet.

# Johanniter-Unfall-Hilfe



## Urlaubspläne und Wirklichkeit!

Es gibt Urlaube – geplant und lange vorbereitet –, die zu einem Erlebnis werden und in Erinnerung bleiben als schön, gelungen und unvergeßlich. Man hat rechtzeitig geplant wohin, wie lange, wie komfortabel und wie teuer man reist. Man hat sich vorbereitet mit Katalogbeschreibungen, Freizeitangeboten, EB- und Lebensgewohnheiten am Ort, mit Hotel-Sternen, Euro-Camping, Lage der Apartments oder „Chalets“. Ist der Strand sandig oder ist Felsküste, sind in den Bergen auch wanderbare Wege, oder muß man am Zielort Alpinist sein, um sich die Gegend zu erschließen?

### Der Verbandkasten befindet sich:



- Unter dem Fahrer/Beifahrer-Sitz
- im Handschuhfach
- hinter dem Rücksitz
- an der Fahrer/Beifahrer-Tür

### Info-Aufkleber können helfen!

Bahn- und Flugreisen sind, gemessen an der Zahl der Autourlauber, in der Minderheit, Millionen Urlauber – Autourlauber – sollten jedoch gedanklich auch „ausgefallene“ Erlebnisse, Pannen- und Unfallsituationen nicht außer acht lassen. Hier gilt es, Vorbereitung ebenso wichtig zu nehmen. Die Sicherheit und Fahrtüchtigkeit des eigenen Wagens steht ja meist außer Zweifel, aber es gibt auch „solche“.

Ein unter allem Reisegepäck verstauter Verbandkasten ist halt nicht schnell griffbereit. Darauf kommt es jedoch oft an. Nicht nur der Fahrer sollte wissen, wo der Kasten verborgen ist. Eventuell muß ein fremder Helfer schnell zugreifen können. Möglichkeiten der Information gibt es ja (siehe Abbildung).

Ähnliches gilt für den ersten Handgriff bei einer Panne. Ist das Warndreieck griffbereit? Ist die Notrufnummer im eigenen Land ebenso wie die des Urlaubslandes bekannt? Kann man im Notfall Hilfe leisten? Wer im Notfall – bei einer lebensbedrohlichen akuten Erkrankung, bei einer Vergiftung oder bei einem Unfall – von seinen Mitmenschen sachgerechte Erste Hilfe erwartet, sollte selbst fähig sein, anderen zu helfen. Ein Grundsatz, der uns motivieren sollte, einen kostenlosen Erste-Hilfe-Kurs (acht Doppelstunden) zu absolvieren. Alle JUH-Dienststellen und Stationen erteilen gerne Auskunft.



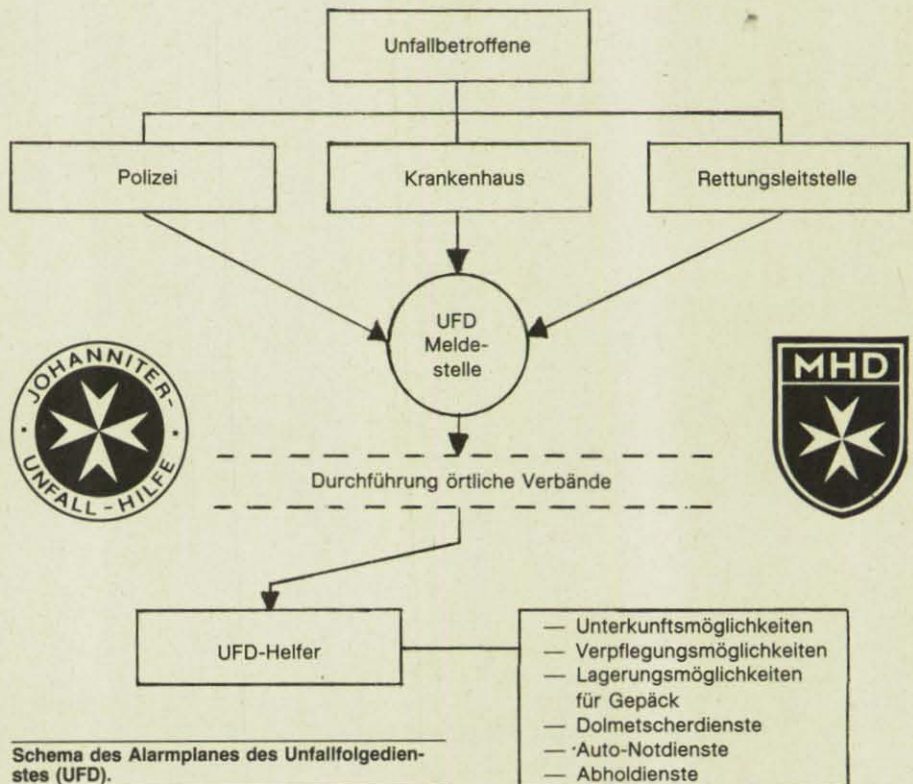
In zu vielen Fällen das Ende einer Urlaubsfahrt.

Der Unfallfolgedienst der Johanniter-Unfall-Hilfe und des Malteser-Hilfsdienstes ist ein in der Ferienzeit nützliches, wichtiges Angebot. Polizeistationen, Rettungsleitstellen und Krankenhäuser vermitteln unverletzte Unfallopfer im Notfall an Helfer der JUH und des MHD (siehe Graphik).

Hunderte Johanniter stehen in den kom-

menden Monaten wieder bereit: Ausbilder, Ärzte, Funker, Helferinnen, Rettungsassistenten u. v. m. Es wäre gut, wenn sie nicht benötigt würden, aber es ist ebenso gut zu wissen, daß es sie gibt. Man sollte sie nicht als „Urlaubsbekanntschaften“ einplanen, man kann es jedoch auch nicht ausschließen.

G. Reinhold



Schema des Alarmplanes des Unfallfolgedienstes (UFD).

## Tagebuchnotizen eines JUH-Rettungssanitäters

Ein Zivildienstleistender berichtet über seinen Dienst bei der JUH Würzburg / Fortsetzung aus Heft 1/82

**216. Tag.** Gegen Mittag fahren wir eine Verlegung von der chirurgischen Wachstation zur neurochirurgischen Intensivstation. Ein sieben Monate alter Säugling hat ein schweres Schädel-Hirn-Trauma und wird mit einem Sauerstoff-Kreissystem beatmet. Ich erkundige mich, wodurch sich das Kind diese komplizierte Verletzung zugezogen hat. Die Antwort des Arztes ist erschütternd: „Es handelt sich um einen Fall von Kindesmißhandlung. Die Eltern haben den Säugling an den Füßen gefaßt und mit dem Kopf gegen die Wand geschlagen.“ Derart brutale Grausamkeiten werden nicht etwa von Kriminellen verübt, sondern vom unauffälligen Nachbarn von Gegenüber, dessen Sadismus hinter verschlossenen Türen und Vorhängen zutage tritt.

**288. Tag.** In dieser Woche habe ich Nachtschicht, von abends sieben bis morgens um sieben. Kaum haben wir uns „auf Empfang“ gemeldet, werden wir zum ersten Notfall geschickt: Eine 45jährige Frau hat Tabletten geschluckt. Mit Sonderrechten und Notarzt geht's zur medizinischen Intensivstation. Dort wird ihr der Magen ausgepumpt und der Kreislauf stabilisiert. Im Anschluß daran überweist man sie in psychiatrische Behandlung. Ist das genug? – 20 Uhr 58: Wir rücken mit Sondersignalen zum Stadtrand aus. Der Notfall entpuppt sich als Ente. Ein schlechter Dummejungensstreich. – 22 Uhr 56: Notfalleinsatz in Heidingsfeld. Ein 70jähriger Rentner ist nach einigen Schoppen Frankenwein gestürzt und hat sich eine Oberschenkelhals-Fraktur zugezogen. – Null Uhr 36: Wir liefern einen Betrunkenen mit Kopfplatzwunde in die Missionsärztliche Klinik ein. – Zwei Uhr 51: Beide Rettungswagen der Johanniter-Unfall-Hilfe rücken zu einer berüchtigten Discothek aus. Der Notarzt ist mit seinem Pkw bereits unterwegs, und die Polizei hat die Straße abgesperrt. Drei Männer sind in eine Messerstecherei verwickelt. Bei solchen Einsätzen riskiert man oft das eigene Leben. Selbst im Rettungswagen und trotz ihrer schweren Verletzungen sind die Streithähne kaum zu beruhigen. Nach diesem hitzigen Notfall bleibt es jedoch bis zum Morgen ruhig. Gott sei Dank!

**301. Tag.** Heute fahre ich in der Langschicht von 9 bis 19 Uhr den Krankentransportwagen Akkon 4. Vormittags sind vier Fahrten zu machen. Nach dem Essen fragt uns die Leitstelle, ob wir Interesse an seiner Heimfahrt nach Tirschen-

reuth an der tschechischen Grenze haben. Mein Kollege und ich haben uns für den Abend nichts vorgenommen, und so nehmen wir den Auftrag an. Wenn alles glatt geht, sind wir gegen 22 Uhr wieder zurück. Um einmal ein wenig aus der Alltagseinsiedelung des Würzburger Stadtverkehrs herauszukommen, legen wir freiwillig ein paar Stunden zu. Die Fahrt verläuft ohne Zwischenfälle, bis wir unterwegs auf einen Stau treffen. In etwa 500 Meter Entfernung können wir einen Unfall erkennen. Mit unserem Martinshorn bahnen wir uns einen Weg durch die Autoschlange. Ich springe aus dem Fahrzeug und erkenne zwei völlig zerstörte Kleinwagen. Man ruft mich zu dem, der auf den Acker geschleudert wurde. Ich klettere in das Auto hinein und finde ein bewußtloses, schwerverletztes Mädchen. Beim Versuch, sie aus den Trümmern zu befreien, stellt sich heraus, daß sie eingeklemmt ist. Die Fahrerin des anderen Wagens, um die sich mein Kollege kümmert, ist ebenfalls eingeklemmt. Über Funk alarmieren wir Feuerwehr, Notarzt und einen Rettungswagen. Verzweifelt versuche ich, das etwa 20jährige Mädchen mit dem Bergewerkzeug unseres Krankenwagens aus dem Wrack zu befreien. Vergeblich. Wo bleibt denn nur die Feuerwehr mit der Rettungsschere? Minuten werden zur Ewigkeit. Endlich trifft der Bergezug ein. Die Feuerwehrmänner trennen zuerst die Türholme durch, um das Dach zu entfernen. Dann ziehen sie das Fahrzeug mit der Seilwinde auseinander, um die Beine freizubekommen. Kurz bevor wir sie herausholen können, tritt bei der jungen Frau ein Herz-Kreislauf-Stillstand ein, so daß wir sofort mit der Reanimation beginnen. Doch Herzdruckmassage und Beatmung bleiben erfolglos. Das Mädchen stirbt unter unseren Händen. Ich bin ziemlich fertig. Sie war genauso alt wie ich. Das sind Momente, in denen ich die moderne Technik abgrundtief hasse, die Autos, die Motorräder, den blinden Fortschrittsglauben. – Gegen halb zwölf erreichen wir die Wache. In dieser Nacht bleibe ich noch lange wach liegen.

**313. Tag.** 12 Stunden Feiertagsdienst. Gegen Morgen ein Notarzt-Einsatz. Diagnose: Asthma-Anfall. Danach schickt uns die Leitstelle zum Hubschrauber-Landeplatz in der Uni-Klinik. „Christoph 18“ bringt ein 13jähriges Mädchen im Rauschgiftkoma. Kaum hat der Helicopter aufgesetzt, laufen wir gebückt zur Heckklappe. Wenige Zentime-

ter über unseren Köpfen zerschneiden die Rotorblätter unter ohrenbetäubendem Lärm die Luft. Die Trage wird umgeladen, und wir fahren das Mädchen in die medizinische Intensivstation. – 14 Uhr 27: Notfalleinsatz in der Innenstadt. Auf dem Balkon einer Wohnung soll eine regungslose Person sitzen. Wir diagnostizieren sofort Herz-Kreislauf-Stillstand und beginnen mit der Reanimation: Der Notarzt intubiert die über 80jährige Frau, d.h. er führt einen Plastikschlauch, den Tubus, in ihre Luftröhre ein, damit sie besser beatmet werden kann. Mein Kollege führt die Herzdruckmassage aus, der Arzt schiebt einen Venenkatheter, um Medikamente und Infusionen direkt im Herzen wirksam werden zu lassen. Dann wird defibrilliert: Mit zwei an der Brust aufgesetzten Elektroden wird dem Herz ein starker Stromstoß versetzt, um es wieder zu aktivieren. Als nach einer Stunde auf dem EKG immer noch lediglich eine Null-Linie zu erkennen ist, bricht der Notarzt die Wiederbelebung ab. In diesem hohen Alter sind die Chancen sowieso sehr gering. Selbst wenn die Reanimation geglückt wäre, für wie lange? Qualvolle Tage in der Intensivstation wären gefolgt. So hat die Frau nichts mehr gespürt. Sie starb bei einem Glas Wein in der Nachmittagssonne auf dem Balkon. Ein „schöner“ Tod.

**334. Tag.** Nachtschicht. In Würzburg ist zur Zeit das „Kiliani-Fest“. Wir werden die ganze Nacht mit Alkoholleichen und Schlägereien zu tun haben. 2 Uhr 45: Ein Student will sich in der Badewanne mit einem Stromstoß das Leben nehmen. Wie durch ein Wunder überlebt er ohne gesundheitliche Schäden. – Um 3 Uhr 15 fahren wir unter Polizeischutz einen Brandstifter in die chirurgische Ambulanz. Während der Arzt seine Schnittwunden im OP versorgt, warten wir mit den Polizisten draußen. Als der Arzt für einen kurzen Moment den OP verläßt, kann der Patient fliehen. Eine wilde Jagd beginnt, die bis zum frühen Morgen ergebnislos bleibt. Als der Morgen graut, rücken wir ein, waschen das Fahrzeug und übergeben den Rettungswagen der Frühschicht. Erschöpft falle ich in den wohlverdienten Schlaf. Heute abend geht's wieder los...

(Namen und Daten wurden wegen der ärztlichen Schweigepflicht geändert. – Veröffentlicht zuerst im Magazin „okay“.)

Vorwurf der Beteiligung an Kriegsvorbereitungen zurückgewiesen

## Zu jeder Zeit, an jedem Ort, in jeder Lage menschliche Not lindern

Resolution zur Mitwirkung des MHD im Zivilschutz  
auf der 23. Delegiertenversammlung in Bremen verabschiedet

Den Vorwurf aus Teilen der Friedensbewegung, die Hilfsorganisationen beteiligten sich durch ihre Mitwirkung im Zivil- und Katastrophenschutz an einer verdeckten Kriegsvorbereitung, hat der Malteser-Hilfsdienst als erste der Hilfsorganisationen klar zurückgewiesen. Die 23. Delegiertenversammlung des MHD verabschiedete während ihrer Tagung am 28. März in Bremen eine Resolution, in der eine mit angeblicher Sinnlosigkeit begründete Unterlassung von Maßnahmen der Hilfsvorsorge als unverantwortlich, unchristlich und zutiefst inhuman bezeichnet wird. Damit antwortete der MHD auch auf die Kritik einer Ärztegruppe, die unter anderem davon ausging, daß wirkliche Hilfe in jedem Atomkrieg unmöglich sei.

Die Malteser betonen demgegenüber, daß sie den Sinn ihrer Mitwirkung im Zivil- und Katastrophenschutz darin sehen, daß eine Hilfsorganisation möglicherweise vergebens, aber niemals falsch sein kann. Niemand sei in der Lage, die Schädenswirkungen eines Krieges im voraus genau zu bestimmen. Folglich sei auch niemand befugt, mit Gewißheit jede Möglichkeit von Hilfeleistungen bei atomaren, biologischen oder chemischen Katastrophen in Abrede zu stellen.

Der Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz, Dr. Paul Wilhelm Kolb, hatte in seinem Eröffnungsreferat vor der Malteser-Versammlung die Argumentation gegen die Vorsorge als absurd und hinterhältig bezeichnet. Kolb meinte, die humanitäre Hilfe, die die Organisationen mit ihren freiwilligen Helfern leisten wollten, werde mit dieser Darstellungsweise auf böse Weise diskriminiert. Nach dem allgemeinen Verständnis sei es vielmehr Pflicht eines jeden Menschen, einem und jedem anderen Menschen in Not zu helfen.

Der Kölner Weihbischof Dr. Klaus Dick, Bundesseelsorger des Malteser-Hilfsdienstes, hob in seiner Stellungnahme

zu dem Thema den Aspekt hervor, Menschenwürde sei nach christlicher Auffassung eine individuell bestimmte Größe. Hilfsvorsorge könne nicht verweigert werden, solange damit auch nur die Chance zur Erhaltung eines einzigen Menschenlebens bestehe.

Die MHD-Delegierten wurden am ersten Abend ihrer Tagung im Bremer Rathaus vom Senator für Bundesangelegenheiten, Dr. Günther Czichon, und vom Vertreter der katholischen Gemeinde zu Bremen, Propst Klaus Plate, empfangen.

### Die von der 23. Delegiertenversammlung des Malteser-Hilfsdienstes am 28. März 1982 verabschiedete Resolution hat folgenden Wortlaut:

#### Resolution zur Mitwirkung des Malteser- Hilfsdienstes im Zivilschutz

1. Die Mitglieder des MHD lehnen Krieg und jede Art offensiver Kriegsvorbereitung ab. Die objektive Beurteilung der Weltlage zwingt aber zu der Feststellung, daß nicht alle Mächte vorbehaltlos auf die Durchsetzung ihrer Politik mittels Krieg zu verzichten bereit sind. Sie zwingt ferner zu dem Schluß, daß angesichts der internationalen Krisenherde selbst ein kleiner, zunächst begrenzter Konflikt außer Kontrolle geraten und zum Weltbrand führen kann.

2. Es ist nicht Sache des MHD, aus der vorstehenden Lagebeurteilung politische oder militärische Folgerungen zu ziehen. Jedoch hat der MHD als katholische Hilfsorganisation und als nationale Hilfsgesellschaft im Sinne der Genfer Konventionen zur Frage seiner Mitwirkung im Zivilschutz der Bundesrepublik Deutschland eine klare Aussage zu machen.

3. Diese Aussage ist den geistigen Grundlagen für seine gesamte Tätigkeit zu entnehmen:

● Der MHD will durch seine Mitglieder den katholischen Glaubensauftrag erfüllen, nämlich in der Kraft der Gottesliebe den Nächsten aus allen Kräften zu lieben, was tätigen Dienst vor Gott und an den Menschen verlangt.

● Er will den Auftrag des Malteserordens erfüllen, dessen Leitsatz „Wahrung des Glaubens und Hilfe den Bedürftigen“ seit fast 900 Jahren nicht zuletzt unzähligen Kriegsoffern eine Linderung ihres Leidens gebracht hat.

● Er will den Caritasauftrag der Kirche erfüllen, der den Dienst für den Menschen inmitten jeder Wirklichkeit fordert.

● Er will den staatsbürgerlichen Auftrag erfüllen, der seine Mitglieder und ihn als freie Institution anleitet, dem Gemeinwohl nach besten Kräften zu dienen.

4. Der MHD versteht deshalb seinen Auftrag als eine Verpflichtung, die zu jeder Zeit, an jedem Ort und in jeder Lage besteht, solange menschlicher Not mit menschlicher Hilfe begegnet werden kann. Sie erstreckt sich somit auch auf seine erklärte Bereitschaft zur Mitwirkung an den humanitären Maßnahmen des Zivilschutzes, wie der Ausbildung von Schwesternhelferinnen und der Aufstellung aktiver Einheiten, wenn die Maßnahmen rechtmäßig und mit den geistigen Grundlagen sowie mit der Satzung des MHD zu vereinbaren sind.

5. Das führt im Ergebnis zu folgender Aussage:

● Der MHD sieht die innere Legitimation des Zivilschutzes in dem Tatbestand, daß die potentielle Gefahr eines auch die Bundesrepublik Deutschland treffenden Krieges nicht ausgeschlossen werden kann. Ein Staat handelt richtig und verantwortungsbewußt, wenn er zum vorsorglichen Schutz der Zivilbevölkerung die notwendigen Schritte unternimmt. Dies ist in der Bundesrepublik Deutschland bislang unzureichend geschehen.

● Der MHD sieht die Berechtigung seiner Mitwirkung im Zivilschutz sowohl in den geistigen Grundlagen seines Auftrages als auch in seiner Mitverantwortung für das Gemeinwohl verankert.

● Der MHD erkennt den Sinn seiner Mitwirkung darin, daß eine Hilfsvorsorge zwar umsonst, aber niemals falsch sein kann. Niemand ist in der Lage, die Schädenswirkungen jedweden Krieges im voraus genau zu bestimmen. Folglich

ist auch niemand befugt, mit Gewißheit jede Möglichkeit von Hilfeleistungen bei atomaren, biologischen oder chemischen Katastrophen in Abrede zu stellen. Deshalb wäre eine mit angeblicher Sinnlosigkeit begründete Unterlassung

von Maßnahmen der Hilfsvorsorge unverantwortlich, unchristlich und zutiefst inhuman. Darum ist der MHD gewillt, seinen Beitrag im Zivilschutz zu leisten. 6. Die Mitglieder des MHD gehören ihm aus freiem Willen an, und ihre Mitarbeit

im Zivilschutz unterliegt ebenso ihrem freien Entscheid.

Der MHD ist jedem dankbar, der in einer Zivilschutzeinheit als Arzt, als Schwesterhelferin, als Helfer oder in sonstiger Funktion den Auftrag des MHD erfüllt.

MHD Bedburg erhielt neue Dienststelle

## Unterkunftsbau in eigener Regie

Innerhalb von zwei Jahren mit viel Eigenleistung eine Baracke umgebaut

In Bedburg, einer Kleinstadt mit über 20000 Einwohnern im Erftkreis mitten im größten Braunkohle-Tagebauggebiet Deutschlands, wurde 1961 eine MHD-Ortsgruppe gegründet. Nach der wohl überall gleich schweren Startphase entwickelte sich die Gruppe nach und nach zu einem Sanitätszug (heute 50 Helferinnen und Helfer), dessen Aufgaben anfangs nur in der Betreuung und im Sanitätsdienst bei größeren Veranstaltungen lagen. Mit den inzwischen angeschafften Fahrzeugen wird der MHD Bedburg heute weit über die Kreisgrenzen hinaus zu Einsätzen und Großveranstaltungen angefordert.

1972 – damals in der ehemaligen Ritterakademie im Schloß Bedburg untergebracht – begannen die Helfer mit dem „Mobilen Rettungsdienst“ an Wochenenden, Feiertagen sowie abends und unterstützten die Rettungswache Bergheim. Da die Unterkunft für weitere Vorhaben zu klein bzw. ungeeignet war, sah sich die Ortsgruppe bald nach einer größeren Unterkunft um. Mehrere Objekte wurden begutachtet, jedoch fand man kein geeignetes Gebäude. An einen Neubau war nicht zu denken, hierfür fehlte das Geld. Im Mai 1980 stellte der MHD deshalb einen Antrag an ein großes Unternehmen auf Übernahme einer gebrauchten Bürobaracke. Dem Wunsch wurde entsprochen, und die Helfer konnten mit dem Abbau beginnen. Die Stadt Bedburg stellte im Gewerbegebiet ein Grundstück zur Verfügung.

In den nächsten beiden Jahren wurde in jeder freien Minute (einige Helfer opferden den gesamten Jahresurlaub) an der 30x10 m großen neuen Unterkunft gearbeitet. In der neuen Dienststelle sind nun folgende Räume untergebracht: die Leitstelle, eine Küche, ein Bereitschaftsraum, zwei Schlafräume, drei Büros, Toiletten und Duschräume, Lagerräume für den Katastrophenschutz sowie ein großer Unterrichtsraum, der für die Ausbildung der MHD-Helfer und der Bevölkerung genutzt wird.

Die Bauzeit von zwei Jahren konnte nur eingehalten werden, weil auch große

Geld- und Materialspenden der Bedburger Industrie und von Geschäftsleuten bei der Ortsgruppe eingingen. Am gesamten Bauobjekt war lediglich eine Firma beteiligt, die die Sektionaltore lieferte und einbaute; alle anderen Arbeiten erfolgten durch die Helfer.

Einige Zahlen verdeutlichen den Umfang der Arbeiten: 500 cbm Erdreich wurden bewegt und zum Teil abgefahren, 400 cbm Füllkies eingebaut und verdichtet, 290 cbm Beton tragen die Garage und die Dienststelle, 4,7 t Moniereisen und Baustahlgewebematten wurden verarbeitet.

Daß das Gebäude einmal eine Baracke war, kann man nur noch von außen fest-

stellen. Alle Innenwände und Decken wurden zusätzlich isoliert und wegen der Feuerbeständigkeit mit speziellen Gipskartonplatten verkleidet. Die Außenverkleidung ist für 1983 geplant.

Am 5. September 1981 wurde die neue Unterkunft in Anwesenheit vieler Freunde und Gönner eingeweiht. Seit dem 1. August 1981 fahren die Helfer nun von dieser „Wache“ aus Kranken- und Bluttransporte in eigener Regie und gelegentlich auch Rettungseinsätze für die benachbarten Wachen. Da dies auf die Dauer nicht ausschließlich mit ehrenamtlichen Mitarbeitern durchzuführen war, übernahmen im Januar 1982 zwei Zivildienstleistende die Kranken- und Bluttransporte.



Die neue Dienststelle des MHD Bedburg: Auch das zwölf Zentner schwere Malteser-Kreuz im Vordergrund sowie der fast 20 m hohe Funkmast wurden in Eigenleistung gebaut.



Die Leitstelle mit Funkanlagen, Wechselsprecheinrichtung und allen anderen Steuerungen wurde selbst geplant und ausgeführt.

## Kurzzeichen für das Feuerwehrwesen nach DIN

In der Norm DIN 14033 sind die wichtigsten Kurzzeichen festgelegt, die im Bereich des Feuerwehrwesens angewendet werden. Alle im Feuerwehrwesen bisher gebrauchten Kurzzeichen sind diesen neuen Festlegungen anzupassen.

### 1 Organisation

#### 1.1 Arten

<b>BF</b>	Berufsfeuerwehr
<b>BtF</b>	Betriebsfeuerwehr
<b>FF</b>	Freiwillige Feuerwehr
<b>Fw</b>	Feuerwehr
<b>JF</b>	Jugendfeuerwehr
<b>PF</b>	Pflichtfeuerwehr
<b>WF</b>	Werkfeuerwehr

#### 1.2 Einrichtungen

<b>Abt</b>	Abteilung
<b>FW</b>	Feuerwache
<b>FwH</b>	Feuerwehrhaus
<b>FwSP</b>	Feuerwehrstützpunkt
<b>LFS</b>	Landesfeuerwehrschule
<b>LtS</b>	Leitstelle
<b>FwLtS</b>	Feuerwehr-Leitstelle
<b>RetLtS</b>	Rettungs-Leitstelle
<b>RetW</b>	Rettungswache
<b>ZW-...</b>	Zentralwerkstatt-...
	Nur in Verbindung mit einem Kennbuchstaben für die Art der Werkstatt (A für Atemschutz, F für Funkgerät, S für Schlauch)

#### 1.3 Einheiten

<b>Tr</b>	Trupp
	Auch in Verbindung mit einem durch Bindestrich vorangestellten Buchstaben für die Aufgabe (A für Angriff, W für Wasser, S für Schlauch)
<b>St</b>	Staffel
<b>Gr</b>	Gruppe
<b>Z</b>	Zug
<b>LZ</b>	Löschzug
<b>LZ-R</b>	Löschzug – Rettung
<b>LZ-W</b>	Löschzug – Wasserversorgung
<b>TaV</b>	Taktischer Verband
<b>EL</b>	Einsatzleitung

#### 1.4 Taktische Funktionen

<b>TrM</b>	Truppmann
	Auch in Verbindung mit einem durch Bindestrich vorangestellten

	ten Buchstaben für die Aufgabe (A für Angriff, W für Wasser, S für Schlauch)
<b>TrFü</b>	Truppführer
	Auch in Verbindung mit einem durch Bindestrich vorangestellten Buchstaben für die Aufgabe (A für Angriff, W für Wasser, S für Schlauch)
<b>StFü</b>	Staffelführer
<b>GrFü</b>	Gruppenführer
	(In der Feuerwehrdienstvorschrift FwDV 4 wird als Kurzzeichen GF verwendet.)
<b>ZFü</b>	Zugführer
<b>Ma</b>	Maschinist
<b>Me</b>	Melder

### 2 Feuerwehrfahrzeuge

<b>ELW</b>	Einsatzleitwagen
	Eine an das Kurzzeichen angehängte Ziffer kennzeichnet die Fahrzeuggröße; genormt sind ELW 1, ELW 2 und ELW 3.
<b>LF</b>	Löschgruppenfahrzeug
	Eine an das Kurzzeichen angehängte Zahl kennzeichnet den Nennförderstrom der Feuerlösch-Kreiselpumpe in 100 l/min; genormt sind LF 8, LF 16, LF 24 sowie LF 16-TS (mit eingeschobener TS 8/8).
<b>TLF</b>	Tanklöschfahrzeug
	Zwei an das Kurzzeichen angehängte, mit einem Schrägstrich verbundene Zahlen kennzeichnen den Nennförderstrom in 100 l/min der Feuerlösch-Kreiselpumpe und den Wasservorrat in 100 l; genormt sind TLF 8/18, TLF 16/25, TLF 24/50.
<b>TroLF</b>	Trockenlöschfahrzeug
	Eine an das Kurzzeichen mit Bindestrich angehängte Zahl kennzeichnet den Löschpulvervorrat; genormt ist TroLF 750.
<b>TroTLF</b>	Trockentanklöschfahrzeug
	Eine an das Kurzzeichen angehängte Zahl kennzeichnet den Nennförderstrom der Feuerlösch-Kreiselpumpe in 100 l/min; genormt ist TroTLF 16.
<b>TSF</b>	Tragkraftspritzenfahrzeug
<b>DL</b>	Drehleiter
	Zwei an das Kurzzeichen ange-

	hängte, durch Bindestrich verbundene Zahlen kennzeichnen die Nennrettungshöhe in m und die Nennausladung in m; genormt sind DL 16-4, DL 23-12.
<b>DLK</b>	Drehleiter mit Korb
	Zwei an das Kurzzeichen angehängte, durch Bindestrich verbundene Zahlen kennzeichnen die Nennrettungshöhe in m und die Nennausladung in m; genormt ist DLK 23-12.
<b>GM</b>	Gelenkmast mit Bühne
<b>TM</b>	Teleskopmast mit Bühne (Leiterbühne)
<b>RW</b>	Rüstwagen
	Eine an das Kurzzeichen mit Bindestrich angehängte Buchstaben-Kombination kennzeichnet die Beladung für den speziellen Einsatzzweck; genormt ist RW-Öl (für Beseitigung wassergefährdender Stoffe).
<b>GW</b>	Gerätewagen
	Eine an das Kurzzeichen mit Bindestrich angehängte Buchstaben-Kombination kennzeichnet die Beladung für den speziellen Einsatzzweck; es gibt u. a.
	GW-A (Atemschutz)
	GW-Dekon (Dekontamination)
	GW-G (Gefahrgutbeseitigung)
	GW-Li (Licht)
	GW-Öl (Ölbeseitigung)
	GW-Rüst (Rüstmaterial)
	GW-Str (Strahlenschutz)
	GW-W (Wasserrettung)
<b>SW</b>	Schlauchwagen
	Eine an das Kurzzeichen angehängte Zahl kennzeichnet den Schlauchvorrat in m; genormt sind SW 1000, SW 2000, SW 2000-Tr (mit Truppbesatzung)
<b>SMF</b>	Schaummittelfahrzeug
<b>FwA</b>	Feuerwehranhänger
	Eine an das Kurzzeichen mit Bindestrich angehängte Buchstaben-Kombination kennzeichnet die Beladung für den speziellen Einsatzzweck; es gibt u. a.
	FwA-Ha (Halon)
	FwA-K (Kohlendioxid)
	FwA-LG (Leichtschaumgenerator)
	FwA-Lima (Lichtmast)
	FwA-Öl (Ölbeseitigung)

FwA-P	(Pulvergerät)
FwA-RTB	(Rettungsboot)
FwA-SM	(Schaummittel)
FwA-Str	(Strahlenschutz)
FwA-S16W	(Schaum-Wasserwerfer mit 1600 l/min)
FwA-TS	(Tragkraftspritze)

### 3 Rettungsfahrzeuge

<b>KTW</b>	Krankentransportwagen
<b>GRTW</b>	Großraum-Rettungswagen
<b>RTW</b>	Rettungswagen
<b>GKTW</b>	Großraum-Krankentransportwagen
<b>NAW</b>	Notarztwagen
<b>NEF</b>	Notarzt-Einsatzfahrzeug

### 4 Sonstige Fahrzeuge der Feuerwehr

<b>MTF</b>	Mannschaftstransportfahrzeug
<b>FwK</b>	Feuerwehrkran
<b>WLF</b>	Wechselladerfahrzeug
<b>AL</b>	Anhängeleiter Zwei an die Buchstaben AL angehängte, durch Bindestrich verbundene Zahlen kennzeichnen die Nennrettungshöhe in m und die Nennausladung in m; genormt ist AL 16-4 (auch noch AL 18 genannt).
<b>AB</b>	Abrollbehälter Eine an das Kurzzeichen mit Bindestrich angehängte Buchstaben-Kombination kennzeichnet die Beladung für den speziellen Einsatzzweck; es gibt u. a. AB-A (Atemschutz) AB-BEL (Befehlsstelle der Einsatzleitung) AB-Dekon (Dekontamination) AB-G (Gefahrgutbeseitigung) AB-Küche AB-Mulde AB-Öl (Ölbeseitigung) AB-Rüst (Rüstmaterial) AB-Str (Strahlenschutz) AB-SM (Schaummittel) AB-S (Schlauchmaterial)
<b>LB</b>	Löschboot
<b>LK</b>	Löschkreuzer
<b>MZB</b>	Mehrzweckboot
<b>RTB</b>	Rettungsboot Eine an das Kurzzeichen angehängte Ziffer kennzeichnet die nutzbare Innenraumfläche; genormt sind RTB 1 und RTB 2.

### 5 Geräte

<b>FP</b>	Feuerlösch-Kreiselpumpe Zwei an das Kurzzeichen angehängte, durch Schrägstrich verbundene Zahlen kennzeichnen den Nennförderstrom in 100 l/min und den Nennförderdruck in bar; genormt sind FP 2/5, FP 4/5, FP 8/8, FP 16/8, FP 24/8, FP 32/8.
<b>LP</b>	Lenz-Kreiselpumpe Zwei an das Kurzzeichen angehängte, durch Schrägstrich verbundene Zahlen kennzeichnen den Nennförderstrom in 100 l/min und den Nennförderdruck in bar; genormt ist LP 24/3.
<b>TP</b>	Tauchpumpe Zwei an das Kurzzeichen angehängte, durch Bindestrich verbundene Zahlen kennzeichnen den Nennförderstrom in 100 l/min und den Nennförderdruck in bar; genormt sind TP 4/1, TP 8/1, TP 15/1.
<b>TS</b>	Tragkraftspritze Zwei an das Kurzzeichen angehängte, durch Schrägstrich verbundene Zahlen kennzeichnen den Nennförderstrom in 100 l/min und den Nennförderdruck in bar; genormt sind TS 2/5, TS 4/5, TS 8/8, TS 24/3.
<b>M...</b>	Schaumstrahlrohr, tragbar, für Mittelschaum
<b>S...</b>	Schaumstrahlrohr, tragbar, für Schwemschaum
<b>S...W</b>	Schaumstrahlrohr zum Aufbau auf Werferunterteil M..., S... und S...W nur in Verbindung mit einer Zahl, die den Nenndurchsatz in 100 l/min kennzeichnet; genormt sind: M 2, M 4, M 8, S 2, S 4, S 8, S 10 W, S 16 W, S 20 W, S 24 W, S 30 W und S 40 W.
<b>LG</b>	Leichtschaumgenerator
<b>Z...</b>	Zumischer für Löschmittelzusätze Nur in Verbindung mit einer angehängten Zahl, die den Gemischdurchfluß in 100 l/min kennzeichnet; genormt sind: Z 2, Z 4, Z 8.
<b>BG</b>	Behältergerät mit Druckluft (Preßluftatmer)
<b>RG</b>	Regenerationsgerät (Sauerstoffgerät)

### 6 Löschmittel

<b>Ha</b>	Halon
<b>K</b>	Kohlendioxid (Kohlensäure)
<b>PG</b>	ABC-Pulver
<b>PM</b>	D-Pulver

<b>P</b>	BC-Pulver
<b>S</b>	Schaum
<b>W</b>	Wasser oder wäßrige Lösung

### 7 Fernmeldewesen

<b>FS</b>	Fernschreiben
<b>FSp</b>	Fernspruch
<b>FuG</b>	Sprechfunkgerät
<b>FuMe</b>	Funkmeldeempfänger
<b>FuSp</b>	Funkspruch

### 8 Einsatztaktik

<b>BSt</b>	Brandstelle
<b>ESk</b>	Einsatzstelle
<b>BuK</b>	Brand unter Kontrolle
<b>ESuK</b>	Einsatzstelle unter Kontrolle

### 9 Vorbeugender Brandschutz

<b>F...</b>	Feuerwiderstandsklasse eines Bauteils. Nur in Verbindung mit einer an das Kurzzeichen anzuhängenden, durch Bindestrich verbundenen Zahlen-Kombination bezeichnet die Mindest-Feuerwiderstandsdauer (in Minuten) und die Baustoffklasse: Beispiele: F 30-A, F 60-B, F 90-B (siehe auch DIN 4102 Teil 4).
<b>G</b>	Feuerwiderstandsklasse des Sonderbauteils „gegen Feuerwiderstandsfähige Verglasung“. Nur in Verbindung mit einer an das Kurzzeichen anzuhängenden Zahl; kennzeichnet die Mindest-Feuerwiderstandsdauer (in Minuten); Beispiel: G 60 (siehe auch DIN 4102 Teil 5).
<b>K...</b>	Feuerwiderstandsklasse des Sonderbauteils „Brandschutzklappe“. Nur in Verbindung mit einer an das Kurzzeichen anzuhängenden Zahl; kennzeichnet die Mindest-Feuerwiderstandsdauer (in Minuten); Beispiel: K 90 (siehe auch DIN 4102 Teil 5).
<b>L...</b>	Feuerwiderstandsklasse des Sonderbauteils „Lüftungsleitung“. Nur in Verbindung mit einer an das Kurzzeichen anzuhängenden Zahl; kennzeichnet die Feuerwiderstandsdauer (in Minuten); Beispiel: L 60 (siehe auch DIN 4102 Teil 6).
<b>T...</b>	Feuerwiderstandsklasse des Sonderbauteils „Feuerschutzabschluß“ (Tür; Tor; Rolladen). Nur in Verbindung mit einer an



das Kurzzeichen anzuhängen- den Zahl; kennzeichnet die Mindest-Feuerwiderstandsdauer (in Minuten); Beispiel: T 90 (siehe auch DIN 4102 Teil 5).

**W...** Feuerwiderstandsklasse des Sonderbauteils „Nichttragendes Außenwandlelement“.

Nur in Verbindung mit einer an das Kurzzeichen anzuhängen- den Zahl; kennzeichnet die Mindest-Feuerwiderstandsdauer (in Minuten); Beispiel: W 60 (siehe auch DIN 4102 Teil 3).

**H** Hydrant

**RWA** Rauch- und Wärmeabzugsan- lage (siehe auch DIN 18232 Teil 1)

**VB** Vorbeugender Brandschutz

### Anmerkung:

Für Dienstbezeichnungen, Amtsbezeich- nungen, Funktionsbezeichnungen und Institutionen werden folgende Kurzzei- chen benutzt:

#### Institutionen

**AGBB** Arbeitsgemeinschaft Betriebli- cher Brandschutz

**AGBF** Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren

**BFV** Bezirksfeuerwehrverband

**DFV** Deutscher Feuerwehrverband e. V.

**DJF** Deutsche Jugendfeuerwehr im DFV

**FNFW** Normenausschuß „Feuerwehr- wesen“

**KFV** Kreisfeuerwehrverband

**LFV** Landesfeuerwehrverband

**StFV** Stadtfeuerwehrverband

**VFDB** Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes

**WFV** Werkfeuerwehrverband

#### Dienstbezeichnungen, Amtsbezeich- nungen, Funktionsbezeichnungen

**AWeFü** Amtswehrführer

**BA** Brandamtmann

**BAR** Brandamtsrat

**BBI** Bezirksbrandinspektor, Bezirksbrandinspekteur

**BBM** Bezirksbrandmeister

**BD** Branddirektor

**BeFü** Bereichsführer

**BFI** Bezirksfeuerwehrrinspekteur

**BI** Brandinspektor

**BIA** Brandinspektor-anwärter

**BIng** Brandingenieur

**BM** Brandmeister

**BOAR** Brandoberamtsrat

**BOI** Brandoberinspektor

**(OBI)** (Oberbrandinspektor)

**BOIng** Brandoberingenieur

**BOIzA** Brandoberinspektor zur Anstellung

**BR** Brandrat

**BOR** Brandoberrat (Oberbrandrat)

**(OBR)**

**BRzA** Brandrat zur Anstellung

**BRef** Brandreferendar

**BSIng** Brandschutzingenieur, Brandsicherheitsingenieur

**BVIng** Brandverhütungsingenieur

**DirBeFü** Direktionsbereichsführer

**FA** Feuerwehrassistentin

**FAA** Feuerwehrassistentin-Anwärter

**FM** Feuerwehrmann

**FMA** Feuerwehrmann-Anwärter

**FMzA** Feuerwehrmann zur Anstellung

**GemBM** Gemeindebrandmeister

**Gem- WeFü** Gemeindeführer

**HBM** Hauptbrandmeister

**HFA** Hauptfeuerwehrassistentin

**HFM** Hauptfeuerwehrmann

**HLM** Hauptlöschmeister

**JFM** Jungfeuerwehrmann

**JFW** Jugendfeuerwehrwart

**JGrl** Jugendgruppenleiter

**KBI** Kreisbrandinspektor, Kreisbrandinspekteur

**KBM** Kreisbrandmeister

**KBR** Kreisbrandrat

**Kdt** Kommandant

**KFI** Kreisfeuerwehrrinspekteur

**KWeFü** Kreiswehrrührer

**LBD** Landesbranddirektor

**LBeFü** Landesbereichsführer

**LBI** Landesbrandinspekteur

**LBM** Landesbrandmeister

**LFI** Landesfeuerwehrrinspekteur

**LM** Löschmeister

**LtdBD** Leitender Branddirektor

**OBD** Oberbranddirektor

**OBM** Oberbrandmeister

**OFA** Oberfeuerwehrassistentin

**OFM** Oberfeuerwehrmann

**OLM** Oberlöschmeister

**OrtsBM** Ortsbrandmeister

**Orts- WeFü** Ortswehrrührer

**StBI** Stadtbrandinspektor

**StBM** Stadtbrandmeister

**StBR** Stadtbrandrat

**StFI** Stadtfeuerwehrrinspekteur

**StWeFü** Stadtwehrrührer

**UBM** Unterbrandmeister

**WeFü** Wehrrührer

#### Zur Norm ergänzende Abkür- zungen, die im Organisations- wesen der Feuerwehren an- gewendet werden:

##### Organisation:

**Ang** Angestellter

**BGFü** Bundesgeschäftsführer

**BGr** Bundesgruppe

**BJFW** Bezirks-Jugendfeuerwehrwart

**BJL** Bundesjugendleiter

**BrSHG** Brandschutzhilfeleistungsgesetz

**DirFw** Direktor der Feuerwehr

**FARzt** Feuerwehrarzt

**FRef** Fachreferent

**GemFV** Gemeindefeuerwehrverband

**GJFW** Gemeinde-Jugendfeuerwehr- wart

**GO** Geschäftsordnung

**JRef** Jugendreferent

**KatSDV** Katastrophenschutz-Dienstvor- schrift

**KGFü** Kreisgeschäftsführer

**KJFW** Kreis-Jugendfeuerwehrwart

**KPw** Kreispressewart

**KSB** Katastrophenschutzschule des Bundes

**KSL** Katastrophenschutzschule des Landes

**LGFü** Landesgeschäftsführer

**LGR** Landesgruppe

**LJFW** Landes-Jugendfeuerwehrwart

**LPw** Landespressewart

**Präs** Präsident

**RetTG** Rettungsdienstgesetz

**STAN** Stärke- und Ausstattungsnach- weisungen

**VPäs** Vizepräsident

#### Musik in der Feuerwehr:

**Fz** Fanfarenzug

**FzFü** Fanfarenzugführer

**MDir** Musikdirektor

**Mz** Musikzug

**MzFü** Musikzugführer

**Spz** Spielmanszug

**SpzFü** Spielmanszugführer

**StaFü** Stabführer

#### Begriffe aus dem Feuerwehr- wesen zur praxisnahen Ver- wendung sind folgenden DIN- Normen zu entnehmen:

DIN 14011 Teil 1 Begriffe: Physikalische und chemische Vor- gänge

DIN 14011 Teil 2 Begriffe: Abwehrender Brandschutz einschl. Wasserversorgung

DIN 14011 Teil 3 Begriffe: Technische Hilfeleistung

DIN 14011 Teil 4 Begriffe: Rettungsdienst

DIN 14011 Teil 5 Begriffe: Brandschutzein- richtungen

DIN 14011 Teil 7 Begriffe: Persönliche Ausrüstung und Geräte

DIN 14011 Teil 8 Begriffe: Fernmelde- wesen und -betrieb

DIN 14011 Teil 9 Begriffe: Organisation

DIN 14034 Teil 1-5 Graphische Symbole für das Feuerwehrwesen

## DER BUNDESMINISTER DES INNERN

Geschäftszeichen (bei Antwort bitte angeben)

☎ (0228)

Datum

ZV 2 - 750 046 / 1

681-3424

10. Dezember 1981

Der Bundesminister des Innern, Postfach 170290, 5300 Bonn 1

Dienstgebäude Nr. 1

Präsidenten des  
Deutschen Feuerwehrverbandes  
Herrn Hinrich Struve

2257 Sönke-Nissen-Koog

Betr.: Verhältnis Deutscher Feuerwehrverband / Erweiterter Katastrophenschutz

Bezug: 1. Schreiben des Präsidenten des DFV vom 10. März 1981

2. Mein Schreiben vom 28. April 1981

Sehr geehrter Herr Präsident !

Ich begrüße es, daß die aufgrund unseres Schriftwechsels geführten Fachgespräche in der Frage des Verhältnisses des Deutschen Feuerwehrverbandes zum erweiterten Katastrophenschutz mit einem einvernehmlichen Ergebnis abgeschlossen werden konnten.

Dementsprechend bin ich gern bereit, die Ihnen mit Schreiben vom 23. Januar 1974 übersandte Erklärung dahin zu bestätigen, daß der Deutsche Feuerwehrverband, obwohl keine Hilfsorganisation im Sinne des § 1 Abs. 2 KatSG, als Fachverband und Helfervertretung der öffentlichen und privaten Feuerwehren der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin/West in gleicher Weise wie die nach § 1 Abs. 2 mitwirkenden Hilfsorganisationen in Fragen des erweiterten Katastrophenschutzes beteiligt wird.

Diese Mitwirkung des Deutschen Feuerwehrverbandes erfolgt durch seine Tätigkeit in Fragen des Aufgabenbereiches der Feuerwehren und der Vertretung der Angehörigen der öffentlichen und privaten Feuerwehren. In diesem Sinne wird die Bundesregierung den Deutschen Feuerwehrverband in allen nach dem Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes einschlägigen Fragen beteiligen.

Mit freundlichen Grüßen



(Gerhart R. Baum)



## Erfolgreiche Jahresbilanz der DLRG

Rettungsschwimmer der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) haben im vergangenen Jahr insgesamt 6279 Menschen vor dem Ertrinkungstod gerettet, davon 522 im schwimmerischen Einsatz und 5452 bei insgesamt 7704 Bootsunfällen sowie 305 bei Katastropheneinsätzen. Außerdem leisteten sie im Bundesgebiet einschließlich West-Berlin in 29188 Fällen Erste Hilfe und nahmen 5492 Bootsbergungen vor. Damit haben Mitglieder der DLRG allein im schwimmerischen Einsatz seit 1950 über 47800 Menschen und bei Bootsunfällen annähernd 122000 Menschen vor dem Ertrinkungstod gerettet. Ferner leisteten DLRG-Rettungsschwimmer in diesem Zeitraum in über 904000 Fällen Erste Hilfe.

Im vergangenen Jahr wurden von der DLRG 394504 Prüfungen im Schwimmen und 88819 Prüfungen im Rettungsschwimmen abgenommen. Damit hat sich die Zahl der von der DLRG seit 1950 Ausgebildeten auf über 17,1 Millionen erhöht, darunter 2,7 Millionen Rettungsschwimmer.





In zahlreichen Fällen leisteten DLRG-Rettungsschwimmer Hilfe bei Bootsunfällen.

Die DLRG, der in 14 Landesverbänden und rund 20 Auslandsgruppen fast 450000 Mitglieder angeschlossen sind, unterhielt 1980 im Bundesgebiet einschließlich West-Berlin 1043 feste und 354 bewegliche Rettungswachstationen. Im Sommer- und Winterrettungsdienst wurden von Rettungsschwimmern 2,3 Millionen freiwillige Wachstunden geleistet.

# 1981

<b>522</b> Rettungen vor dem Ertrinkungstode im schwimmerischen Einsatz	<b>51</b> davon unter Lebensgefahr	<b>5452</b> Rettungen bei 5492 Bootsbergungen mit 7704 Hilfeleistungen	<b>29188</b> Erste Hilfe an Land
---	------------------------------------	--	----------------------------------

 Frühschwimmer <b>85251</b>	<b>Vorschulschwimmen:</b> 34759 Teilnehmer  <b>Anfangsschwimmen:</b> 112689 Teilnehmer	<b>Jugendtauchschein</b>  <b>1964</b> 
--	--	--

### Deutscher Jugendschwimmpaß

 Jugendschwimmabzeichen <b>BRONZE</b> <b>136385</b>	<b>Jugendschwimmabzeichen SILBER</b> <b>81761</b>	<b>Jugendschwimmabzeichen GOLD</b> <b>43421</b>
---	--	--

### Deutscher Schwimmpaß

 Schwimmabzeichen <b>BRONZE</b> <b>29172</b>	<b>Schwimmabzeichen SILBER</b> <b>13492</b>	<b>Schwimmabzeichen GOLD</b> <b>4022</b>
--	--	---

### Deutscher Rettungs-Schwimmpaß

		<b>BRONZE</b>	<b>SILBER</b>	<b>GOLD</b>	<b>Lehrschein</b>
<b>Männer</b>	<b>38926</b>	<b>22179</b>		<b>898</b>	
<b>Frauen</b>	<b>16591</b>	<b>5657</b>		<b>646</b>	<b>155</b>
<b>Gesamt</b>	<b>55517</b>	<b>27836</b>		<b>5466</b>	<b>1053</b>

 <b>393504</b> Prüfungen im Schwimmen	 <b>1043</b> Feste Stationen
 <b>88819</b> Prüfungen im Rettungsschwimmen Zusammen wurden 1981 geprüft <b>482323</b>	 <b>354</b> Bewegliche Stationen
 <b>2260616</b> Wachstunden im Sommer- und Winterrettungsdienst	 <b>388</b> Einsatzwagen
 <b>19719</b> Teilnehmer bei Sonderlehrgängen (Bootsführer u. a.)	 <b>1093</b> Motorboote

Dramatische Bergung

## **DLRG- Rettungstaucher nachts in nur acht Minuten am Einsatzort**

Menschenleben  
dank schnellen Einsatzes gerettet –  
Unfall am Baggersee

DLRG-Taucher aus Schutterwald im Ortenaukreis (Baden) bewiesen in einer kalten Februarnacht ihre Einsatzbereitschaft in einer Geschwindigkeit, die der



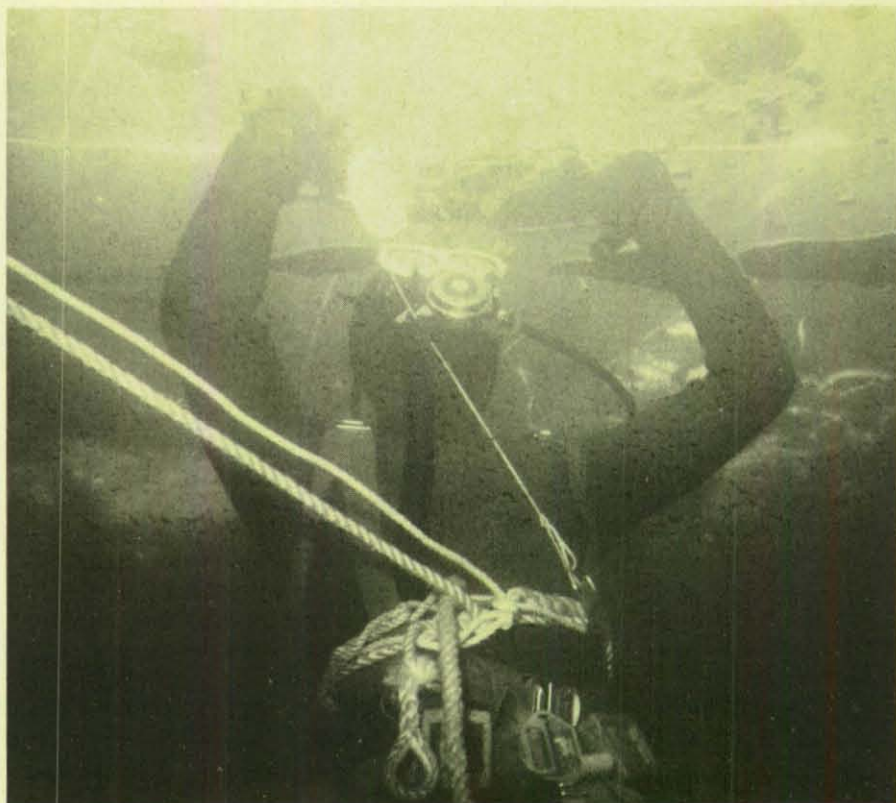
Der gekenterte Kieskahn wird am folgenden Tag geborgen.

Feuerwehr zur Ehre gereicht hätte: Kurz vor ein Uhr nachts kenterte eines der in einem nahen Kieswerk eingesetzten Kiesboote, wobei der Führer unter das Boot geriet und eingeschlossen wurde. Das Schlimmste war zu befürchten. Über die Polizei wurde gegen 2 Uhr von der Rettungsleitstelle Offenburg bei der DLRG-Tauchergruppe Schutterwald Alarm ausgelöst. Um 2.08 Uhr waren die ersten Taucher alarmiert, acht Minuten später bereits am Unfallort!

Nach weiteren acht Minuten war der Verletzte von den DLRG-Tauchern geborgen und mit einem Boot ans Ufer gebracht. Um 2.28 Uhr traf der Notarztwagen ein, übernahm den stark unterkühlten Bootsführer und veranlaßte seine klinische Versorgung.

Glück hatte der Kiesbootsführer in doppelter Beziehung: Er geriet unter dem Boot in eine rettende Luftblase, und ferner waren trotz winterlicher Verhältnisse und zu völlig ungewohnter Zeit die Einsatztaucher und Hilfskräfte sofort zur Stelle, so daß die Rettungskette ohne Zeitverlust ablaufen konnte.

Bilanz: Neben den Kräften der Polizei bemühten sich sechs DLRG-Taucher, die Besatzung des Notarztwagens und weitere DRK-Helfer um den Verunglückten. Sicherlich nicht zuviel, um ein Menschenleben zu retten! Dank des guten Zusammenspiels der Beteiligten konnte ein tragischer Ausgang des nächtlichen Unfalls verhindert werden. Denn: Nach Auskunft der Polizei und der Ärzte hätte es der Verunglückte keine 15 Minuten mehr unter dem Kieskahn ausgehalten.



Oben: Die Sicherung für DLRG-Einsatztaucher ist eine zwingende Notwendigkeit. – Unten: Hilfe „von oben“ erleichtert oft die Arbeit unter Wasser.



DLRG-Ortsgruppe Dinslaken

## Vollwertiges Mitglied im Katastrophenschutz

Verleihung des Herbert-Hannemann-Preises

Seit nunmehr drei Jahren ist der DLRG-Bezirk Wesel vollwertiges Mitglied in der großen Kette der Katastrophenschutz-einheiten des Kreises Wesel und hier offiziell anerkannt. Ganz besonders die Ortsgruppe Dinslaken steht der Katastrophenschutzbehörde mit einer sehr gut, sowohl materiell als auch personell, ausgerüsteten Mannschaft zur Verfügung.

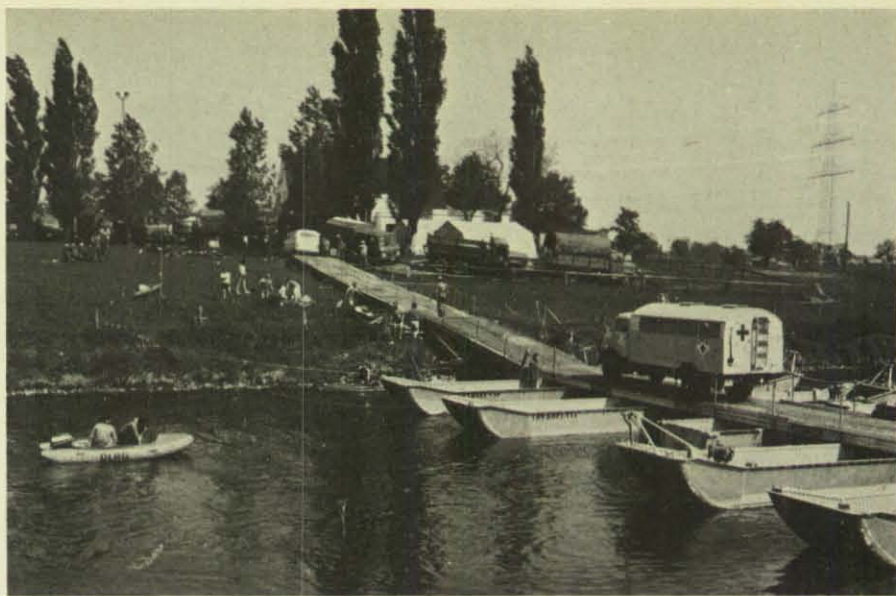
Die DLRG-Ortsgruppe Dinslaken ist eine von 13 Ortsgruppen im DLRG-Bezirk Wesel des Landesverbandes Nordrhein. Die Rettungsstation liegt am rechten Niederrhein bei Stromkilometer 798,8 zwischen Duisburg und Wesel, direkt am Rhein. Hier werden, an den Sommerwochenenden, insgesamt jährlich mehrere tausend Wachstunden von den ehrenamtlichen Rettungsschwimmern geleistet. Zur Heranbildung von Schwimmern und Weiterbildung zu Rettungsschwimmern steht den Dinslakener DLRGLern das Hallenbad an einem Abend in der Woche zur Verfügung.

Die DLRG Dinslaken nahm an mehreren Katastrophenschutz-Übungen im Kreis Wesel teil, die sich über mehrere Tage hin erstreckten und mit allen Hilfsorganisationen durchgeführt wurden. Auch bei einer überörtlichen Ernstfallübung mit der Bundeswehr konnten die Schwimmer der DLRG Dinslaken ihren guten Ausbildungsstand beweisen. Sie hatten hier Aufgaben der Sicherung, Bergung, Rettung und Unterstützung der anderen Organisationen wahrzunehmen.

Erstmals wurde von der Ortsgruppe Dinslaken auf Bezirksebene eine DLRG-spezifische Katastrophenschutz-Übung auf dem Rhein durchgeführt. Diese Übung fand guten Anklang und soll nun jährlich wiederholt werden.

Auch die Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen des KatS kommt im Bezirk Wesel nicht zu kurz. Die OG Dinslaken nahm an mehreren Großveranstaltungen des Kreises Wesel teil. Sie stellte ihr Gerät und ihre Mannschaft bei der Katastrophenschutz-Ausstellung in Wesel zur Verfügung. Auch wurde an einer auf Kreisebene organisierten Ausstellung über zwei Tage teilgenommen.

Ein Mitglied der OG Dinslaken ist in den Fachberaterstab des HVB im Kreis Wesel fest integriert und hat auch schon



Die DLRG Dinslaken nahm auch an einer überörtlichen Katastrophenschutzübung teil, bei der Bergung und Rettung gemeinsam mit Bundeswehr und anderen Hilfsorganisationen demonstriert wurde.



Die Boote der an der ersten Katastrophenschutzübung teilnehmenden DLRG-Ortsgruppen machten am Steg der Rheinrettungsstation Dinslaken fest.



Mit einer Ausstellung auf dem Altmarktplatz in Dinslaken informierte die DLRG über ihre Aufgaben im Katastrophenschutz.

erforderliche Lehrgänge an der KatS-Schule des Landes in Wesel und an der KatS-Schule des Bundes in Ahrweiler erfolgreich besucht.

Eine besondere Ehre wurde der OG Dinslaken auf der Landesverbandsrats-Tagung in Düsseldorf am 21. November 1981 zuteil: Dort wurde dem Leiter der OG Dinslaken für aktive Arbeit im Katastrophenschutz, und hier ganz besonders für die Herstellung eines Super-8-Filmes und eines Bildbandes über die Arbeit im Katastrophenschutz, der Herbert-Hannemann-Gedächtnispreis 1981 von Landesverbandsleiter Jan Schmitz überreicht.



Das Rettungsboot der DLRG Dinslaken während eines Umzuges durch die Stadt Voerde.

In Bosen und Losheim

## DLRG Saar wachte an Stauseen

Seglern und Windsurfern geholfen – Wachdienst an 140 Tagen

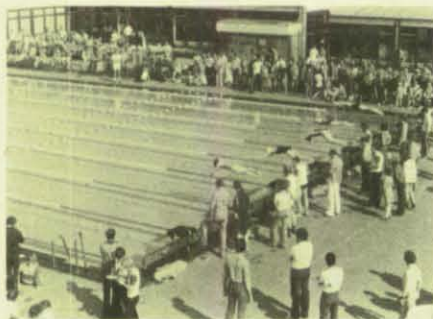
Große Anstrengungen unternahm im Jahr 1980 der DLRG-Landesverband Saar, um über die Sicherheit der Wassersportler an den beiden größten saarländischen Stauseen in Bosen und Losheim zu wachen. 558 Hilfeleistungen für Windsurfer, Segler, Ruderer, Schwimmer und sonstige Wassersportler sprechen eine deutliche Sprache über die Notwendigkeit des Wachdienstes an beiden Seen, der vom 5. April bis 18. Oktober jeweils am Wochenende und an Feiertagen von insgesamt 19 saarländischen DLRG-Ortsgruppen durchgeführt wurde.

Die DLRG hatte keine Kosten und Mühen gescheut, um sich optimal auf den Wachdienst an den beiden Stauseen vorzubereiten. So wurden am 21./22. März in Bosen und am 2. April in Losheim Seminare durchgeführt, bei denen die Wachleiter und Bootsführer in ihre Aufgaben und alle für den Wachdienst wichtigen Belange eingewiesen wurden. Dabei wurde erneut festgestellt, daß die Qualität des geleisteten Wachdienstes mit zunehmender Erfahrung der eingesetzten Ortsgruppen und ihrer Wachmannschaften immer mehr steige. So konnten aufgrund dieser Erfahrungswerte etliche kritische Situationen sicher gemeistert werden.

Am nordsaarländischen Bostalsee, dem größten Stausee im Südwesten Deutschlands mit jährlich über 400 000 Besuchern, findet die saarländische DLRG nahezu ideale Einsatzmöglichkeiten vor. So steht u. a. eine modern eingerichtete feste Station mit Aufenthaltsraum, Schlafraum, Küche, Bad und WC zur Verfügung, die es den Wachmannschaften erlaubt, bei einem mehrtägigen Einsatz am See zu übernachten.

Vier leuchtrote Rettungsboote hat die

DLRG am Bostalsee stationiert: Neben den drei „Dory-13“-Booten „Alfred Theißen“ (Ortsgruppe St. Wendel), „Saarland 09“ (Bezirk St. Wendel) und „Saarland IV“ (Landesverband Saar) steht auch ein PS-starkes „Schlechtwetterboot“ vom Typ „Selco Lysaker“ mit abklappbarem Verdeck und geteilter Windschutzscheibe zur Verfügung – die „Saarland V“ des Landesverbandes. 1981 waren die Rettungsboote auf dem Bostalsee insgesamt 177 Stunden im Einsatz. In Losheim waren „Saarland I“ und „Saarland 03“ 52 Stunden auf dem Wasser.



Rettungs-Wettbewerbe halten die DLRG-Aktiven für ihre vielfältigen Aufgaben „vor Ort“ fit.

Nach dem Jahresbericht des Referenten für Rettungswachdienst der DLRG Saar, LV-Vizepräsident Edgar Arnold, stellte die DLRG 1981 an 140 Tagen die Rettungswache in Losheim bzw. Bosen. Hierbei wurden 1097 Rettungsschwimmer aus 19 Ortsgruppen eingesetzt und 9513 Wachstunden geleistet. Sehr erfreulich, daß an beiden Seen im zurückliegenden Sommer kein einziger schwerer Badeunfall oder gar Todesfall zu beklagen war. Dies spricht zum einen für die Qualität des geleisteten Wachdienstes, zum anderen für die Verbesserung der Schwimmfähigkeit und Schwimm-ausbildung im Saarland, für die die

DLRG ja in hohem Maß verantwortlich ist.

Besondere Anstrengungen für die DLRG erforderten 1980 die 23 Segelregatten an beiden Seen. Allein in Bosen fanden an 32 Tagen 18 Regatten statt. Am Bostalsee trug der Verband Deutscher Sporttaucher am 13. September die „Deutsche Jugend-Freigewässermeisterschaft“ aus. Dieses sportliche Ereignis löste ohne Zweifel die größten und schwierigsten Sicherungsmaßnahmen aller Veranstaltungen aus, denn die schwimmerischen Wettbewerbe wurden von den teilnehmenden Kindern und Jugendlichen im offenen, für die übrigen Benutzer nicht gesperrten bzw. abgeteilten Bereich des Sees ausgetragen. Daß es dabei nicht einmal zu einem einzigen schädigenden Ereignis kam, ist nur auf das gute Zusammenwirken von DLRG, Seeverwaltung und Sporttauchern zurückzuführen.

Insgesamt registrierte die DLRG 1981 an den beiden Stauseen in Bosen und Losheim folgende Hilfeleistungen (auszugsweise): 20 Segelboote wurden an Land geschleppt, weitere 86 aufgerichtet. 192 erschöpfte Windsurfer brachte die DLRG zu den Surferbasen. Bei Tret-, Schlauch- und Ruderbooten registrierte man 17 Hilfeleistungen, während man 226 Schwimmern außerhalb der abgegrenzten Seefreibäder beistand. Bei Schürf-, Schnitt- oder Brandwunden, bei Kreislaufkollaps und Insektenstichen gab es durch die DLRG-Rettungsschwimmer 142mal Erste-Hilfe-Leistungen.

Insgesamt darf festgestellt werden, daß man bei der DLRG Saar sowohl mit der Qualität des geleisteten Wachdienstes als auch mit der Zuverlässigkeit und Einsatzfreude der einzelnen Wachmannschaften sehr zufrieden ist. G. Lauer

## Presseschau des Inlands

### **DDR: Frauen sollen aktiv mitarbeiten**

Die DDR stützt sich beim Ausbau der Zivilverteidigung zunehmend auf Frauen. Da der Zivilschutz im Ernstfall vor allem von den Frauen gewährleistet werden soll, läuft nach Angaben des Informationsbüros West (IWE) seit einiger Zeit in den Betrieben und Einrichtungen der DDR eine Kampagne mit dem Ziel, einen Großteil der Mädchen und Frauen für eine aktive Mitarbeit in der Zivilverteidigung zu gewinnen.

Nach Berichten aus der DDR wird unter anderem versucht, die Frauen in „persönlichen Gesprächen“ von der Notwendigkeit ihres „aktiven persönlichen Beitrages zur Erhöhung der Verteidigungsfähigkeit der DDR und zur Sicherung des Friedens“ zu überzeugen. Als Ergebnis dieser Kampagne konnte der Anteil der Frauen in den Führungsorganen und Einsatzkräften der Zivilverteidigung deutlich erhöht werden. Im Bezirk Frankfurt/Oder beträgt er beispielsweise gegenwärtig bereits 41 Prozent, im Bezirk Cottbus 39 Prozent.

(Frankfurter Rundschau)

### **MHD: Vorsorge kann niemals falsch sein**

Den Vorwurf aus Teilen der Friedensbewegung, die Hilfsorganisationen beteiligten sich durch ihre Mitwirkung im Zivil- und Katastrophenschutz an einer verdeckten Kriegsvorbereitung, hat der Malteser-Hilfsdienst (MHD) als erster der Verbände in Bremen zurückgewiesen. Die 23. Delegiertenversammlung des Malteser-Hilfsdienstes verabschiedete eine Resolution, in der eine mit angeblicher Sinnlosigkeit begründete Unterlassung von Maßnahmen der Hilfsvorsorge als „unverantwortlich, unchristlich und zutiefst inhuman“ bezeichnet wird. Damit antwortete der Hilfsdienst auch auf die Kritik einer Ärztegruppe, die annimmt, daß wirkliche Hilfe in jedem Atomkrieg unmöglich sei.

Die Malteser hoben hervor, daß sie den Sinn ihrer Mitwirkung im Zivil- und Katastrophenschutz darin sähen, daß eine Vorsorge zwar vergebens, aber niemals

falsch sein könne. Niemand sei in der Lage, die Schadenswirkungen eines Krieges im voraus zu bestimmen. Folglich sei auch niemand befugt, jede Möglichkeit von Hilfeleistungen bei atomaren, biologischen oder chemischen Katastrophen zu bestreiten.

Der Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz, Kolb, hatte vor der Malteser-Versammlung die Ablehnung einer Vorsorge als absurd und hinterhältig bezeichnet. Nach dem allgemeinen Verständnis sei es Pflicht eines jeden Menschen, jedem anderen Menschen in Not zu helfen.

Der Kölner Weihbischof Dick, Bundesseelsorger des Malteser-Hilfsdienstes, hob hervor, Hilfsvorsorge könne nicht verweigert werden, solange damit auch nur die Chance zur Erhaltung eines einzigen Menschenlebens bestehe.

(Frankfurter Allgemeine Zeitung)

### **CDU Hessen für mehr Schutzräume**

Hessens Bevölkerung sei im Falle eines Krieges so gut wie gar nicht geschützt. Darauf hat in Wiesbaden der CDU-Landtagsabgeordnete Roland Rösler als Beauftragter der Opposition für den Zivilschutz hingewiesen. Nach Angaben der Landesregierung könnten nur etwa zwei Prozent der Bewohner des Landes in Schutzräumen untergebracht werden.

Dies zeuge, wie Rösler betonte, von einer „erschreckenden Ignoranz“ der Verantwortlichen gegenüber den „fundamentalen“ sicherheitspolitischen Zusammenhängen und sei ein grober Verstoß des Staates gegen die von ihm zu leistende umfassende Schutzpflicht für seine Bürger, die es geradezu als Hohn empfinden müßten, wenn zwar regelmäßig die Funktion der öffentlichen Sirenen in Probealarmen überprüft werde, es aber kaum Rettungsraum gebe, der im Ernstfall Schutz bieten könnte.

Rösler forderte die Landesregierung zu einem „deutlich verstärkten Engagement beim Schutzraumbau in Hessen“ auf, denn eine „glaubhafte Abschreckung“ und damit die Gewährleistung der Sicherheit sei ohne funktionsfähige Zivilverteidigung undenkbar. Der Politiker verlangte eine Schutzbaupflicht für öf-

fentliche Gebäude, Mehrfamilienhäuser und Industrieanlagen.

Zudem will die CDU-Fraktion das Problem im Landtag zur Sprache bringen. Sie möchte in einer Anfrage wissen, wieviel Schutzplätze seit Juni 1979 eingerichtet wurden. Seinerzeit hatte die Landesregierung öffentlich erklärt, sie wolle alle Maßnahmen unterstützen, die auf eine verstärkte Förderung aller Schutzvorkehrungen hinzielten. Diese Ankündigung will die CDU nun anhand konkreter Zahlen überprüfen.

(Frankfurter Rundschau)

### **Bonn: Wirksame Kontrolle bei Verbot chemischer Waffen**

In der Genfer Abrüstungskonferenz hat die Bundesrepublik einen Vorschlag eingebracht, von dem sie sich in der seit Jahren festgefahrenen Debatte um eine wirksame Kontrolle eines Abkommens über ein Verbot chemischer Waffen einen Durchbruch erhofft. Vor den Delegierten aus 41 Nationen sagte Botschafter Ruth, der deutsche Vorschlag stütze sich auf die Erfahrungen, die die Bundesrepublik gemacht habe, seit sie als einziges Land der Welt vertraglich auf die Herstellung von C-Waffen verzichtete und gleichzeitig eine internationale Kontrolle dieses Verzichts akzeptierte. Nach deutscher Auffassung müßten Inspektionen an Ort durch internationale Experten, wie sie in der Bundesrepublik seit 1954 durch Fachleute der Westeuropäischen Union vorgenommen werden, auch Kernpunkt eines Kontrollmechanismus in einem künftigen C-Waffen-Abkommen bilden. Die Sowjetunion und ihre Verbündeten haben sich bisher solchen Inspektionen an Ort mit dem Argument widersetzt, damit würde der Industriespionage Tür und Tor geöffnet. Der Beauftragte der Bundesregierung für Rüstungskontrolle und Abrüstung, Ruth, wies demgegenüber darauf hin, daß die hochentwickelte deutsche chemische Industrie den Vorschlag vorbehaltlos unterstütze und in ihrer internationalen Konkurrenzfähigkeit durch die Kontrollen nicht beeinträchtigt worden sei. Ruth bezeichnete die deutsche Initiative als realistisch und für alle Seiten annehmbar.

(Frankfurter Allgemeine Zeitung)

# Presseschau des Auslands

## UdSSR: Zivilschutzplanung auf dem Papier nahezu perfekt

Früher konnte man bei fast jedem Moskauer heiteres Erstaunen mit der Frage auslösen, ob er wisse, wie er sich im Falle eines Atomkrieges zu verhalten habe. Zwar hatte fast jeder vage Erinnerungen an frühere Belehrungen für diesen Fall, aber weder in Betrieben noch in Wohngebieten war eine auch nur annähernd systematische Vorbereitung der Bevölkerung auf eine nukleare Katastrophe festzustellen.

Seit ungefähr einem Jahr – der „Neubeginn“ fiel gewiß nicht ganz zufällig mit dem Amtsantritt der Regierung von US-Präsident Reagan zusammen – ist solche Aufklärungstaktik indessen intensiver geworden. Veröffentlichungen über Fragen der Zivilverteidigung haben an Zahl zugenommen und in Betrieben und Institutionen wird durch belehrende Vorträge und örtlich auch durch Übungen gegen Gleichgültigkeit und Schlendrian Front zu machen versucht, die lange Zeit die Szene beherrscht hatten.

### Starke Zweifel

Trotz dieser verstärkten Publizität ist es jedoch selbst fachlich versierten Beobachtern in Moskau nicht möglich, sich ein exaktes Bild über Umfang und Effizienz sowjetischer Zivilschutzvorkehrungen zu machen. Eine vorsichtige Gesamteinschätzung des sowjetischen Zivilschutzes würde nach allen vorliegenden Wahrnehmungen etwa so aussehen: Auf dem Papier ist seine Organisation nahezu perfekt. Was man dagegen aus der Praxis erfährt, läßt zuweilen starke Zweifel an dieser Perfektion aufkommen.

An zwei verhängnisvollen Widersprüchen kommt, wie auch viele Veröffentlichungen verraten, die sowjetische Zivilverteidigung so wenig vorbei wie die jedes anderen Landes der Welt: Zunächst am Widerspruch zwischen den giganti-

schen materiellen Erfordernissen und den begrenzten Mitteln. Seit dem vergangenen Jahr wurde aber die Öffentlichkeit auf das eigentliche Problem aufmerksam gemacht: Auf den nicht zu überbrückenden Widerspruch zwischen dem Bestreben, ein Land wirksam vor den Folgen eines Atomkrieges zu schützen – und der nahezu vollkommenen Gewißheit, daß im Falle eines solchen Krieges jede Organisation in Kürze zusammenbrechen wird.

Solche warnenden Prognosen kamen vor allem von Professor Tschasow, dem Präsidenten der Akademie der Medizinischen Wissenschaften, der Breschnew persönlich eng verbunden ist. Die amtlichen Zivilschützer, deren Führungskader aus Berufs- und Reserveoffizieren bestehen, können sich mit solchen Zweifeln freilich nicht abgeben und rühren weiter die Werbetrommel.

### Spezialbataillone

Der Zivilschutz gilt in der UdSSR als integrierter Bestandteil der militärischen Gesamtverteidigung. Seit seiner Aufwertung und Reorganisation im Jahre 1961 untersteht er der „Hauptverwaltung Zivilverteidigung“ im Verteidigungsministerium, die von einem Armeegeneral geleitet wird. Ihm sind in den einzelnen Unionsrepubliken und den niedrigeren Verwaltungseinheiten mindestens weitere 70 Generale unterstellt, die über mechanisierte Spezialbataillone in einer geschätzten Stärke von insgesamt 70000 bis 100000 Mann gebieten.

Offenbar sind diese abseits der besonders gefährdeten Industrie- und Balgungszentren stationiert. Die Befehlswege reichen bis in Fabriken, Landwirtschaftsbetriebe und sonstige Einrichtungen, zum Beispiel sogar bis ins Theater, wo Zivilschutzverantwortliche bestimmt worden sind. Unbekannt ist die vermutlich recht hohe Zahl von Bürgern, die am Arbeitsplatz oder auch im Wohngebiet auf mehr oder minder freiwilliger

Basis am „nichtmilitärischen“ Zivilschutz beteiligt sind und periodisch zu Übungen herangezogen werden.

Da in diesem System der eigentliche Zivilschutz für den Kriegsfall mit dem zivilen Katastrophenschutz und dem Technischen Hilfswerk für Friedenszeiten gekoppelt ist, läßt sich seine Wirksamkeit gelegentlich beobachten. In Gebieten, die häufig von größeren Naturkatastrophen wie Überschwemmungen, Erdbeben oder großflächigen Waldbränden heimgesucht werden, scheint sie zuweilen sehr hoch zu sein. Als dagegen kürzlich in Moskau das Werksgebäude eines Forschungsinstituts für Werkzeugmaschinen einstürzte, bot sich ein ziemlich klägliches Bild organisatorischer Konfusion: Stundenlang erklangen Hilferufe aus den Trümmern, bevor endlich mit Aufräumarbeiten begonnen wurde, deren Kopflösigkeit die Zahl der Opfer vermutlich noch erhöhte.

### Abgestufte Prioritäten

Angesichts der knappen Investitionsmittel und der ohnehin überlasteten Baukapazität bleibt nach dem Urteil westlicher Beobachter auch der sowjetischen Führung nichts anderes übrig, als abgestufte Prioritäten zu setzen: Sicherung der politischen und militärischen Leitungszentren sowie strategischer und anderer Schwerpunkte, die für das „Überleben“ der Nation im Falle eines Atomkrieges als vorrangig gelten. Manche Fachleute schreiben der UdSSR im Vergleich zu westlichen Ländern drei zusätzliche Pluspunkte zu: Die Weite des Landes, die engere und straffere Organisation des öffentlichen Lebens und schließlich das berühmte Improvisationstalent der russischen Bevölkerung. Andere Beobachter bezweifeln dagegen aufgrund langjähriger Wahrnehmungen, ob diese Vorzüge sich im blitzschnellen Katastrophenwirbel eines Atomkrieges überhaupt noch entfalten könnten.

(Uwe Engelbrecht  
in den Nürnberger Nachrichten)



# Wissenschaft & Technik

## Elektronik regelt Löschwassermenge

Bisher war (und ist) es in vielen Fällen so: Wenn ein Löschfahrzeug im Einsatz ist, muß ein Maschinist an der Pumpenregelanlage aufpassen, daß der vorhandene Wasserdruck stimmt, er muß die Drehzahl des Pumpen- bzw. Fahrzeugmotors nachregeln, hat bei zu geringer Wasserförderung einzugreifen und muß außerdem noch aufpassen, daß kein Überdruck entsteht.

Diese Arbeiten werden jetzt von der elektronischen Pumpenregelung übernommen, die ein großer Nutzfahrzeug-Hersteller in erster Linie für Sonder-Löschfahrzeuge entwickelt hat. Diese Anlage ist aber auch für den Einbau in Tanklöschfahrzeuge oder Löschgruppenfahrzeuge der Werk-, Berufs- und Freiwilligen Feuerwehren geeignet.

Durch diese automatische Regeleinrichtung wird der Einsatzwert dieser Fahrzeuge erheblich erhöht.

Die Hauptvorteile der Regelanlage für Löschwasserpumpen:

1. Der bisher notwendige Maschinist wird freigestellt und kann sich anderen, wichtigeren Aufgaben der Brandbekämpfung und der Fahrzeugsteuerung zuwenden.
2. Alle Pumpen-Druckabgänge erhalten automatisch den jeweils notwendigen Wasserdruck – ganz gleich, wie viele Rohre bzw. Monitore zugeschaltet werden.
3. Die Regeleinrichtung schützt die gesamte Pumpenanlage wirksamer und schneller vor überhöhten Druckspitzen. Dies wird durch die kürzeren Ausregel- bzw. Reaktionszeiten der Elektronik erreicht. Bei einer manuellen Bedienung sind in der Praxis derart kurze Reaktionen nicht möglich. Das Ergebnis: Die Pumpenanlage erhält durch die Elektronik-Steuerung eine längere Lebensdauer.

## Das Programm der Regelanlage

Es sind viele Funktionen, die von der Löschwasser-Druckregelung automa-

tisch ausgeführt werden: Einschalten der Wasser-Ansaugvorrichtung; Einstellung der jeweils günstigen Drehzahl für den Ansaugvorgang (wie z. B. des Auspuffejektors); Abstimmung der Ansaugvorrichtung bei Druckaufbau der Anlage; Anzeige des jeweiligen Arbeitsdruckes; Regulierung und Konstanthaltung des Vorhaltdruckes; selbständiges Wiedereinschalten der Ansaugvorrichtung beim Abreißen der Wassersäule im Ansaugschlauch und Abstimmung bei erneutem Druckaufbau; Regulierung (und dann danach Konstanthaltung) der ausgewählten Druckvorgabewerte bei höherem Arbeitsdruck (wenn z. B. das Wenderohr eingesetzt wird); zusätzliches Erhöhen oder Vermindern des augenblicklichen Arbeitsdruckes nach Wahl des Maschinisten (durch Knopfdruck); Rücknahme des veränderten Arbeitsdruckes auf den ursprünglich vorgewählten, festgelegten Druck; Rückstellung der Motordrehzahl beim Abschalten der Anlage auf Motor-Leerlauf.

## Die Funktionsweise

Die Druckautomatik wird jeweils mit dem Einschalten der Pumpe betriebsbereit und durch den Taster „Druckregler Ein“ aktiviert. Entsprechend dem anstehenden Druck gibt ein Sensor, der am Druckabgang der Pumpe installiert ist, der Steuerelektronik einen am Druck proportionalen Spannungswert.

Unterhalb eines eingestellten Druckniveaus (z. B. 2,5 bar) tritt die Ansaugfunktion in Kraft. Die Lichtmaschine gibt hierzu über den Drehzahlanschluß den elektrischen Spannungs-Istwert der vorhandenen Drehzahl in die Steuerelektronik. Ist die vorhandene Drehzahl kleiner als die Soll-drehzahl, sorgt die Elektronik dafür, daß die Verstelleinrichtung auf die vorgegebene Ansaug-Drehzahl gebracht wird. Wenn dann die Pumpe selbst Wasser erhält, wird der Druck aufgebaut.

Wird das eingestellte Druckniveau überschritten, schaltet die Elektronik die Ansaugvorrichtung ab, die Automatik des Druckreglers arbeitet: Die Steuerelektronik vergleicht den Wert des Drucksensors mit dem selektierten Sollwert. Sie regelt bei geringerem Pumpendruck im

Sinne „mehr Drehzahl“ die Verstelleinrichtung, bis der Sollwertdruck (unabhängig von der individuellen Kennlinie der Pumpe) erzielt ist. Ist dies geschehen, sorgt die Verstelleinrichtung dafür, daß die Drehzahl der Pumpe solange hält, bis eine Veränderung des Istwertes eintritt oder eine Sollwertveränderung manuell eingegeben wird. Dieser Sollwert wird über zwei Drucktasten („Druck erhöhen“ und „Druck vermindern“) eingestellt. Der Maschinist kann an der eingebauten LCD-Flüssigkristall-Anzeige den augenblicklich vorhandenen Druck ablesen.

Verändert sich der Arbeitsdruck – etwa durch Schließen der Verbraucherventile – meldet der Drucksensor einen Anstieg des Arbeitsdruckes. Das veranlaßt die Verstelleinrichtung, auf „weniger Drehzahl“ zu steuern, bis der Sollwert vorliegt.

## Die Besonderheiten

Die festgelegten Normal-Arbeitsdrücke (z. B. für Wenderohrbetrieb = 10 bar oder Schlauchhaspelbetrieb = 6 bar) können mit einem Potentiometer in der Elektronik fest eingestellt werden. Es sind vier Möglichkeiten vorgesehen: Basisdruck (festgelegter, nicht veränderbarer Vorhaltdruck nach dem Ansaugvorgang), z. B. 5 bar; Druckniveau I (z. B. 8 bar für B-Abgänge); Druckniveau II (z. B. 12 bar für Monitor-Betrieb); Druckniveau I + II (z. B. 10 bar für gemeinsamen Betrieb).

Wichtig ist, daß sich die Niveau-Drücke B, C und D per Drucktaster erhöhen bzw. verringern lassen. Ebenso ist die Umschaltswelle zwischen Ansaugbetrieb und Druckhalteautomatik durch den Einstellregler justierbar. Hier ersetzt der Drucksensor den üblicherweise bei der „Ansaugautomatik“ bekannten Druckschalter.

Wird der Umschaltdruck durch Wassermangel (Abreißen der saugseitigen Wassersäule oder leerer Tank) unterschritten, steuert die Anlage selbständig auf „Ansaugen“ und im Falle einer Auspuffejector-Entlüftungsanlage mit der dafür günstigsten Drehzahl des Fahrzeugmotors.

# Neue Bücher

## Einführung in die Sicherheitswissenschaft

Von Albert Kuhlmann

Verlag TÜV Rheinland, Wiesbaden und Köln 1981

Der Beitrag der einzelnen Ingenieurwissenschaften zur Vermeidung von Schadensfällen wird schon seit Jahrzehnten dem Bereich „Sicherheitstechnik“ zugeordnet. Wichtigste Grundlage dieser Bemühungen ist die „Unfallforschung“, die sich u. a. mit der statistischen Auswertung und einer Untersuchung der Schadenspraxis im Nachhinein befaßt. Seit aber neue Großtechniken – etwa im Verfahrens-, Energie- und Verkehrsbe- reich – erhebliche Gefahrenpotentiale mit sich gebracht haben, ist in weiten Bereichen ein viel umfassenderer Ansatz nötig geworden. Hier weiter nach dem Sprichwort „Durch Schaden wird man klug“ zu verfahren, ist zu riskant geworden. An die Stelle der Analyse eingetretener Schäden muß die auf Wechselwirkungen bezogene, vorausschauende Untersuchung möglicher Gefährdungen treten: „Vorbeugen ist besser als heilen.“

Mit diesem Anspruch wird die mittlerweile in Forschung und Lehre eigenständig gewordene Disziplin „Sicherheitswissenschaft“ nunmehr erstmalig ausführlich der Öffentlichkeit vorgestellt. Konsequenter durchgehaltene Leitlinie des Buches ist der sogenannte „kybernetische Ansatz“, der Sicherheit und Gefährdung als Funktion des wechselwirkenden Dreiecksgefüges von Mensch, Maschine und Umwelt begreift. Jeder dieser drei Komponenten ist ein Hauptabschnitt gewidmet.

Sicherheit ist nach Kuhlmann das Maß an Gewißheit, daß die möglichen Schäden nicht eintreten. Detailliert weist der Autor darauf hin, daß bei allen das „Risiko“ betreffenden Vergleichsgrößen die Randbedingungen des jeweils betrachteten Systems eindeutiger Definitionen bedürfen.

Um ein bestimmtes Maß an Sicherheit zu erreichen, müssen die Übergänge im

Mensch-Maschine-Umwelt-System an Schnittstellen in Gestalt von Normen, Grenzwerten und Konstruktionsanforderungen überwacht werden. Steuergrößen der in vielen Einzelbeispielen erläuterten „offenen technischen Regelkreise“ sind die einzelnen Sicherheitsanforderungen. Ihre Beachtung beeinflusst das Systemverhalten im Sinne einer wirtschaftlichen „Mittel-Zweck-Strategie“ maßgeblich. Bei optimaler Produktqualität erfolgt eine Risikominimierung ungewollter Nebenwirkungen. Die Erwartungswahrscheinlichkeit von Unfällen, Schäden und/oder Umweltbelastungen bei Normalbetrieb wird auf das kleinste vertretbare Ausmaß reduziert.

In der Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Auswirkungen der Sicherheitswissenschaft befaßt sich der Autor auch ausführlich mit Inhalt und Grenzen der Technologiefolgen-Abschätzung (technology assessment) und mit den Problemen der Risiko-Akzeptanz. Da seiner Meinung nach eine systematische Analyse oder gar konsistente Theorie der Akzeptanz von Risiken nicht erwartet werden kann, bleibt die Normierung „zumutbarer Risiken“ dem Staat vorbehalten.

Professor Albert Kuhlmann und seine Mitautoren informieren auf anschauliche und übertragbare Weise – dies ist der große Vorteil des „kybernetischen Ansatzes“ – alle, die mit der Technik leben und gleichzeitig von ihr betroffen sind, darüber, was heute mit den Mitteln einer konsequenten Systemanalyse fachübergreifend zur Risikominderung geleistet werden kann.

## Wirkungen des Luftstoßes von nuklearen und konventionellen Explosionen

Von Gerhard Weigl  
Band 10 der Schriftenreihe der  
Schutzkommission beim Bundesminister des Innern „Zivilschutzforschung“

Herausgeber: Bundesamt für  
Zivilschutz  
Osang Verlag, Bonn

Die Kenntnis der Wirkungen von Luftstößen bei nuklearen und konventionellen Explosionen ist die Grundvoraussetzung für jedes Schutzbaukonzept. Ausgehend von den physikalischen Grundlagen über Explosionswirkungen bis zu Schutzmaßnahmen und daraus resultierenden Schutzbauprogrammen gibt der Autor eine systematische Darstellung. Erstmals wird ein umfangreiches Literaturverzeichnis zu diesem Thema vorgestellt.

## Hochhaus-Report

Von Peter Dalitz  
Seewald Verlag, 7000 Stuttgart 70

Daß Hochhäuser besondere Sicherheitsprobleme aufweisen ist eine Tatsache, die längst allen bekannt sein sollte. Insbesondere im Brandfall sind Menschen in den oberen Stockwerken gefährdet.

Dennoch ist es erschreckend, mit welcher Sorglosigkeit diese gravierende Sicherheitsproblematik oft behandelt wird. Peter Dalitz stellt die Fragen und Probleme anschaulich dar und gibt zahlreiche Ratschläge, die gegebenenfalls für alle Betroffenen in einem Katastrophenfall von lebenswichtiger Bedeutung sein können.

## DIN-Taschenbuch 120

Bauwesen 18; Normen über Brand-  
schutzmaßnahmen  
Herausgeber: DIN Deutsches Institut  
für Normung e. V., Beuth-Verlag,  
Berlin

Die 2. Auflage des DIN-Taschenbuchs 120 enthält nach neuestem Stand die Grundnormen über das Brandverhalten von Baustoffen und Bauteilen, vor allen Dingen die endgültige Fassung der DIN 4102 Teil 4.

Insgesamt werden die Originaltexte von elf Normen über Brandverhalten von Baustoffen und Bauteilen und acht Normen über Feuerungsabschlüsse publiziert. Ein dreiteiliger Anhang enthält die Richtlinien für die Verwendung brennbarer Baustoffe im Hochhaus sowie die Prüfgrundsätze für prüfzeichenpflichtige schwerentflammbare bzw. für nicht brennbare Baustoffe nach DIN 4102 Teil 1.

## Bernard & Graefe aktuell

Herausgegeben vom Arbeitskreis für  
Wehrforschung  
Bernard & Graefe Verlag, München  
Band 27: Streitkräfte 1981/82 – Die  
„Military Balance“ des Internationalen  
Instituts für strategische Studien,  
London

Die neue deutsche Ausgabe der „Military Balance“ beschreibt die Wehrpotentiale aller Länder und analysiert das Ost/West-Kräfteverhältnis. Das Zahlenmaterial basiert im wesentlichen auf den gemittelten Angaben aus verschiedenen Ländern sowie Erkenntnissen und Studien des Internationalen Instituts für Strategische Studien in London.

Paul Claes

## Das Minimagazin

### Safety first – im Brandschutzdienst

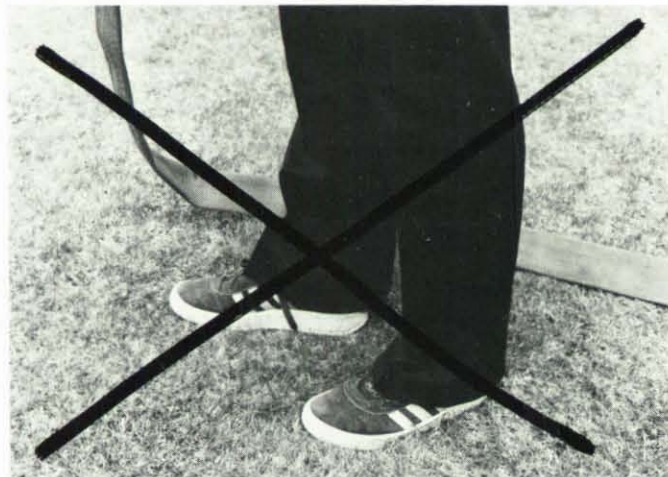
Die jeweilige Paragrafenangabe bezieht sich auf die Unfallverhütungsvorschrift Feuerwehren vom 1. Juli 1972.



... an Stellen, wo die Gefahr von Kopfverletzungen besteht, z. B. während der Fahrt zur Einsatzstelle (Alarmfahrt), beim Umgang mit Strahlrohren, bei Verwendung von Leitern und bei der Ausbildung am Übungsturm (ist) der Feuerwehrhelm (zu tragen). (D zu § 13)



Einsatzkräfte, die am Einsatzort durch Straßenverkehr gefährdet sind, müssen hiergegen durch Absperr- oder Warnmaßnahmen geschützt werden. (§ 16)



Schuhwerk ist geeignet, wenn es gegen herumliegende spitze und scharfe Gegenstände sowie herabfallende Teile schützt (Schuhe, Stiefel, Gummistiefel mit durchtrittsicherer Sohle und Zehenschutz). (D zu § 6)

## Ein Schwesterboot für die „Bonn“



Der Feuerschutz auf den Wasserstraßen des Landes Nordrhein-Westfalen wird weiter verstärkt: Als zweites Boot einer Serie von sechs Neubauten stellte jetzt Innenminister Dr. Schnoor das Feuerlöschboot „Wesel“ in Dienst. Es wird von der Feuerwehr der Stadt Wesel auf dem Niederrhein eingesetzt. Das erste Boot der vom Land in Auftrag gegebenen Baureihe – die „Bonn“ – ist bereits seit Juli 1981 in der Bundeshauptstadt stationiert (das „ZS-Magazin“ berichtete in Heft 7-8/81).

Das mit modernster Navigations- und Funktechnik ausgestattete Boot des neuen Typs ist fast 20 Meter lang und 4,80 Meter breit. Zwei Dieselmotoren von je 487 kW (650 PS) Leistung verleihen ihm eine Höchstgeschwindigkeit von 45 km/h. Zur feuerwehrtechnischen Ausrüstung zählen zwei Feuerlöschkreislumpen mit einer Leistung von 4000 l/min, zwei Kombi-Monitore und eine Selbstschutzanlage zum Schutz des Bootes vor brennenden Flüssigkeiten.

Die neuen Boote der 25-t-Klasse – Stückpreis 1,7 Millionen DM – ersetzen bis 1983 acht kleinere, ebenfalls vom Land beschaffte Feuerlöschboote, die mittlerweile den Anforderungen nicht mehr entsprechen.